



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 14. Sitzung
- Endgültige Fassung -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 25. September 2014, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4 900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Einzigster Punkt der Tagesordnung

Seite

Öffentliche Zeugenvernehmung:

R. U., Leiter des Standorts Bad Aibling des BND
(Beweisbeschluss Z-39)

4

J. Z., BND-Sachbereich in Bad Aibling, in dem
XKeyscore genutzt wird (Beweisbeschluss Z-40)

-



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Kiesewetter, Roderich Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick	Warken, Nina Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Krüger, Dr. Hans-Ulrich	Lischka, Burkhard Mittag, Susanne
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Cossel, Claudia von Feser, Dr. Andreas Haun, Fabian Kühnau, Dan
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Hanke, Christian Diego Hawxwell, Anne Heyer, Christian Maß, Caroline Olechnowicz, Christin Piper, Bernd Weißenstein, Isabell
DIE LINKE.	Cyrson Monique von Halbroth, Anneke Kleffner, Heike Lehmann, Dr. Jens Martin, Stephan Maurer, Albrecht Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Brunst, Dr. Phillip Heinemann, Martin Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Darge, Dr. Tobias Jacobi, Stephan Matthes, Thomas Weiss, Jochen
Bundesministerium für Verteidigung	Rauch, Rüdiger Theis, Björn Voigt, Björn
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Sangmeister, Christian
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Rosenberg, Dr. Malte
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd Löwnau, Gabriele

Teilnehmer Bundesrat

LV Hessen	Steinbach, Arvid
LV Sachsen	Lang, Julia



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.29 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 14. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Nach Artikel 44 Absatz 1 des Grundgesetzes erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Ich darf die Öffentlichkeit inklusive der Vertreter der Medien, der Presse an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass die Tribüne so gut gefüllt ist. Ich hoffe, Sie finden alle einen Platz. Ich freue mich auch über eine gute Berichterstattung.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen - diejenigen, die schon öfters hier waren, können sich daran erinnern -: Ich bitte die Vertreter der Medien, soweit sie Geräte für Ton-, Film- oder Bandaufnahmen mit sich führen, den Sitzungssaal jetzt zu verlassen; ich gehe davon aus, das ist schon geschehen. Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nämlich grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

- R. U., Leiter des Standorts Bad Aibling des BND (Beweisbeschluss Z-39)

- J. Z., BND-Sachbereich in Bad Aibling, in dem XKeyscore genutzt wird (Beweisbeschluss Z-40)

Es wird Beweis erhoben aufgrund der Beweisbeschlüsse Z-39 und Z-40 vom 11. September 2014 zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdruck-

sache 18/843 - durch Vernehmung von Herrn R. U. und Herrn J. Z. als Zeugen.

Als Erstes darf ich unseren Zeugen Herrn R. U. begrüßen. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäße geladen ist. Herr U., Sie haben die Ladung am 22. September 2014 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie unserer Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Haben Sie hierzu Fragen? - Nein.

Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Ich darf den Rechtsbeistand bitten, sich kurz vorzustellen.

RA Johannes Eisenberg: Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank, Herr Rechtsanwalt Eisenberg. Ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, dass Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. Ich gehe davon aus, dass Sie Ihren Mandanten dahin gehend bereits beraten haben.

Vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Herr U., Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen,



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würden, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und dementsprechend die Rahmenbedingungen für eine solche Aussage herstellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge R. U.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz vorstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach werde zunächst ich Sie befragen, anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Haben Sie hierzu Fragen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich darf Sie bitten, sich zu Beginn Ihrer Ausführungen dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angabe der Initialen sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen. - Ich darf Ihnen das Wort geben.

Zeuge R. U.: Mein Name ist R. U. Meine Dienststelle ist in Bad Aibling in der Grassingerstraße. Ich habe Elektrotechnik studiert und bin seit 1996 im Bundesnachrichtendienst, seit gut vier-einhalb Jahren als Leiter der Außenstelle in Bad Aibling eingesetzt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Sie haben die Möglichkeit, ohne Unterbrechung im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie dies wünschen. Möchten Sie hiervon Gebrauch machen?

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann möchte ich Ihnen hierzu das Wort erteilen. Herzlichen Dank.

Zeuge R. U.: Danke sehr. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Bevor ich Ihnen als Zeuge zur Verfügung stehe und Ihre Fragen im Rahmen meiner beamtenrechtlichen Möglichkeiten beantworte, ist es mir ein Anliegen als Leiter der Satellitenerfassungsstelle in Bad Aibling, Ihnen einige Grundlagen unserer Arbeit und unseres Auftrages darzustellen. Ich möchte hierzu mit einer kurzen Historie beginnen und anschließend einige technische Fakten unserer Arbeit erläutern.

Der BND ist der Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland. Dabei ist meine Dienststelle überwiegend mit dem Thema Force Protection, also dem Schutz deutscher und ver-



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

bündeter Soldaten im Ausland, befasst. Dies erfolgt in enger Abstimmung und Kooperation mit der Bundeswehr. Dabei sind wir an das BND-Gesetz, das G-10-Gesetz, das Aufklärungsprofil der Bundesregierung und die Dienstvorschriften des BND streng gebunden.

Seit 1988 ist der BND in Bad Aibling in der Mangfall-Kaserne untergebracht, anfangs noch neben Bundeswehreinheiten, die 2002 im Rahmen der Standortkonzentration abgezogen wurden. Im Gelände neben der Mangfall-Kaserne waren seit 1952 Militäreinheiten der Amerikaner stationiert. Die Amerikaner haben 2004 das Gelände der Stadt Bad Aibling zurückgegeben. In einer Vereinbarung mit der NSA kam man überein, ab 2004 in der Mangfall-Kaserne gemeinsam Auslandserfassung zu betreiben. Der Auftrag, der sich bis dahin auf rein militärische Ziele bezog, wurde um Themen wie zum Beispiel internationaler Terrorismus ergänzt. Das dazu neu gegründete Sachgebiet JSA bestand damals aus BND-Mitarbeitern und Amerikanern. Dabei kam ein großer Teil der dafür benötigten technischen Komponenten von den Amerikanern. Die Leitung des Sachgebiets, die Auftragshoheit der Steuerung und der Betrieb des Sachgebiets oblag zu jedem Zeitpunkt dem Bundesnachrichtendienst. Auf amerikanischer Seite stand vor allem der Know-how-Transfer in Form von Einweisungen, Fortbildungen und Systemunterstützung im Fehlerfall im Vordergrund. Im Gegenzug wurden die Amerikaner an der Satellitenerfassung in Bad Aibling beteiligt. An die Weitergabe wurden strenge Maßstäbe und stete Kontrolle in Bezug auf den Schutz von Grundrechtsträgern angelegt.

Wegen haushaltärer Zwänge haben sich die Amerikaner 2012 aus dem gemeinsamen Projekt verabschiedet; das Sachgebiet JSA wurde in seiner Ursprungsform aufgelöst. Die Unterstützung von technischer Seite durch die NSA erfolgte weiterhin ebenso wie die Weitergabe von ausgewählten, selektierten und G-10-gefilterten Daten an die Amerikaner.

Ich möchte Ihnen nun kurz einige technische Fakten erläutern. Die Satellitenerfassung des

Bundesnachrichtendienstes spielt für die Erfüllung unseres gesetzlichen Auftrages eine große Rolle. Besonders in Kriegs- und Krisenregionen werden auch lokale inländische Kommunikationsstrecken vielerorts über Satelliten geführt; eine Telekommunikationsinfrastruktur wie zum Beispiel Glasfasernetze ist dort meist kaum oder gar nicht vorhanden. Daraus ergibt sich, dass inländische Telefon- und Mobilfunkgespräche in solchen Regionen der Welt über Satelliten geführt werden. Zudem sind viele Regionen so dünn besiedelt, dass sich der Aufbau einer Telekommunikationsinfrastruktur wie beispielsweise in Europa einfach nicht lohnt.

Diese über Satelliten geführte Kommunikation in entfernten Ländern kann mit großen Antennen teilweise auch in Deutschland erfasst werden. Aufgrund der sehr beschränkten Ressourcen in technischer und personeller Hinsicht kann stets nur ein winziger, hoch selektierter Anteil an Informationen gewonnen werden. Schon alleine die Anzahl der in Bad Aibling vorhandenen Antennen limitiert die Erfassung. Von den prinzipiell erfassbaren Satelliten kann in Bad Aibling nur ein kleiner Anteil gleichzeitig beobachtet werden. Auf jedem dieser Satelliten befinden sich viele, viele Kommunikationskanäle gleichzeitig, von denen wir ressourcenbedingt auch nur einen kleinen Anteil beobachten können. Von Massendatenerfassung kann man hier nicht sprechen; es werden nur wenige Kommunikationskanäle ganz ziergerichtet verfolgt. Von den theoretisch erfassbaren Kommunikationen erfassen wir in Bad Aibling nur im Promillebereich dessen, was ohne Ressourcenlimitierung möglich wäre.

Darüber hinaus stellen uns die Einsatzgebiete der Bundeswehr vor eine große Herausforderung hinsichtlich der Muttersprachen, da es sich bei den erfassten Kommunikationen nahezu ausschließlich um lokale Sprachen handelt. Die Menge der technisch gewonnenen Informationen muss sich deshalb stets stark an den vorhandenen Sprachkapazitäten orientieren. Aus diesem Grund findet Force Protection immer auch in Zusammenarbeit



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

mit anderen Nationen statt. Auch wir in Bad Aibling leisten von deutscher Seite einen großen Beitrag und konnten in der Vergangenheit mehrfach mithelfen, Anschläge auf ISAF-Truppen zu verhindern. Das wurde uns auch als direktes Feedback, teilweise in Form von Dankurkunden, aus dem Bundeswehreinsatzgebiet mehrfach bestätigt. Die Mitarbeit in diesem internationalen Verbund bedingt daneben auch den gefährlichen Einsatz von Mitarbeitern und Systemen in diesen Krisengebieten.

Nun noch einige Erläuterungen zu den in Bad Aibling eingesetzten technischen Systemen. Satellitenerfassung ist ein hochkomplexes, technisch sehr schwieriges Aufgabenfeld. Nahezu immer müssen Speziallösungen und selbst entwickelte Hard- und Software in Einsatz gebracht werden. Das beginnt an den Antennen und endet bei den Kolleginnen und Kollegen in Berlin, die unsere Meldungsvorprodukte lesen und bewerten müssen.

In der öffentlichen Berichterstattung der letzten Monate wird häufig unter Erfassung lediglich das System XKeyscore erwähnt. Das wird der Komplexität einer Satellitenerfassungsstelle nicht gerecht. Nichtsdestotrotz ist XKeyscore in Bad Aibling ein wichtiger Baustein bei der Erfassung und Analyse von Internetdaten. Der BND nutzt das Programm ausschließlich für die Aufklärung ausländischer Satellitenkommunikation. XKeyscore ist somit ein wichtiges Element bei der Aufklärung der Lage in Krisengebieten und dient dem Schutz der dort stationierten Soldaten. Es hilft uns im Kampf gegen den Terrorismus und trägt immer wieder zur Rettung entführter deutscher Staatsangehöriger bei. XKeyscore wird von BND-Mitarbeitern betrieben und ist in einem abgeschirmten BND-Netzwerk integriert. Mit XKeyscore kann der BND weder auf NSA-Datenbanken zugreifen noch hat die NSA Zugriff auf das beim BND eingesetzte System. Damit ist XKeyscore kein Teil eines Netzwerkes der NSA; vielmehr wird die Software vom BND in Übereinstimmung mit dem Gesetz genutzt.

Im Rahmen meiner Aufgaben habe ich auch immer auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu achten; das war mir im Übrigen auch in den letzten viereinhalb Jahren immer ein persönliches Anliegen. Es finden in Bad Aibling jährlich mündliche und schriftliche Verpflichtungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt. Neben dieser kontinuierlichen internen Kontrolle erfolgte in Bad Aibling im vergangenen Dezember ein Kontrollbesuch des BfDI. Ein weiterer Kontrollbesuch der G-10-Kommission in Bad Aibling erfolgte im Juni dieses Jahres.

Durch die für den BND besondere Situation der Zusammenarbeit mit den Amerikanern wird in Bad Aibling auch ganz besonderes Augenmerk auf die IT-Sicherheit und den IT-Schutz gelegt.

Damit beende ich meine Ausführungen und stehe Ihnen gerne als Zeuge zur Verfügung und bitte schon jetzt um Verständnis, dass ich unter Umständen im Rahmen der mir erteilten Aussagegenehmigung zu einigen Ihrer Fragen in öffentlicher Sitzung nicht antworten darf. - Danke sehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. - Wir haben nach meiner Kenntnis um 12.58 Uhr namentliche Abstimmungen. Ich würde vorschlagen, dass wir nicht weiter in die Befragung gehen, weil die Befragung in einem Stück stattfinden sollte, sondern dass wir die Sitzung bis zum Ende der namentlichen Abstimmungen unterbrechen. Dann würde ich mit der Befragung beginnen, und die Fraktionen würden dann in die Befragung einsteigen. Die Befragung zu zerstückeln, würde ich nicht für besonders gut erachten.

Dann ist die Sitzung bis zur Beendigung der namentlichen Abstimmungen im Plenum unterbrochen. Danke für Ihr Verständnis.

(Unterbrechung von
12.45 bis 13.28 Uhr)



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Ich bedanke mit ganz herzlich dafür, dass Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes davon Gebrauch gemacht haben, im Zusammenhang vorzutragen, uns einen Einblick in Ihre Arbeit zu geben. Ich würde jetzt mit Fragen an Sie beginnen. Nach meinen Fragen haben die Fraktionen die Gelegenheit, weitere Fragen an Sie zu stellen.

Ich möchte mit einigen Fragen zur Person beginnen, natürlich berücksichtigend Ihre besondere Situation. Sie haben ja schon ein bisschen etwas zu Ihrem beruflichen Abschluss gesagt. Können Sie noch einmal ganz kurz Ihren beruflichen Werdegang beschreiben? Sie haben Ihr Hochschuldiplom beschrieben. Können Sie dazu etwas sagen? Nichts Privates; ich will wissen, welchen technischen Background Sie haben, was Sie dazu befähigt, später möglicherweise etwas zu technischen Fragen sagen zu können. Dahin gehend meine Frage.

Zeuge R. U.: Ich habe nach meinem Studium zwei Jahre bei der Bundeswehr in einer technischen Einheit gearbeitet und dort programmiert, habe dann beim BND als technischer Projektleiter und Programmierer weitergemacht und war dann in Pullach auch wieder mit technischen Projekten betraut, bevor ich dann nach Bad Aibling kam.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie hatten es gesagt: Seit wann sind Sie beim BND originär angestellt, also - davon gehe ich aus - in einem Beamtenverhältnis?

Zeuge R. U.: Ich war schon in verschiedenen Verhältnissen, also als Beamter, Angestellter und Soldat sozusagen, aber beim BND seit 1996.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Können Sie uns etwas zu Ihrem Werdegang im BND sagen? Waren Sie eher - ich sage mal - Techniker,

sachbezogen? Sie haben ja gewechselt, haben Sie gesagt. Hatten Sie dann eine allgemeine Ausbildung - das gibt es ja auch, die bei den einzelnen Bedarfsträgern stattfindet -, oder sind Sie durch Ihren Wechsel dann quasi in einen bestimmten Bereich eingestiegen? Wie ist Ihr Werdegang im BND gewesen?

Zeuge R. U.: Ich habe begonnen in einer technischen Entwicklungsabteilung und habe dort programmiert. Dazu eignet man sich natürlich immer mal wieder mit externen Lehrgängen bei ganz normalen kommerziellen Firmen neue Programmiersprachen an und wendet die dann auch an, um Produkte für den BND zu entwickeln. Es begann, wie gesagt, mit Programmier Tätigkeiten, dann mit der Begleitung von technischen Projekten, mit Firmen bis hin jetzt zur Dienststellenleitung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich Sie also einerseits nach technischen Dingen frage, dann sind Sie noch so à jour, dass Sie nicht sagen: Das habe ich 1996 gemacht; aber ich bin schon lange davon weg, fragen Sie mich so etwas nicht. - Zu technischen Fragen können Sie Antwort geben.

Zeuge R. U.: Da würde ich Ihnen jetzt keine Garantie mehr geben, weil die Technikwelt so schnell ist. Ich habe natürlich dadurch, dass ich auch in Pullach zuletzt in kleineren Führungsverwendungen war, auch schon nicht mehr programmiert. Ich weiß, was das bedeutet, weil ich das selber gemacht habe, aber ich könnte Ihnen jetzt nicht auf die Schnelle ein schönes C++-Programm hinzaubern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar. - Wie schaut es aus - Sie haben gesagt, Sie waren vorher schon in Führungsverwendungen -: Wie viele Mitarbeiter haben Sie jetzt in Ihrer Verantwortung?

Zeuge R. U.: 120.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Danke schön. - Ich komme zu einzelnen Fragen zum Gegenstand auch Ihrer Zeugenladung. Können Sie beschreiben, welche Aufgaben die Dienststelle des BND in der Mangfall-Kaserne in Bad Aibling hat? Das haben Sie schon im Detail gemacht. Aber ganz konkret mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand: Wie ist der Schwerpunkt des Tagesablaufs? Was passiert da im Detail? Jetzt nicht so generell, wie Sie das beschrieben haben - Satellitenkommunikation -, sondern kann man das etwas detaillierter sagen: Was machen Ihre 120 Mitarbeiter?

Zeuge R. U.: Die 120 Mitarbeiter sind aufgegliedert in - natürlich ganz grob - drei Teile. Man braucht natürlich einen Verwaltungsanteil bei so vielen Menschen; Bewachung zum Beispiel wird darunter subsumiert. Man braucht einen großen technischen Anteil, die zum Beispiel für den Betrieb der Antennenanlagen zuständig sind, für die Sicherheit der Netzwerke zuständig sind, die auch mal ein Skript programmieren oder einen Computer neu installieren. Man braucht natürlich auch Menschen, die dann die erfassten Daten sichten und beurteilen, ob das für den BND relevant ist oder nicht, mit Fremdsprachenkenntnissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Anteil der Techniker, derjenigen, wenn ich es einmal so sage, die eine technische Expertise haben - also nicht derjenige, der einen Reisekostenantrag bearbeitet, der, ich sage mal, Sicherungsmaßnahmen macht bis zum Koch, sondern die Techniker, die operativ tätig sind -: Wie hoch ist deren Anteil an den 120? Was würden Sie sagen?

Zeuge R. U.: So etwas würde ich - - Da bin ich - - Verzeihen Sie mir, dass ich da ein bisschen unsicher bin. Ich glaube, das ist von meiner Aussagegenehmigung nicht gedeckt, dass ich solche Details in einer öffentlichen Sitzung bekannt gebe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Es wäre natürlich interessant gewesen aus meiner Sicht: Sind das 10 oder 110? Es gibt sicherlich

noch Gelegenheit, da etwas intensiver nachzufragen.

Sie hatten den Zusammenhang mit den Vereinigten Staaten beschrieben. Da hatte ich so ein bisschen den Eindruck: Na, so viel macht man gar nicht zusammen; das ist historisch weniger geworden. - Wenn ich mir die Dokumente, die wir bis jetzt haben, anschau, dann habe ich eigentlich den Eindruck gehabt, dass die Zusammenarbeit zwischen BND- und NSA-Personal am BND-Standort in Bad Aibling sehr intensiv war oder ist. Eigentlich habe ich den Dokumenten entnommen, dass die Mitarbeiter täglich interagieren, zusammenarbeiten, Vorgehensweisen, technische Aspekte und auch - ich sage mal - Fragen, wo Fernmeldeaufklärung durchgeführt werden soll, besprechen, dass also eine intensive Interaktion da ist. Technisches NSA-Personal soll sofortigen Zugang zu technischem BND-Personal haben, also dass man technische Fragen klären kann. Sie hatten eben gesagt: XKeyscore - völlig getrennte Welten, wenn ich das richtig verstanden habe. Ich hatte den Dokumenten entnommen: Insgesamt soll eigentlich bis zum heutigen Tag eine intensive Zusammenarbeit - ich will es mal so sagen - und ein Austausch von Expertise stattgefunden haben und auch noch stattfinden. Würden Sie das auch so beurteilen?

Zeuge R. U.: Wie ich es in meinem Eingangsstatement ja schon erwähnt hatte, war es in der Vergangenheit mit der Gründung 2004 deutlich mehr und ist jetzt deutlich zurückgegangen. Aber auch da würde ich Details gerne in einer nichtöffentlichen Sitzung nennen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich frage jetzt - ich habe gerade „NSA“ gesagt -: Mit welchen ausländischen Nachrichtendiensten arbeiten Sie eigentlich in Bad Aibling noch zusammen? Wir fokussieren hier gerne auf die NSA. Wir haben im Untersuchungsauftrag die Five-Eyes-Staaten insgesamt. Ich würde Sie nicht bremsen, wenn Sie noch etwas anderes sagen.

Zeuge R. U.: Es tut mir leid, auch dazu würde in nichtöffentlicher Sitzung - -



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Die Frage bleibt auf dem Papier stehen; keine Sorge.

Zeuge R. U.: Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich schaue mal im Bereich Fernmeldeaufklärung - ich vermute, wenn ich in Details gehe, wird es in der öffentlichen Sitzung nicht besser werden -: Der BND gewinnt und verwertet nicht nur Metadaten, sondern auch Inhalte von Kommunikation, wenn ich das richtig verstanden habe. So hat das auf jeden Fall Staatssekretär Fritzsche gesagt. Wie schaut das aus, wenn wir uns zum Beispiel Skype-Telefonate anschauen: Werden die entschlüsselt? Ist es ein Teil Ihrer technischen Kompetenz, dass solche Kommunikation entschlüsselt wird? Gehen Sie nicht nur in das Abgreifen der Daten, sondern führen Sie auch eine Entschlüsselung von Daten durch, sodass man auch die Klartelefonate beispielsweise bewerten kann?

Zeuge R. U.: Zu einzelnen Methoden kann ich auch - tut mir leid - wieder nur verweisen auf eine nichtöffentliche Sitzung, auch aus Gründen des Methodenschutzes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Ich komme zu einzelnen Ländern - ich fürchte, dass hier das Gleiche passiert -: Wenn wir uns die Akten anschauen, die einzelnen Dokumente, die wir bereits zur Verfügung haben, dann heißt es in einer Unterlage, dass der BND den Kommunikationsverkehr von algerischen Grenzschutzeinheiten überwacht. Ist das so richtig?

Zeuge R. U.: Ich kenne das Dokument jetzt leider nicht genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist die Ausschussmaterialnummer MAT A Sek-4 in den Unterlagen. Das hilft Ihnen auf Anhieb natürlich nicht. Aber auch wenn Sie sie nicht kennen, könnten Sie ja sagen, ob das stimmt oder nicht.

Zeuge R. U.: Kann man so ein Dokument auch sehen hier in der Runde?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Runde auf Anhieb sicherlich nicht, aber ich könnte es Ihnen herausuchen lassen und die Frage zurückstellen. Dann dürfen Sie das natürlich einsehen. Das ist kein Problem.

Zeuge R. U.: Aber auch da, wie Sie das vermutet hatten: Das ist eine Detailfrage zu unseren Erfassungen, wo wir was genau erfassen. Wenn ich dazu überhaupt in der Lage bin, denn das Bild ändert sich, dann in nichtöffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde es Ihnen dann gleich zur Verfügung stellen; wir haben es hier. Aber ich will die Sitzung nicht in die Länge ziehen. Wir gucken gleich mal. Da kämen sicherlich einige Nachfragen von mir über Algerien hinaus. Ich befürchte, dass wir das dann auch in nichtöffentlicher Sitzung machen müssen.

Ich stocke gerade, weil ich zusehe, dass ich eine Frage so stelle, dass sie auch im öffentlichen Teil geeignet ist. Mal so gefragt: Laufen in Bad Aibling auch Daten aus leitungsvermittelter Kommunikation zusammen? Ich glaube, das haben Sie eben ausgeführt. Aus meiner Sicht haben Sie gesagt: Das findet nicht statt; wir machen Satellitenkommunikation. - Ich weiß aber nicht, ob ich da etwas überhört habe oder ob da die Ausführungen erst einleitend waren. Von daher würde ich gerne wissen, ob auch leitungsvermittelte Kommunikation bei Ihnen betrachtet wird - um dieses Verb zu benutzen -, etwa von einem Punkt - - Ich lasse Ihnen erst einmal die Möglichkeit, zu antworten.

Zeuge R. U.: Es tut mir leid, wenn ich dann auch schon wieder auf die nichtöffentliche Sitzung hinweisen muss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dabei hatte ich das doch so schön formuliert. - Ich mache es einmal so: Weil ich einen umfangreichen Katalog von Fragen habe und die Fraktionen nicht ausbremsen will, die gleiche Erfahrung zu machen, die ich gerade mache - -



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Martina Renner (DIE LINKE): Wollen wir unterbrechen?)

- Nein. Wenn die Fraktionen noch Fragen haben, die in öffentlicher Sitzung geeignet sind, dann würde ich - meine Fragen werden noch detaillierter, als sie es jetzt schon sind; das waren meine Einstiegsfragen - jetzt den Fraktionen das Wort geben, das, was in öffentlicher Sitzung gefragt werden kann, zu fragen. Vielleicht gibt es ja Fragen, die in öffentlicher Sitzung geeignet sind. Bei mir wird das nicht besser werden. Dann wäre der Punkt, an dem wir schauen müssen, dass wir in nichtöffentliche Sitzung gehen.

Die Fraktionen haben also jetzt das Wort, Ihnen Fragen zu stellen. Da sind bestimmte Minutenkontingente grundsätzlich festgelegt. Ich habe die Erwartung, dass diese nun nicht ausgeschöpft werden. Aber nur zur Information: Es sind Zeitbudgets für die Fraktionen vergeben. Die CDU/CSU-Fraktion hat grundsätzlich die Möglichkeit, 27 Minuten zu befragen, die SPD 17 Minuten, die Linke 8 Minuten und Bündnis 90/Die Grünen auch 8 Minuten. Die Reihenfolge geht dann nach dem Prinzip von Rede und Gegenrede. Da ich die ersten Fragen an Sie gestellt habe, ist in der ersten Fragerunde der Fraktionen als erste Fraktion die Fraktion Die Linke mit Fragen an der Reihe. Darauf folgen dann die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und dann die CDU/CSU.

Ich darf jetzt zuerst der Fraktion Die Linke das Wort für ihre Fragen geben. - Frau Kollegin Renner, vermute ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Bevor ich eine konkrete Frage an den Zeugen richte, gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Ich habe doch erhebliche Verfahrensbedenken dahin gehend, dass der Zeuge darüber subjektiv entscheidet, welche Antwort in nicht-öffentlicher und eingestufte Sitzung zu erfolgen hat. Ich hätte mir gewünscht - dazu haben wir auch in der Beratungssitzung vorhin gesprochen -, dass hier in diesem Abwägungsprozess die Bundesregierung wenigstens eine Begründung besteuert, weil sonst der Eindruck hier für

uns bleibt, dass es sozusagen in einer Einzelpersonentscheidung liegt, wie sich dieser Aufklärungsprozess, den wir uns alle öffentlich gewünscht haben und dem wir auch verpflichtet sind, gestaltet. Wir weichen hier von einem Grundsatz des UAG ab und das auf Grundlage einer subjektiven Entscheidung eines Zeugen. Das finde ich sehr schwierig. Das darf vorweggestellt sein. Deswegen hatte ich kurz zugerufen, ob wir uns dazu nicht einmal untereinander verständigen wollen, wie wir damit zu verfahren gedenken. Nichtsdestotrotz weiß ich nicht, ob es jetzt sinnvoll ist, zu fragen. Ich stelle jetzt zwei, drei Fragen, und wenn sich das so abzeichnet, testmäßig wie bei Ihnen, dann müssten wir vielleicht über eine kurze Sitzungsunterbrechung nachdenken.

Herr U., Sie haben davon gesprochen, es hätte keine Massenerfassung von Daten stattgefunden. Könnten Sie uns sagen - quantifiziert -, wie viele Rohdaten in der Sekunde oder in der Stunde oder am Tag - Sie können die Einheit wählen - erfasst wurden? Was Sie unter Rohdaten verstehen, wäre vielleicht ganz gut zur Erklärung beizusteuern. Vielleicht in Zeitscheiben: zu Beginn, in der Mitte und heute, dass wir das im Zeitverlauf einordnen können, ob der Datenstrom geringer geworden ist.

Zeuge R. U.: Was ich gemeint habe mit Massendaten oder damit, dass wir in Bad Aibling keine Massendatenüberwachung machen, ist, ich sage einfach mal, die Mathematik von dem, was wir erfassen können, die Satelliten, die wir sehen, was theoretisch machbar wäre und was wir tatsächlich machen. Das ist im Promillebereich. Dass absolut betrachtet natürlich noch schon jede Menge Daten herauskommen, ja. Aber insgesamt von dem Erfassbaren sind wir im Promillebereich.

Zu den Zahlen selber: Zahlen variieren wahnsinnig stark. Erstens - Sie haben das schon selber angesprochen -: Was zähle ich überhaupt? Zähle ich Rohdaten? Zähle ich Metadaten? Welche Metadaten? Da müsste man die Frage wirklich ganz detailliert stellen. Auch da variiert es pro Monat.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Solche Zahlen, ich kann Ihnen die Größenordnung bestätigen, die da so vorlagen, aber genaue Zahlen würde ich in der Runde nicht nennen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn ich jetzt sagen würde, 20 Millionen Rohdaten in der Stunde, dann könnte das ungefähr hinkommen?

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das zu viel oder zu wenig?

Zeuge R. U.: Ich sage keine Zahlen. Ich liefere Ihnen gerne, wenn Sie mir so eine Frage stellen, die Zahlen auch nach oder komme gerne noch einmal als Zeuge mit einer Zahlentabelle, wenn ich wirklich genau weiß, zu welchen Fragen. Da müsste man genau klären: Was sind denn Rohdaten?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das klären wir mal:
Was sind Rohdaten?)

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, das klären wir mal.

Zeuge R. U.: Was verstehen Sie denn unter Rohdaten?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ich kann Ihnen jetzt gerne sagen, was ich unter Rohdaten verstehe, aber ich bin hier nicht als Zeugin geladen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich einmal einschreiten, Frau Kollegin Renner. Sie haben recht: Es ist schon so, dass wir die Fragen stellen und Sie als Zeuge die Chance haben, die zu beantworten. Diese sollten Sie nutzen. Von daher habe ich die Uhr bei der Fraktion Die Linke angehalten, damit das nicht von der Zeit abgeht. Sie haben natürlich dann auch die Möglichkeit, im eigenen Ermessen eine kluge Antwort zu geben. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich den Zeugen bitten, uns zu erläutern, was bei Ihnen im Betrieb unter Rohdaten verstanden wurde, im technischen Betrieb, meinte ich natürlich. Sie sind ja keine Firma.

Zeuge R. U.: Ich kann Ihnen das technisch nicht im Detail erklären; ich kann es wirklich nicht. Ich würde da gerne auch auf meinen Kollegen verweisen, der dann kommt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich glaube, dass Sie sich durchaus über die Begriffe Metadaten, Rohdaten, Verkehrsdaten, Inhaltsdaten dort Gedanken gemacht haben. Aber gut. - Sie haben gesagt, es gab einen Transfer, also es wurde Technik geliefert. Dafür wurden im Gegenzug Daten bereitgestellt. Könnten Sie uns darstellen, was wir unter dieser Techniklieferung zu verstehen haben? Was ist an Hardwarekomponenten, an Antennentechnik und an Software geliefert worden? Zu welchem Zweck wurde diese eingesetzt? Insbesondere Speicherkapazitäten würden mich interessieren.

Zeuge R. U.: Ich kann Ihnen davon einen Teil in der öffentlichen Sitzung beantworten, zum Beispiel die Antennen. Die Antennenanlagen wurden, so wie ich das eingangs erwähnt habe, von den Amerikanern irgendwann einmal - ich weiß nicht, wann genau das war; in den 70er- oder 80er-Jahren - aufgebaut und dann dem BND übergeben, als die Amerikaner abgezogen sind, genauso wie einige Rechnersysteme, die es jetzt bestimmt nicht mehr gibt; jetzt ist es zehn Jahre später. Was wir genau an Systemen von den Amerikanern bekommen haben und wie jetzt die Systemlandschaft ist, würde ich Ihnen - es tut mir leid - gerne in nichtöffentlicher Sitzung beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie etwas zur Software sagen?

Zeuge R. U.: Zur Software genau das gleiche. Wir haben natürlich 2004 auch Software übernommen bzw. bekommen von den Amerikanern; wir bekommen das auch weiterhin noch. Aber was



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

die jetzt genau macht - sofern ich das jetzt als Dienststellenleiter noch beurteilen kann; ein Stückweit kann ich das -, tut mir leid: Auch gerne in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben jetzt ein Problem. Wir können zu eingesetzter Software in den Dokumenten, die auch zum Teil öffentlich - Gott sei Dank - einzusehen sind, aber auch in der Presseberichterstattung sehr viel nachlesen. Deswegen müssen wir uns hier nicht, ich sage mal, dümmer machen, als wir sind. Also, die ganzen Programme sind ja zum Teil beschrieben und in der Welt. Deswegen finde ich es durchaus angezeigt, dass wir hier auch offen über die Programme, zu denen zum Beispiel auch Zeugen hier in der Beweisaufnahme schon gesprochen haben, auch reden können. Ganz konkret: Wurde zum Beispiel ThinThread bei Ihnen eingesetzt, wann, zu welchem Zweck? Das ist eine Frage, die liegt auf der Hand. Ein Zeuge hat uns dazu Hinweise gegeben. Es gab eine Anfrage meiner Fraktion zu dem Thema. Ich weiß nicht, warum wir das hier nicht verhandeln können. Ganz konkret: Wie sieht es zum Beispiel mit diesem Programm aus?

Zeuge R. U.: Das habe ich akustisch nicht verstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): ThinThread.

Zeuge R. U.: ThinThread? Kenne ich wirklich nicht. ThinThread?

Martina Renner (DIE LINKE): Kann es sein, dass die Programme in Ihrem Haus andere Namen tragen, als wenn sie durch die US-Partnerdienste geliefert werden?

Zeuge R. U.: Könnte sein, weiß ich nicht. Ich kenne ThinThread nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie heißt das Programm, mit dem Sie Daten erfassen?

Zeuge R. U.: Wir haben verschiedene Programme, mit denen wir Daten erfassen. Eins hatte ich auch

schon erwähnt, das ist zum Beispiel XKeyscore für Internetdaten. Aber bevor ein System wie XKeyscore zur Wirkung kommt, sind eine Vielzahl von anderen Programmen, die ursprünglich aus einem Mischmasch sind, sie sind manchmal amerikanischer Herkunft, manchmal deutscher Herkunft. Also da gehören wirklich mehrere dazu. Ein Programm isoliert zu betrachten, macht keinen Sinn. XKeyscore haben wir als Beispiel im Einsatz in Bad Aibling.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie beziehen die Programme aus den USA, und Sie beziehen die Programme hier von privaten Softwareanbietern. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge R. U.: Ja. Das ist eine Mischung. Und wir machen auch viel selber.

Martina Renner (DIE LINKE): Da haben Sie drei Zugänge zu Softwareprogrammen. Bei den privaten Anbietern: Um welche Programme handelt es sich da? Welche Funktionsweisen werden durch private Anbieter für Sie bereitgestellt?

Zeuge R. U.: Da muss ich wieder auf die nicht-öffentliche Sitzung verweisen, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): In Ihrem Eingangsstatement haben Sie - ich würde sagen - generalisiert ausgesagt: Das hat alles auf rechtlicher Grundlage funktioniert. Nun steht immer wieder in der Diskussion, inwieweit die Vorschriften des G-10-Gesetzes eingehalten werden und die Herausfilterung der Daten deutscher Staatsbürger und Staatsbürgerinnen tatsächlich gelingen kann. Könnten Sie mit einer Prozentzahl sagen, zu wieviel Prozent die Einhaltung der G-10-Vorschriften funktioniert, wie dies im Haus kontrolliert wird und wie die Prozedur, wie die Routine verläuft, damit bei Telefonie, Internetverkehr, E-Mail entsprechend diese Daten herausgefiltert werden? Von hundert Prozent gehen wir ja sicherlich beide nicht aus.

Zeuge R. U.: Nein, aber wir dürften schon sehr, sehr nah dran sein, bedingt in Bad Aibling einfach schon dadurch, dass wir nur ausländische



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Kommunikation erfassen. Da ist per se schon wenig bis verschwindend gering deutscher Verkehr mit drin. Wir haben dann natürlich an verschiedenen Stellen Filtermechanismen in den Systemen, die dann von der Zentrale, also aus Pullach, bereitgestellt werden und auch kontrolliert werden und bei uns eben auch immer wieder erneuert werden. Wir haben mehrfache Filter, Filterungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Könnten Sie erklären, wie diese Filter funktionieren?

Zeuge R. U.: Nicht in öffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist die G-10-Kommission des Deutschen Bundestages informiert, wie diese Filter funktionieren, und in die Kontrolle einbezogen?

Zeuge R. U.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie auch rechts- und fachaufsichtliche Aufgaben zu erledigen?

Zeuge R. U.: Ich habe Fachaufgaben zu erledigen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Fachaufsicht obliegt Ihnen auch?

Zeuge R. U.: Fachaufsicht obliegt mir, genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen, glaube ich, ist die Frage berechtigt. Wenn Ihnen Fachaufsicht obliegt, glaube ich, ist es berechtigt, Sie auch zu fragen, inwieweit die Vorschriften eingehalten werden.

Zeuge R. U.: Die Vorschriften werden bei uns eingehalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte aber nicht gefragt, ob sie eingehalten werden, sondern wie. Ich wollte genau wissen, inwieweit die G-10-Kommission des Deutschen Bundestages über die

Routinen, wie diese funktionieren, und die Filterfunktion informiert ist und inwieweit Sie mit der G-10-Kommission des Deutschen Bundestages in dieser Sache zusammenarbeiten.

Zeuge R. U.: Ich kann nur für den Teil sprechen, wo ich Gelegenheit hatte, der G-10-Kommission, also einem Teil, vorzustellen. Die waren bei uns. Es fand ein Kontrollbesuch statt; ich glaube, es war im Juni dieses Jahres. Ich kann mich jetzt nicht mehr erinnern, ob wir wirklich im Detail erläutert haben, an welcher Stelle welcher Filter greift. Wo die G-10-Kommission sonst noch Informationen her hat, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich an dieser Stelle weitermachen: Könnten Sie darstellen, welche datenschutzrechtlichen und verfassungsrechtlichen Schranken neben dem G-10-Gesetz aus Ihrer Sicht denn für die Datenverarbeitung bei Ihnen vorliegen?

Zeuge R. U.: Also juristische Fragen kann ich nicht beantworten. Dafür haben wir bei uns in der Zentrale ein Referat, das uns beaufsichtigt und - wie ich das in meinem Eingangsstatement auch schon gesagt habe - jährlich unterweist. Die überprüfen auch ganz konkret unsere Vorgehensweisen und Filtermechanismen.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Vorschriften zur Löschung von Daten bestehen bei Ihnen?

(Lachen auf der Besuchertribüne)

Zeuge R. U.: Vorschriften zur Löschung von Daten - - Also, ich kenne die juristischen Vorschriften jetzt auch nicht genau. Ich weiß nur, dass all die Systeme, die wir bei uns eingesetzt haben, von der Zentrale, von unserem zuständigen Rechtsreferat abgenommen sind und die Löschroutinen von dort vorgegeben werden. Da haben wir keinen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Renner, ich - -



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Ich verstehe einfach den Begriff juristische Vorschriften nicht. Sie führen Datenverarbeitung durch. Das müssen Sie im Rahmen von Gesetzen und Vorschriften. Dann müssen Sie diese kennen und anwenden und können nicht auf eine Rechtsabteilung verweisen. Aber das können wir nachher noch diskutieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir haben ja noch eine Runde. Ich habe die Uhr schon zwei Minuten länger laufen lassen.

Bevor ich jetzt für Fragen an die Fraktion der SPD weitergebe, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass von den Tribünen bitte nicht kommentiert wird. Beifallsbekundungen oder Lachen dürfen in der Sitzung nicht stattfinden. Danke schön. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Es wird nicht einfacher, aber ich versuche es einmal, indem ich Ihnen Fragen in Bezug auf Ihre persönlichen Wahrnehmungen stelle. Sie sind seit viereinhalb Jahren Leiter von Bad Aiblingen, haben Sie gesagt. Haben Sie persönlich oder die Ihnen unterstellten Mitarbeiter in diesem Zeitraum zu irgendeinem Zeitpunkt daran mitgewirkt oder davon erfahren, dass deutsche staatliche Stellen Kommunikationsdaten deutscher Bürger an ausländische Stellen weitergegeben haben, insbesondere an Stellen in den sogenannten Five-Eyes-Staaten?

Zeuge R. U.: Ich habe es persönlich an keinem Vorgang direkt mitgekriegt. Ich meine nur - ich weiß nicht, da bin ich fast wieder im spekulativen Bereich -, dass wir bei der Entführung von deutschen Staatsbürgern dann schon eben die G-10-Nummern bei uns einstellen, um das zu verfolgen. Aber das erfolgt auch wieder aus der Zentrale heraus.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, Sie selber in Ihrem Verantwortungsbereich - - Ich meine, ich stelle mir das so vor: Wenn Sie eine Leitungsposition haben, dann wird Ihnen von Ihren Mitarbeitern berichtet, was die dort regelmäßig tun, und Sie üben die Aufsicht und Kontrolle aus,

weil Sie die Verantwortung für Bad Aibling tragen. Sie schließen jetzt aus, dass es in Bad Aibling einen Austausch von Kommunikationsdaten deutscher Bürger mit anderen ausländischen Stellen gibt?

Zeuge R. U.: Keinen wissentlichen. Unsere Erfassung ist so, dass wir G-10-filtern und nur G-10-gefilterte Daten an die Amerikaner weitergeben.

Christian Flisek (SPD): Können Sie uns erläutern, wie dieser Filter, den Sie bei sich in Bad Aibling einsetzen, in den groben Strukturen funktioniert?

Zeuge R. U.: Nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Haben Sie denn in Ihrer Führungstätigkeit bisher persönlich irgendwelche Erkenntnisse darüber erlangen können, ob ausländische Dienste, insbesondere Five-Eyes-Dienste, auf deutschem Boden Kommunikationsdaten deutscher Bürger erfassen?

Zeuge R. U.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Die Snowden-Veröffentlichungen sind mehr als ein Jahr her, die die Grundlage für unsere Ausschussarbeit bereitet haben. War Ihnen vor diesen Veröffentlichungen persönlich etwas bekannt, oder haben Sie davon gehört, dass Dienste in den Five-Eyes-Staaten - ich sage mal - massenhaft Kommunikationsdaten weltweit erfassen und dass auf diese Weise eventuell auch Daten deutscher Bürger erfasst werden?

Zeuge R. U.: Nein. Also, mir ist klar: Ich weiß, dass andere Dienste - dazu gehören auch die Five Eyes - natürlich weltweit Daten erfassen. Aber ich wüsste nicht, dass in Deutschland diese Staaten Daten erfassen.

Christian Flisek (SPD): Sie haben nicht konkretisiert. Jetzt noch einmal die Frage, weil das genereller und abstrakter war: Dass überhaupt, unab-



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

hängig davon, ob es auf deutschem Boden stattfindet oder nicht, Daten deutscher Bürger massenhaft erfasst werden - -

Zeuge R. U.: Das ist mir nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Das war Ihnen vor den Snowden-Veröffentlichungen persönlich nicht bekannt?

Zeuge R. U.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ich stelle mir jetzt natürlich die Frage, wenn Sie seit viereinhalb Jahren diese Dienststelle leiten, wenn Sie seit vielen Jahren auch eine Software wie XKeyscore innerhalb Ihrer Tätigkeit in Bad Aibling anwenden, wenn Sie nicht nur aufgrund Ihrer Ausbildung, sondern aufgrund Ihrer Position, die Sie dort bekleiden, ein Fachmann in diesem Bereich sind und vor allen Dingen das eine Schnittstelle ist, wo sehr viel Kooperation vor allen Dingen mit amerikanischen Diensten stattfindet, wie Sie das nicht gewusst haben können. Wenn Sie jetzt kategorisch sagen, Ihnen war das vor den Snowden-Veröffentlichungen nicht bekannt - das war jetzt gerade Ihre Aussage -: Sind Ihnen mit den Snowden-Veröffentlichungen dann genauso wie uns die Augen aufgegangen? Hat man davor die Augen verschlossen?

Zeuge R. U.: Ich weiß konkret nicht, was die Amerikaner wo weltweit erfassen. Ich weiß, was wir in Bad Aibling machen. Da erfassen die Amerikaner nichts, sondern bekommen vom BND selektierte und G-10-gefilterte Daten.

Christian Flisek (SPD): Gut. Und wie dieser Filter funktioniert, werden Sie uns in einer nicht-öffentlichen Sitzung sagen.

Ich versuche es jetzt noch einmal anders: Wenn ich - das ist immer das gute Beispiel - zum Beispiel dem Herrn Wolf eine E-Mail schreibe, ich einen der bekannten Dienste in den USA nutze - das heißt, die E-Mail wandert zwei Mal über den Ozean, über einen amerikanischen Server -, ist es ausgeschlossen oder können Sie es

ausschließen, dass eine solche E-Mail auch in Bad Aibling erfasst wird?

Zeuge R. U.: Ich würde das auch gerne in nicht-öffentlicher Sitzung erläutern; denn das hat auch wieder etwas mit Methodenschutz zu tun.

Christian Flisek (SPD): Aha, gut. - Wie XKeyscore funktioniert, werden Sie uns auch in nicht-öffentlicher Sitzung nur sagen?

Zeuge R. U.: Ich kann Ihnen - - Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, wir können uns ja auch mal darüber verständigen, ob es möglich ist, dass Sie so was in groben Zügen darstellen, weil - ich sage jetzt auch mal deutlich - ich meine, wir haben jetzt hier einen öffentlichen Teil der Sitzung, und das ist ja nicht umsonst so, sondern das ist dafür da, dass wir auch unsere Arbeit ein Stück weit vor den Augen der Öffentlichkeit durchführen können.

Und ich würde jetzt noch mal in diesem Zusammenhang - auch bei der Frage, wie ein solcher Filter funktioniert und wie XKeyscore funktioniert - Sie bitten, ob nicht eine Möglichkeit besteht, in der Darstellung zu differenzieren, dass man in groben Zügen vielleicht einmal schildert, wie so was funktioniert, und zwar so, dass Sie nach wie vor Ihre Aussagegenehmigung befolgen, aber wir trotzdem einfach mal einen Eindruck bekommen, wie so was aussieht. Ob das möglich ist, ob eine solche Differenzierung möglich ist? Das wäre sehr wünschenswert.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge R. U.: Also, ich tue mich da jetzt wirklich etwas schwer, auch meine - - Ich sage jetzt mal, ich habe eine Aussagegenehmigung, wo eben drinsteht, dass ich solche Details nicht nennen darf, und die Frage ist natürlich, wo der Detaillierungsgrad jetzt beginnt und das Grobe endet.

Ganz, ganz grob betrachtet ist XKeyscore ein System, mit dem wir den Inhalt von Internetdaten



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

für uns lesbar machen. Es ist kein intelligentes System, und es muss viel - - Ja, man muss schon viel nachdenken, um das System effizient zu nutzen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Christian Flisek (SPD): Ich warte jetzt gerade mal die Klärung ab, dass das vielleicht auch nicht von der Zeit dann - -

Zeuge R. U.: Also, ich darf wohl noch einen Detaillierungsgrad mehr machen. - Wir unterscheiden bei uns in paketvermittelte, also Internetdaten, und dafür ist unser System XKeyscore in Bad Aibling im Einsatz. Alle Daten, die dort erfasst werden, werden von unseren Nachrichtengewinnern untersucht, ob da Inhaltsdaten drin sind, die für uns relevant sind, die wir später dann auch unseren Nachrichtensachbearbeitern zur Verfügung stellen, letztlich dann auch nach Berlin, ob es auftragsrelevant ist.

Und wir untersuchen mit XKeyscore - - Ich hatte es eingangs erwähnt: Es gibt sehr, sehr viele Satelliten da oben, die Kommunikationskanäle wandern da auch immer wieder mal, und man muss da immer wieder nachziehen. Und mit XKeyscore hat man auch die Möglichkeit, Kommunikationskanäle prinzipiell zu untersuchen: welche Inhalte da eben drin sind und ob das dann für uns relevant ist oder nicht.

Nach dem - - Da, an der Stelle, gibt es auch schon einen Filter, also einen G-10-Filter. Danach gehen diese Daten in BND-eigene Systeme und werden dort - - Außerhalb von XKeyscore wird ein Meldungsvorprodukt erzeugt.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie würden XKeyscore als ein Auswertungsanalysetool beschreiben?

Zeuge R. U.: Ja, Analysetool; genau.

Christian Flisek (SPD): Wie ist das eigentlich mit der Fortentwicklung dieser Software? Betreiben

Sie die selber, oder kriegen Sie regelmäßige Updates von Partnerdiensten in den USA? Wie schaut die Wartung einer Software wie XKeyscore aus?

Zeuge R. U.: Also, wir sind jetzt aktuell in der Lage, so eine - - Wenn als Beispiel ein Rechner kaputtgeht, wo XKeyscore drauf läuft, sind wir in der Lage, so was wieder neu herzustellen, also nur mit deutschen Mitteln. Updates bekommen wir nach wie vor von den Amerikanern.

Christian Flisek (SPD): Aha. - Aber die eigenen Kapazitäten, haben Sie jetzt gesagt - habe ich Sie so richtig verstanden? -, reichen aus, um so eine Software wie XKeyscore gegebenenfalls jetzt selber BND-intern wiederherzustellen?

Zeuge R. U.: Zu betreiben sowieso und auch wiederherzustellen, genau.

Christian Flisek (SPD): Ja, okay. - Sie hatten vorher gesprochen von einem Promillebereich, der nur in Bad Aibling erfasst wird, und haben das - ich schätze mal, da ist ja die Relation interessant - auf die weltweite Satellitenkommunikation bezogen. Ist das richtig?

Zeuge R. U.: Nein, nicht ganz. Auf die Satellitenkommunikation, die von Bad Aibling aus erfassbar wäre.

Christian Flisek (SPD): „Erfassbar wäre“?

Zeuge R. U.: Wenn man sich die Erdkugel vorstellt, dann sind rund um die Erde Satelliten verteilt, und das hat auch was mit der Blickrichtung - - Man muss die Antenne auf so einen Satelliten auch richten können; sonst kann man ihn nicht erfassen. Wenn der am anderen Ende der Welt ist sozusagen, dann bekommt man den nicht, aber mit allen Antennen von Bad Aibling und all den sehbaren Satelliten sozusagen - nur von denen; das ist die Ausgangsmenge -, und davon erfassen wir nur im Promillebereich.

Christian Flisek (SPD): Also, von dem, was Sie erfassen können, erfassen Sie tatsächlich nur



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

einen Promillebereich. Wie viel Prozent der weltweiten Kommunikation ist denn in Bad Aibling erfassbar?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Das wissen Sie nicht. - Können Sie das vielleicht mal konkretisieren? Wenn wir jetzt ein Zielland haben in der Beobachtung wie zum Beispiel Afghanistan, wenn wir das jetzt mal in Relation setzen, also die Kommunikation in Afghanistan, die Satellitenkommunikation in Afghanistan: Wie viel Prozent der Kommunikation in Afghanistan erfassen Sie dort? Das wird ja dann wohl nicht ein Promillebereich sein.

Zeuge R. U.: Wie viel - - Auch die Frage kann ich Ihnen wirklich nicht beantworten, wie viel Prozent das sind. Aber es ist richtig, dass insgesamt betrachtet in Bad Aibling natürlich ein Großteil aus diesen Krisengebieten und damit auch aus Afghanistan unser Aufkommen darstellt. Aber wie groß der Anteil, den Bad Aibling jetzt - - Also, der afghanische Anteil, der in Bad Aibling ist, wie viel das jetzt wirklich von der gesamt-afghanischen Kommunikation ist, weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie würden zumindest dann jetzt sagen: „Wenn man das in Relation stellt zur Kommunikation beispielsweise in einem solchen Land, dann ist das ein ungleich höherer Anteil“, und es ist nicht unbedingt die Aussage mehr dann valide: „Es handelt sich nur um Promille“?

Zeuge R. U.: Da müsste man - - Dazu fehlen mir die Fakten und Daten, ob das dann im Promillebereich ist - könnte sein, weiß ich aber nicht. Das müsste man - - Ich weiß es nicht. Also, der Anteil wird mit Sicherheit größer sein; da haben Sie recht. Der Anteil wird größer sein; aber wie groß er dann konkret ist, würde ich Ihnen gerne nachliefern. Da können wir gerne eine Recherche machen und Ihnen dann so eine Frage beantworten.

Christian Flisek (SPD): Jetzt hatten Sie vorhin gesagt, dass die G-10-Kommission mal bei Ihnen war.

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, die G-10-Kommission befasst sich ja eigentlich mit einem Themenbereich, der eigentlich in Bad Aibling gar nicht stattfinden sollte. Warum war die denn eigentlich da?

Zeuge R. U.: Doch, wir sind auch G-10-Erfassungsdienststelle.

Christian Flisek (SPD): Weil Sie filtern?

Zeuge R. U.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Bei den Entführungen?

Zeuge R. U.: Ja, also - - Wie erkläre ich das am besten?

Christian Flisek (SPD): Am besten so, dass ich es verstehe.

Zeuge R. U.: Die G-10-Erfassung nach § 358 von den Grundrechtsträgern wird rein aus Pullach heraus gesteuert. Trotzdem sind solche Selektoren in Bad Aibling von Pullach aus eingestellt, und wir erfassen das, leiten das, sofern es da irgendwelche Treffer gäbe, aber direkt nach Pullach weiter. Also, wir sind sozusagen die Erfassungsstelle dafür, aber nicht diejenigen, die dann konkret jetzt versuchen, so eine Strecke zu finden, oder ganz konkret so eine Nachricht bearbeiten. Das machen wir nicht.

Burkhard Lischka (SPD): Zwei Fragen, Herr Vorsitzender. - Einmal zur G-10-Filterung - damit haben wir uns jetzt lange beschäftigt -: Werden denn die Daten irgendwie darüber hinaus noch gefiltert, also beispielsweise um Daten von US-Bürgern bereinigt - das wäre aus meiner Sicht eine Frage -, und findet eine Bereinigung möglicherweise statt hinsichtlich aller EU-Bürger oder nicht?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Also, die Selektoren - - Da würde ich auch bitte wieder auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen.

Burkhard Lischka (SPD): Eine Frage noch: Auf welcher Rechtsgrundlage werden eigentlich die Daten weitergeleitet an die USA?

Zeuge R. U.: Basierend auf dem MoU, das 2002 geschlossen wurde.

Burkhard Lischka (SPD): Okay, danke.

Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD): Ich habe noch eine Frage, auch zu den weitergeleiteten Daten. Wir haben jetzt mehrfach von Ihnen gehört, dass Sie G-10-gefilterte Daten weitergeben. Die nächste Frage wäre: Was für Daten erhalten Sie, meinerwegen von den amerikanischen Partnerdiensten, für Ihre Arbeit? a) Erhalten Sie Daten? b) Was für Daten erhalten Sie? c) Sind darunter Daten, die Sie originär gegebenenfalls nicht hätten erheben dürfen? Ich spreche also einen systematischen Ringtausch an.

Zeuge R. U.: Wir in Bad Aibling erhalten überhaupt keine Daten von den Amerikanern, sondern nur Selektoren, die wir an den Erfassungssystemen dann einstellen, aber keine Daten.

Christian Flisek (SPD): Ich würde jetzt gerne noch mal eine Frage nachreichen, und zwar: Sie kennen ja auch selber die Veröffentlichungen zu den Drohneneinsätzen, zu den tödlichen Drohneneinsätzen, wo auch Äußerungen vonseiten leitender Personen bei amerikanischen Geheimdiensten existieren, die sagen: Allein auf der Grundlage von Metadaten sind wir in der Lage, solche Zielerfassungen durchzuführen. Bei den im Raum stehenden 500 Millionen Datensätzen, die da übermittelt werden an die Vereinigten Staaten bzw. an die Dienste in den USA: Können Sie aufgrund Ihrer Expertise ausschließen, dass diese Daten angewandt werden oder Verwendung finden für solche Einsätze?

Zeuge R. U.: Nach meinem technischen Kenntnisstand sind die Metadaten, die wir erfassen,

bzw. die darin enthaltenen Zelldaten - mehr sind es nicht -, wo Ordnungsangaben drin sind, bei weitem zu ungenau, um so konkrete Drohnenangriffe zu fliegen.

Christian Flisek (SPD): Wie bringen Sie das dann - also, Sie sagen, das ist zu ungenau -, ich sage mal, mit einer Aussage zum Beispiel von Herrn Hayden zusammen, der sagt, es reichen solche Metadaten aus, um solche Einsätze „erfolgreich“ - aus seiner Sicht, „erfolgreich“ in Anführungsstrichen - durchzuführen?

Zeuge R. U.: Kann ich nicht zusammenbringen. Ich weiß, dass unsere Zelldaten viele, viele Kilometer - Dutzende, unter Umständen 50, 60 Kilometer - Räume beschreiben, und das ist einfach nicht ausreichend, um jetzt, ich sage mal, ein Haus zu bombardieren.

Burkhard Lischka (SPD): Aha. - Vielleicht dazu noch eine Nachfrage: Gab es denn bei Ihnen - oder konnten Sie das wahrnehmen? - Diskussionen darüber, dass diese Metadaten möglicherweise für Drohnenangriffe genutzt werden? Gab es da überhaupt Diskussionen? Haben Sie so was mal mitbekommen?

Zeuge R. U.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Was sicherlich vielleicht für die Sitzung jetzt hier auch noch mal interessant ist: Solange wir die Öffentlichkeit haben, würde ich auch noch mal Ihre persönliche Bewertung gerne hören. Es werden Unmengen Daten gesammelt. Ich unterhalte mich jetzt gar nicht über die Qualitäten. Ich sage nur: Es werden diese massenhaften Daten gesammelt; das ist der berühmte Heuhaufen. Das ist das, sage ich mal, was auch Gegenstand unserer Untersuchungen ist. Man wirft sozusagen den amerikanischen Diensten, vor allen Dingen den Five-Eyes-Diensten, vor, dass sie einen riesigen Heuhaufen anlegen wollen - anlasslos -, um dann möglicherweise dort ein paar Nadeln zu finden, mit Analysetools wie beispielsweise XKeyscore.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie unterscheidet sich eigentlich die Tätigkeit des BND von der Tätigkeit dieser Dienste? Gibt es einen Unterschied? Wenn ja, welchen?

Zeuge R. U.: Also, ich weiß nicht, wie die Amerikaner in Fort Meade im Detail arbeiten. Bei uns ist es so, dass wir ganz konkret mit Selektoren aus den erfassten Daten unsere Verkehre rausziehen und auch wirklich das nur angucken.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und wie diese Selektoren dann funktionieren, welchen Parametern sie unterliegen, das werden wir dann in der nichtöffentlichen Sitzung hören. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt wäre die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Fragen dran. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr U., ich will vielleicht damit mal anfangen, zu fragen bezüglich Ihres einleitenden Statements. Sie unterscheiden in Bad Aibling zwischen Satelliten, die Sie ablauschen - das sage ich jetzt mal etwas untechnisch -, und Richtfunk, mit dem Sie einzelne Gespräche abhören; so habe ich das verstanden. Wie teilt sich das im Detail auf? Von der Arbeitsintensität oder von den Ressourcen, die Sie da reinstecken, wie viel Prozent nimmt was davon ab? Und kommen nach Bad Aibling - ich sage das bewusst neblig - aus der Glasfaserüberwachung irgendwelche Daten an? Also, bekommen Sie zusätzlich zu diesen zwei Abhörmethoden Informationen, Daten aus Glasfaserkommunikation nach Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Zum ersten Punkt: Richtfunkerfassung wird in Bad Aibling nicht betrieben; das machen wir nicht in Bad Aibling. Wir machen Satellitenerfassung und -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich ganz kurz präzisieren? Das gilt dann auch für die Vergangenheit - also, sagen wir mal: für die letzten zehn Jahre -, oder reden Sie

jetzt, wenn Sie in der Gegenwart sprechen - - Könnte es sein, dass Sie das bis vor - seit wann sind Sie da? - fünf Jahren gemacht haben?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge R. U.: Ich würde Sie, Herr Vorsitzender, um eine kurze Pause bitten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn uns das Erhellung bringt, machen wir das natürlich. Fünf Minuten reichen Ihnen? - Bitte achten Sie darauf, dass Ihr Mikrofon ausgestellt ist bei der Beratung.

(Unterbrechung von
14.14 bis 14.18 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe den Eindruck, die Zeit hat ausgereicht. Dann darf ich die unterbrochene Sitzung wieder fortsetzen und Ihnen auch direkt das Wort zur Beantwortung der Frage geben; denn dazu hatten Sie ja jetzt Zeit, sich zu beraten. - Herr Zeuge.

Zeuge R. U.: Ja, gut. - Sie sehen schon: Ich kämpfe immer so ein bisschen mit der Aussagegenehmigung, die mir eben gestellt wurde, was ich da sagen darf, was ich nicht sagen darf.

Zum Thema Richtfunk: Richtfunk ist eine Erfassungsart, wo Sie mit einer Richtfunkstrecke zwischen zwei Antennen eine eigene Antenne aufstellen. Solche Richtfunkstrecken gibt es in Bad Aibling nicht. Deswegen haben wir weder in meiner Amtszeit und wahrscheinlich auch davor keine Richtfunkerfassungen in Afghanistan - Afghanistan sage ich schon -, in Bad Aibling betrieben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie das nicht in Bad Aibling betrieben haben im Sinne von „in Bayern“, das ist mir völlig klar. Die interessante Frage ist: Haben Sie es in Somalia, in Afghanistan und im Nahen Osten gemacht, und machen Sie es noch?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Da würde ich auch wieder gerne auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann darf ich aber anmerken, dass ich Ihre Antwort reichlich spitzfindig finde, wenn Sie mir sagen, dass Sie es nicht in Bad Aibling machen; aber sei es drum.

Eine Frage zu den NSA-Contractors - so heißen die, entnehme ich den Akten - und dem Begriff der Liaison: Wie viele Mitarbeiter der NSA bzw. privater Firmen für die NSA sind denn in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Also, wir betrachten die als NSA-Mitarbeiter, und sie sind in der Größenordnung unter zehn noch in Bad Aibling da.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie zum Begriff der Liaison was sagen?

Zeuge R. U.: Das ist der Hauptanteil von den NSA-Leuten, die in Bad Aibling sind. Also, die arbeiten dann nicht mit uns, sondern mit Pullach zusammen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viele sind das?

Zeuge R. U.: Ich weiß es auswendig konkret nicht, ob das jetzt sechs/vier oder sieben/drei oder acht/zwei ist; weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Ich habe bezüglich der Antworten, die Sie bisher gegeben haben, so ein bisschen das Problem, dass ich mir nicht sicher bin, ob wir gemeinsam von denselben Dingen reden; das habe ich bei der ganzen Diskussion. Deswegen frage ich Sie jetzt noch mal etwas konkreter: Was sind für Sie als Behördenleiter in Bad Aibling Metadaten per Definition?

Zeuge R. U.: Also, bei uns in Bad Aibling - Ich empfinde Metadaten als Daten, die keine Inhaltsgespräche haben. Metadaten können sein -

es gibt eine Vielzahl von Metadaten -: Wenn man zum Beispiel an einem Computer einen Internetaufruf von amazon.de macht und man zufällig so eine Strecke erfassen würde, dann werden da Metadaten übertragen, wenn der Browser zum Beispiel eben mit dem Server spricht. Bei dem Aufruf von so einer Seite werden - nur als Beispiel - schon über 100 Metadaten erzeugt.

Metadaten sind für mich auch, wenn jemand sich mit seinem Mobilfunkgerät bewegt, zum Beispiel mit dem Auto fährt, und einfach nur Zellwechsel stattfinden; dann wird das mitprotokolliert. Dann ist das ein Metadatum, wenn man so eine Erfassung hat.

Metadaten sind natürlich auch: Welche Telefonnummer telefoniert mit welcher Telefonnummer? - Das sind für mich Metadaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Metadaten im Sinne von - - Wahrscheinlich würde man datenschutzrechtlich von Verkehrsdaten sprechen bei dem, was Sie jetzt beschrieben haben; na gut, sei es drum. - Aber Sie haben es so ein bisschen komisch gesagt; deswegen frage ich noch mal nach. Sie haben gesagt: Ich empfinde es als Behördenleiter so. - Bezüglich der Aussagen, die Sie am Anfang gemacht haben: „Wir halten uns an Recht und Gesetz“, sind wir uns einig, dass Sie das nicht nur so empfinden, sondern Sie brauchen ja Definitionen, um diese Aussage machen zu können, richtig? - Also, das ist Ihre Definition eines Metadatums, ja?

Zeuge R. U.: Das ist meine.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. - Dann frage ich: Was ist Ihre Definition eines Rohdatums? Was sind Rohdaten in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Rohdaten sind nach meiner Definition Daten, die noch nicht gesichtet wurden.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Die also abgefangen wurden, aber noch nicht gesichtet wurden, ja?

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - „Was ist eine Meldung nach Ihrer Definition?“, frage ich mich, wenn ich die Akten lese.

Zeuge R. U.: Also, wir in Bad Aibling, wie ich es vorher auch schon mal kurz ausgeführt habe, sind auf wenigen Satelliten, auf wenigen Kommunikationskanälen. Da bricht sich das so runter, und es bricht sich dann noch weiter runter mit den Selektoren, die wir dort einsteuern.

Wir können auch auf diesen wenigen Kommunikationskanälen nicht alles erfassen, sondern nur einen Teil. Wir bereinigen das dann um G 10. Da haben wir natürlich verschiedene Kriterien wie zum Beispiel Telefonnummern, wo wir so was ausfiltern, und irgendwann wird bei einer Kollegin oder einem Kollegen auf einem anderen System, in dem Fall einem deutschen Nachrichtensbearbeitungssystem, wo auch die Kollegin die entsprechende Sprache zum Beispiel spricht, zum Beispiel ein Telefongespräch „angezeigt“ - in Anführungszeichen -, was aber an der Stelle auch schon kein zufällig erfasstes Telefongespräch mehr ist, sondern ein Telefongespräch aufgrund eines von uns eingestellten Selektors.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn - - Okay, und das ist dann eine Meldung?

Zeuge R. U.: Das ist noch keine Meldung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge R. U.: Die Kollegin oder der Kollege liest oder hört sich dann dieses - bleiben wir beim Telefongespräch - Telefongespräch an. Er hört sich das an und entscheidet dann, ob es relevant ist, ob das dem Thema aus dem APB entspricht

oder nicht. Wenn es dem nicht entspricht, dann wird es gelöscht, und wenn es dem entspricht, dann erstellt Bad Aibling, die Kollegin, ein sogenanntes Meldungsvorprodukt und leitet das weiter an die Zentrale nach Pullach.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ihren Ausführungen entnehme ich richtig, dass Sie zwischen Selektoren und Filtern unterscheiden? Ist das korrekt, oder sind Selektoren und Filter das Gleiche?

Zeuge R. U.: Nein, das ist nicht das Gleiche.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Was das genau ist, das erklären Sie mir nur im nichtöffentlichen Teil?

Zeuge R. U.: Gerne.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich mir schon gedacht. - Dann die Frage: Bei der Software, die Sie praktisch als Gegenleistung zur Verfügung gestellt bekommen von den Amerikanern, können Sie da in die Quellcodes gucken?

Zeuge R. U.: Teilweise in Skripte, soweit ich weiß, aber konkret zu allen Systemen mit Sicherheit nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie ausschließen, dass es in diesen Programmen Hintertüren, Zugänge, ähnliche Sachen, irgendwie Möglichkeiten des Zugriffs durch die Amerikaner gibt?

Zeuge R. U.: Auf der Ebene der amerikanischen Programme kann ich es schwerer beurteilen. Was uns in Bad Aibling - das hatte ich eingangs auch schon erwähnt - sehr, sehr wichtig ist: Wir betreiben all die Systeme in alleiniger BND-Hoheit, und wir haben natürlich eine eigene IT-Sicherheitsinfrastruktur, die auch von unserer internen Abteilung Sicherheit abgenommen ist, und bewegen uns in einem abgeschotteten Netz.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Kommunikation, die wir mit den Amerikanern haben, wenn wir ihnen selektierte und G-10-gefilterte Daten weitergeben, läuft dann nicht so ab, dass die Amerikaner bei uns auf irgendeinen Computer zugreifen, sondern wir gehen von unserer Firewall raus und haben von den Amerikanern einen Rechner benannt bekommen, wo wir - wir, der BND - aktiv die Daten ablegen. Also, insofern: Wir sind von der Netzwerksicherheit her auf einem sehr, sehr hohen Level, sodass wir so was an sich ausschließen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir wären jetzt mit der Zeit um; ich habe auch die Unterbrechung angerechnet. Es gibt ja sicherlich noch mehr Runden als eine. - Ich danke ganz herzlich der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für ihre Fragen und gebe das Wort jetzt weiter an die Fraktion der CDU/CSU. Ich denke, Herr Kollege Kieseewetter fängt an.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich werde Sie mit einer Reihe von Dokumenten konfrontieren; die liegen hier alle vor, sind alle offen, sind aber, wenn Sie da Einblicke haben wollen, Ihnen unmittelbar zugänglich.

Ich habe aber zunächst eine Frage, die die Geschichte des Standorts Bad Aibling betrifft. In einer Strafanzeige von verschiedenen Bürgern und Gruppierungen an den Generalbundesanwalt wird behauptet, die Anlage in Bad Aibling sei auch von britischen Geheimdiensten genutzt worden.

Eine erste Frage: Ist Ihnen bekannt, ob in Bad Aibling auch britische Geheimdienste tätig waren, und wenn ja, wann und welche?

Zeuge R. U.: Mir ist nicht bekannt, dass britische Geheimdienste in Bad Aibling tätig waren. In der Mangfall-Kaserne kann ich es für die letzten vier-einhalb Jahre und auch davor ausschließen.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Teilt die Bundesregierung diese Auffassung?

(Zuruf: Die wird hier nicht befragt!)

- Okay, dann werde ich weiter den Zeugen befragen; aber die Frage ist ja im Protokoll.

Der zweite Punkt, der uns wichtig ist: Es geht um die Kooperation mit den USA, insbesondere eben mit der NSA. In einem der Snowden-Dokumente vom 17. Januar 2013 hebt die NSA als Thema Nummer eins hervor, dass sie ihre Präsenz in der Joint SIGINT Activity reduzieren wolle. Im Mai 2012 habe die NSA dem Bund die vollste Verantwortung für die Sammlung von sogenannten FORNSAT, also wohl „FORNSAT collection mission“, übertragen.

Zunächst würde mich interessieren, wofür genau der Begriff „FORNSAT collection“ steht. Liege ich richtig mit der Annahme, dass es dabei um das Abschöpfen ausländischer Kommunikationssatelliten geht?

Zeuge R. U.: Genau.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Wie wurde die Zusammenarbeit von BND und NSA in der Joint SIGINT Activity nach dem Mai 2012 fortgeführt?

Zeuge R. U.: JSA wurde ganz offiziell aufgelöst, und die Amerikaner unterstützen uns insofern noch mit Software, mit Systemen - es kam vorher auch schon mal die Frage nach Updates -, als dass in Bad Aibling noch technische, ich sage jetzt mal, Verbindungsmenschen sind, die wissen, wie die Software funktioniert, die sie selber aber auch nicht mehr so richtig betreiben können.

Und immer, wenn es dann Updates gibt, werden die Amerikaner Experten aus deren Fundus - - Also, deren Programmierer organisieren das dann, dass das bei uns neu installiert wird. Also, die Zusammenarbeit ist eine technische; aber die Menschen, die da sind, können das technisch selbst nicht mehr bewerkstelligen.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. - Der zweite Punkt ist: Die Presse berichtet auch, die USA - Sie haben das eben angedeutet - hätten ihr Personal am Standort Bad Aibling schon 2004 zwar massiv reduziert, seien aber weiter mit einem kleinen Team präsent - Sie deuteten an, etwa zehn Personen - in einem eigens errichteten fensterlosen Gebäude, das „Blehdose“ genannt werde. Dort sei die Special US Liaison Activity Germany untergebracht. Bitte beschreiben Sie uns die baulichen Gegebenheiten, in denen Ihre Dienststelle untergebracht ist. Welche Dienststellen sind auf dem Gelände der Mangfall-Kaserne untergebracht?

Zeuge R. U.: Auf dem Gelände der Mangfall-Kaserne ist natürlich der BND der Hausherr, und die Amerikaner haben tatsächlich ein eigenes kleines Gebäude, wo - Größenordnung - zehn Menschen noch arbeiten.

Diese massenhafte Reduzierung 2004, die Sie gerade ansprachen, resultierte aus der - - Damals nannten die Amerikaner das „Bad Aibling Station“. Das war nicht in der Mangfall-Kaserne, sondern das war nebenan, und da waren es mehrere Tausend Amerikaner in der Spitze, die bei Schließung dieser Bad Aibling Station dann weigesetzt wurden.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke, Her Zeuge. - Gibt es heute noch Räume, zu denen jeweils nur Mitarbeiter der Amerikaner oder der Deutschen Zutritt haben, wo also der wechselseitige Zutritt verwehrt ist?

Zeuge R. U.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Um welche Gebäude handelt es sich da?

Zeuge R. U.: Also, das Gebäude der Amerikaner ist so gesichert, dass wir an der Tür sozusagen klingeln und dann Einlass bekommen, und bei uns sind die meisten Gebäude so gesichert, dass nur BND-Personal reinkommt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Die Presse berichtet weiter von zwei Joint Ventures zwischen Deutschen und Amerikanern in Bad Aibling: einer Arbeitsgruppe zur gemeinsamen technischen Aufklärung, der Joint SIGINT Activity, abgekürzt JSA, und einer zur Auswertung abgefangener Signale, dem Joint Analysis Center, JAC abgekürzt. Sie seien 2011 bzw. 2012 eingestellt worden.

In einem anderen Artikel wurde präzisiert, das JAC sei mit fünf zivilen NSA- und BND-Experten besetzt gewesen, die auf Russland spezialisiert seien, während das 2004 gegründete JSA sich gegen Terrorismus, Proliferation und andere ausländische Ziele gerichtet habe. Es habe, so heißt es dort auch, eine direkte elektronische Verbindung zum NSA-Netz bestanden.

Nun meine Fragen zu dem in der Presse berichteten Sachverhalt: Sind Ihnen die Bezeichnungen JSA und JAC bekannt?

Zeuge R. U.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Verbergen sich hinter diesen Bezeichnungen tatsächlich Arbeitsgruppen, die gemischt mit amerikanischen und deutschen Mitarbeitern besetzt waren?

Zeuge R. U.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Bestehen diese Zusammenarbeitsformen heute noch?

Zeuge R. U.: Nein, bestehen nicht mehr.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In beiden Fällen nicht?

Zeuge R. U.: In beiden Fällen nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie sieht dann jetzt die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit dort aus?

Zeuge R. U.: Die beschränkt sich in großen Teilen auf Liaison, Liaison auch wieder untergliedert



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

mit - ich nenne es jetzt schon fast so - nichttechnischer Liaison, was Bad Aibling betrifft, sondern es ist dann die Verbindung nach Pullach, und eben, wie ich es vorher beschrieben hatte, von den zwei technischen Liaison-Menschen, die sich mit unseren Technikern, mit unseren Systemingenieuren, die die Systeme bei uns betreiben, unterhalten und von denen dann immer wieder auch Feedback bekommen.

Wir stellen nicht relativ häufig, aber immer wieder zum Beispiel auch mal einen Fehler fest in einem System wie XKeyscore zum Beispiel, können das dann den Amerikanern mitteilen, und die Amerikaner stellen dann die Verbindung zu den Programmierern in den USA her und versuchen dann, solche Fehler sozusagen zu beheben mit kleineren Upgrades oder auch mit Besuchen. Also, die haben eher koordinierende Tätigkeit.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Da möchte ich gern eine Frage anschließen: Wie wurde im Rahmen dieser Zusammenarbeit darauf geachtet, dass die amerikanischen Kollegen keine Daten aus Kommunikation deutscher Staatsbürger oder mit Anfangs- und Endpunkt in Deutschland erhielten?

Zeuge R. U.: Anfangs- und Endpunkt in Deutschland wird insofern vermieden, als dass wir Satellitenstrecken erfassen, die den Anfangs- und Endpunkt immer im Ausland haben. Und die Datenweitergabe erfolgt bei uns in Bad Aibling über ein streng abgeschirmtes, immer schon vom BND betriebenes Netz mit einem abgenommenen IT-Sicherheitskonzept mit Firewalls, die allesamt der BND beherrscht und überwacht, und die Datenweiterleitung an die Amerikaner aktiv vom BND gemacht wird und nicht aktiv von den Amerikanern.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Meine nächste Frage geht um die amerikanischen Tätigkeiten. Die Presse behauptet, dass es für die deutsche Seite keine Möglichkeit und auch kein Anrecht gebe, zu kontrollieren, welche Aufklärungsoperationen die Amerikaner in Bad Aibling durchführen. Bis wann haben nach Ihrer Auffassung die

Amerikaner Aufklärungsoperationen in Bad Aibling durchgeführt?

Zeuge R. U.: Also, was die Amerikaner gemacht haben, als es die alte Bad Aibling Station noch gab, weiß ich nicht, aber das war mit Sicherheit in amerikanischer Hoheit. Seit die Amerikaner 2004 alleinigt in der Mangfall-Kaserne mit anwesend sind, ist keine amerikanische Erfassung von Dingen möglich, wäre nicht möglich, ohne dass es der BND mitbekäme. Die Erfassung betreibt der BND seit 2004, und die Amerikaner haben in Bad Aibling auch nie Nachrichtebearbeitung gemacht, sondern haben uns immer mehr oder weniger - wie ich es in meinem Eingangsstatement auch schon gesagt habe - geschult und unterwiesen und Softwareupgrades gemacht.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Das heißt, Sie können bei dem, was Sie gerade festgestellt haben, ausschließen, dass dem BND eine Aufklärung entgegen würde, wenn die Amerikaner dies leisten würden?

Zeuge R. U.: Nach meinem Kenntnisstand in der Mangfall-Kaserne ja.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ich beziehe meine Frage auf die Mangfall-Kaserne.

Die Presse erläutert weiter, die Zusammenarbeit der Deutschen und Amerikaner in Bad Aibling richte sich nach einem Abkommen aus dem Jahr 2002; in diesem Abkommen - das haben Sie, glaube ich, vorhin auch angesprochen - würden sich die Partner streng auf die Beachtung und Einhaltung gesetzlicher Vorgaben wie der Grundrechte - Post-, Fernmeldegeheimnis usw. - verpflichten; hiervon seien aber im Falle terroristischer Aktivitäten Ausnahmen zugelassen; durch diese Ausnahme sei es möglich, dass abgefangene Signale, auch wenn sie von Deutschen stammen, mit Zustimmung des deutschen Partners verwendet werden dürfen; hiermit sei dem BND die Hintertür geöffnet worden, um von der NSA Daten über die Kommunikation Deutscher erhalten zu können. So *Der Spiegel* am 16. Juni unter dem



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Titel „Eifer und Gier“. Wissen Sie etwas über Abkommen, in denen die Zusammenarbeit von Deutschen und Amerikanern in Bad Aibling geregelt ist?

Zeuge R. U.: Ich habe das MoU natürlich mal durchgelesen, dieses MoU von 2002. Da werden ja verschiedene Dinge geregelt, unter anderem die ganzen Filtermechanismen, dass es eben G-10-Filterung gibt, dass es auch im Gegenzug - damals mit der gemeinsamen Zusammenarbeit - eine amerikanische Filterung gab, eine USSID 18 nannte sich das.

Da wurden aber noch andere Dinge geregelt: wer welche Infrastrukturkosten bezahlt, wer für Technik zuständig ist, wer zum Beispiel mit der Leitung dieses gemeinsamen Sachgebietes betraut ist; das war immer ein Deutscher, und der Vertreter war immer ein Amerikaner. Solche Grundzüge waren in dem MoU enthalten.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Trotzdem möchte ich da gern noch mal nachfragen: Sieht das Abkommen nach Ihrer Kenntnis - das eben diese Zusammenarbeit regelt - Ausnahmen für den Informationsaustausch vor, mit dem die gesetzlichen Vorgaben, G 10, umgangen werden können?

Zeuge R. U.: Also, das Abkommen - ich weiß gar nicht, ob es Geheim oder Streng Geheim eingestuft ist - Solche Details kann ich in einer öffentlichen Sitzung nicht beantworten.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ich komme später darauf zurück. - Eröffnet die Zusammenarbeit mit der NSA in Bad Aibling einer oder beiden Seiten die Möglichkeit, die Kommunikation der eigenen Bürger abzuhören, sprich: Ist die Einführung von Selektoren oder Filtern zwingend erforderlich, um das zu verhindern?

Zeuge R. U.: Die Filterung von G 10, von Grundrechtsträgern, der Schutz obliegt dem BND, und der wird an verschiedenen Stellen eingehalten. Und da muss man mal unterscheiden zwischen

Selektoren und Filtermechanismen. Filtermechanismen greifen noch ein Stück weiter vorne unter Umständen an, auf einer größeren Anzahl von Daten. Aus dieser größeren Anzahl von Daten werden die G-10-Daten ausgefiltert, und danach greifen die Selektoren. Das sind also aktiv vom BND - - als Beispiel die Steuer-, die Telefonnummern - - um dann aus der Datenmenge ein für uns vermeintlich interessantes und relevantes Telefongespräch auszufiltern.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Ich möchte nun zu dem sogenannten Wharpedrive-Zwischenfall kommen. In einem aus den Snowden-Dokumenten bekannten Bericht vom 14. März 2013 schreibt die NSA-Abteilung Special Source Operations, SSO:

SSO wurde am 12. März 2013 benachrichtigt, dass der Zugriffspunkt für WHARPDRIIVE von Mitarbeitern des kommerziellen Konsortiums entdeckt worden war.

Das Zitat lautet weiter:

Scharfsinnige Mitarbeiter ... des ... Partner/s entfernten alle Beweise und es wurde eine plausible Erklärung zur Verfügung gestellt. Sämtliche Erhebungen wurden eingestellt.

Zitat Ende. - Ist Ihnen dieses Projekt bekannt?

Zeuge R. U.: Dazu auch bitte nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Des Weiteren wird in einem sogenannten Snowden-Dokument, vermutlich aus dem Frühjahr 2013, ausdrücklich eine Zusammenarbeit des BND mit der NSA-Abteilung SSO Wharpedrive (Emerald) erwähnt. Es handelt sich hier um ein trilaterales Programm, in dem der BND die Führungsrolle innehat und die NSA den technischen Support übernehme. Einer Erläuterung des *Spiegel* zufolge soll bei Wharpedrive eine gemeinsame Operation von NSA und BND mit einem dritten Partner sein, die dazu diene, Zugang zu



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

einer internationalen Datenleitung zu erhalten. Können Sie in öffentlicher Sitzung dazu Auskunft geben?

Zeuge R. U.: Nein, tut mir leid.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Werden Sie in nichtöffentlicher Sitzung dazu Auskunft geben?

Zeuge R. U.: Ich - - Wir bewegen uns da jetzt wieder in dem Rahmen, dass ich da eher spekulieren müsste; denn ich selber und Bad Aibling war mit solchen Sachen nicht hauptverantwortlich betraut.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke, das ist eine sehr gute Erklärung und auch sehr hilfreich für uns. - Ich möchte gerne noch meinen Kollegen die Möglichkeit geben und deshalb nur eine letzte Frage stellen zum Thema Boundless Informant. Das Dokument „BOUNDLESS INFORMANT-Statistik für Deutschland“ macht Angaben zum Datenaufkommen der NSA für die 30 Tage ab dem 10. Dezember 2012; so auch eine Spiegel-Meldung. Zu den erläuterten benannten Erfassungseinrichtungen gehören zwei mit den Codenamen US-987LA und US-987LB, aus denen rund 500 Millionen Aufzeichnungen stammen sollen. Da findet sich auch eine Liste der sogenannten Top-5-Technologien, und dort ist an erster Stelle XKeyscore aufgeführt, woraus allein über 182 Millionen Aufzeichnungen stammen sollen. Wie ist das zu verstehen? Ist XKeyscore nun ein Werkzeug zur Datenanalyse oder ein Programm zur Sammlung von Daten?

Zeuge R. U.: XKeyscore dient bei uns in Bad Aibling in erster Linie zur Analyse von Daten und zum Lesbarmachen der Inhalte, hat darüber hinaus erst mal keine Intelligenz, aber kann, wenn man auf den richtigen Strecken ist, die man vorher mit menschlicher Intelligenz auswählen muss, die Inhalte lesbar machen, um sie dann in einem weiteren deutschen System zu bearbeiten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gut. - Die weiteren Fragen, die wir haben in der Arbeitsgruppe, sind Punkte, die wohl offensichtlich alle nur in

nichtöffentlicher Sitzung zu klären sind. Deshalb verzichte auf weitere Fragen.

(Zuruf: Für die ganze Arbeitsgruppe?)

- Für die ganze Arbeitsgruppe, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Das waren dann die Fragen der Fraktion der CDU/CSU. Wir würden jetzt, wenn Bedarf besteht, in eine weitere Fragerunde einsteigen, und aus dem Kopfnicken entnehme ich: Es besteht Bedarf an einer weiteren Fragerunde. - Wir fangen jetzt wieder mit der Fraktion Die Linke an, würden dann in der weiteren Reihenfolge ab der zweiten Fragerunde vorangehen: nach der Fraktion Die Linke die CDU/CSU, dann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dann SPD. - Ich darf daher als Erstes der Fraktion Die Linke das Wort geben, und der Kollege Hahn beginnt, wenn ich das den Zeichen richtig entnehme. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde gern auf den Kontrollbesuch des BfDI im Dezember 2013 in Bad Aibling zu sprechen kommen; Sie haben es ja selbst mit angesprochen, haben gesagt, die G-10-Kommission war da, BfDI war da. Wissen Sie, wie viel derartige Kontrollbesuche es gegeben hat in Bad Aibling bzw. in Ihrer Amtszeit gegeben hat?

Zeuge R. U.: In meiner Amtszeit war der BfDI- und G-10-Kontrollbesuch der erste.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wer hat vonseiten des BND an diesem Kontrollbesuch teilgenommen, wer war also der Ansprechpartner für die Kollegen des BfDI von Ihrer Seite?

Zeuge R. U.: Vonseiten des BND war die federführende Dame unsere Datenschutzbeauftragte. Es hat ein Abteilungsleiter in Vertretung, soweit ich mich entsinnen kann, teilgenommen. Es waren Vertreter aus dem Kanzleramt mit dabei.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Welche Fragen standen denn im Mittelpunkt des Besuchs? Sie werden ja bestimmt einen Bericht bekommen haben oder eine Information bekommen haben. Was war Gegenstand der Prüfung? Welche Programme sind von Ihrer Seite auch dem BfDI vorgeführt worden?

Zeuge R. U.: Den Bericht kenne ich nicht. Ich habe ihn nicht gelesen. Seitens BfDI gab es eine komplette Dienststelleneinweisung, und es wurden dem BfDI der Reihe nach - von der Antenne sozusagen bis zum Meldungsvorprodukt - die Systeme gezeigt, die wir in Bad Aibling im Einsatz haben, um unsere Meldungsvorprodukte zu erstellen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und welche Programme sind gezeigt worden oder erläutert worden?

Zeuge R. U.: Als Beispiel: XKeyscore ist gezeigt worden. Es ist gezeigt worden ein Programm, mit dem man diese Inhaltsdaten sich zum Beispiel anhören kann. Das ist ein deutsches Programm, mit dem man dann Daten weiterleitet nach Pullach. Wir haben im Wesentlichen die Programme, die eben nötig sind für die Inhaltsererschließung und für die Nachrichtенbearbeitung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nun werden solche Kontrollbesuche ja auch ausgewertet. Was waren Ihrer Erinnerung nach und aus Ihrer Sicht strittige Punkte bei diesem Besuch? Gab es strittige Punkte, wenn ja, welche? Und was sind die Punkte, wo Sie möglicherweise auch Veränderungen danach für erforderlich gehalten haben? Oder gab es so etwas gar nicht?

Zeuge R. U.: Soweit ich mich entsinne, war bei den Systemen weitgehend Einigkeit, dass entweder schon die datenschutzrechtlichen - - also die Dateianordnungen für die Systeme vorhanden sind, bei denen es noch nicht da war, die aktuell in Bearbeitung sind.

Strittige Punkte gab es, soweit ich - - Ja, es gab einen strittigen Punkt, aber da weiß ich auch nicht, ob ich den in öffentlicher Sitzung so sagen kann. Ich würde ihn gern in nichtöffentlicher Sitzung Ihnen erläutern.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und gab es Bedenken, dass rechtliche Rahmenbedingungen, dass Gesetze beim BND nicht eingehalten worden sind? Gab es da Feststellungen oder Vorhalte seitens des BfDI Ihnen gegenüber?

Zeuge R. U.: Da würde ich auch gerne auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann habe ich noch eine Frage zu dem Thema Drohnen; es ist ja vorhin schon angesprochen worden. Da haben Sie, wenn ich das richtig zusammenfasse, gesagt, dass, wenn geografische Daten übermittelt worden sind, die so unscharf waren - 40-, 50-Kilometer-Entfernungen -, sodass sie nicht gebrauchsfähig waren für den Einsatz von Drohnen - so habe ich Sie vorhin verstanden - -

Da möchte ich gerne noch mal nachfragen: Sie geben doch auch Telefonnummern an die Amerikaner weiter von Personen, die Sie aufgespürt haben, wo Sie Daten mitgehört haben. Ist es nicht mit diesen Telefonnummern über die Ortung von Mobiltelefonen möglich, auch den Aufenthaltsstandort von Personen zu finden und dann in diesem Fall gezielt Drohnen einzusetzen, sodass auch Daten, die Sie übermittelt haben, seitens der Amerikaner doch dazu genutzt werden konnten?

Zeuge R. U.: In Bad Aibling geben wir keine Daten, keine Telefonnummern an die Amerikaner weiter, keine Selektoren. Wir bekommen nur welche von den Amerikanern und stellen die in unseren Systemen ein. Und nach meinem Kenntnisstand sind - unabhängig von diesem Umstand - aus Metadaten gewonnene Zelldaten von Mobilfunkteilnehmern nicht geeignet, um Drohnenangriffe durchzuführen, weil da eben die Funkzelle, die Größe der Funkzelle, zu groß ist, in der sich so ein Teilnehmer bewegen kann.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da will ich noch mal kurz nachhaken. Sie haben vorhin gesagt, Sie bekommen nichts von den Amerikanern. Jetzt haben Sie gesagt, Telefonnummern bekommen Sie von den Amerikanern.

Zeuge R. U.: Doch, doch, ich habe gesagt: Die Amerikaner - - Wir holen aktiv von einem amerikanischen Server deren Selektoren ab und beteiligen sie weiterhin an der Erfassung. Aber wir liefern den Amerikanern keine Selektoren.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Von meiner Seite erst mal keine weiteren Fragen.

Zeuge R. U.: Entschuldigung, wenn ich noch ergänze: Eine Nummer ist zum Beispiel - also eine Telefonnummer - ein Selektor.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Da kann ich jetzt problemlos anschließen. Was gibt es noch an Selektoren - Telefonnummern -, können Sie darstellen, was es noch an Selektoren gibt? Namen, Orte? Vielleicht erläutern Sie einfach mal den Begriff des Selektors.

Zeuge R. U.: Alle Selektoren würde ich Ihnen nur in nichtöffentlicher - soweit ich sie jetzt weiß - erläutern. Aber Telefonnummern, E-Mail-Adressen - das wäre so eine typische Form von Selektoren.

Martina Renner (DIE LINKE): Legen Sie ausschließlich US-amerikanische Selektoren an oder auch eigene?

Zeuge R. U.: Nein, beides.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie hoch ist der Anteil der US-amerikanischen Selektoren?

Zeuge R. U.: Weiß ich wirklich nicht die genaue Anzahl.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist überwiegend? Also, sind eigene Selektoren überwiegend oder US-amerikanische Selektoren überwiegend?

Zeuge R. U.: Ich weiß es aktuell nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, man darf auch - - na ja, eigentlich dürfen wir auch die Glaubwürdigkeit einer Aussage bewerten, und ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das nicht wissen. Also, na ja - -

Wie umfangreich sind denn diese Interessensprofile? Also, wie viele Daten erhalten Sie täglich, monatlich, die Sie als Selektoren anlegen?

Zeuge R. U.: Wir holen aktiv von einem amerikanischen Server in gewissen Rhythmen - ich glaube, zwei-, drei-, viermal am Tag - Daten ab, Selektoren, die wir dann einstellen. Bevor diese Selektoren eingestellt werden, werden die auf G-10-Schutz überprüft, also die Selektoren selbst schon. Und das geschieht in regelmäßigen Abständen bei uns in der Zentrale. Und dann werden die, wenn die Zentrale diese amerikanischen Selektoren freigibt, bei uns in die Erfassungssysteme eingestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, und ich hatte gefragt, was für einen Umfang die Selektoren haben. Wir haben ja jetzt darüber gesprochen, es können Telefonnummern, Namen, Orte zum Beispiel sein, andere vielleicht auch. Um welche Menge an Selektoren handelt es sich?

Zeuge R. U.: Ich weiß sie wirklich nicht, auch wenn Sie es mir nicht glauben; ich weiß die Menge auswendig nicht. Ich liefere Ihnen die Frage aber wirklich gerne nach. Die wird sich wahrscheinlich - - nicht nur wahrscheinlich, sondern die Menge der Selektoren, die ändert sich natürlich auch immer wieder mal. Aber wir können gerne recherchieren und Ihnen die Anzahl der Selektoren dann zur Verfügung stellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Was habe ich mir denn unter den Codenamen US-987LA und US-987LB vorzustellen?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge R. U.: Würde ich auch in nichtöffentlicher Sitzung bitte gerne machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Auf welcher Grundlage ist jetzt Ihre Entscheidung gefallen, dass Sie das in nichtöffentlicher Sitzung uns nur sagen wollen?

Zeuge R. U.: Ziffer 6.

Martina Renner (DIE LINKE): Ziffer 6.

Zeuge R. U.: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Und welcher Punkt dort, welcher Anstrich unter Ziffer 6?

Zeuge R. U.: Der erste.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann verkürze ich mal die Frage: Was bedeutet „987“?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht. Die reine Zahl 987 - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, was „LA“ bedeutet?

Zeuge R. U.: Ich würde Ihnen da gerne in nicht-öffentlicher Sitzung mitteilen, was ich dazu weiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie glauben, dass die Einschränkung der Aussagegenehmigung in Ziffer 6.1 beinhaltet, dass Sie mir nicht sagen können, was die Abkürzung „LA“, die international verwandt wird, bedeutet? Ist das wirklich Ihre Auffassung jetzt?

Zeuge R. U.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das auch Auffassung der Bundesregierung?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch wie beim Kollegen Kiesewetter beschränkt sich das Fragerecht erst mal auf den Zeugen. Der Kollege Kiesewetter hatte auch schon eine Frage an die Bundesregierung gestellt. Nach der Beratung ist der Zeuge zu diesem Ergebnis gekommen, und ich gehe damit davon aus, dass der Zeuge uns in der nichtöffentlichen Sitzung auch eine Antwort auf Ihre Frage gibt. - Und jetzt muss ich auf die Zeit gucken; die Zeit ist nämlich um.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Zeit ist um, okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, leider. - Ich würde jetzt in der zweiten Runde zu den Fragen der CDU/CSU-Fraktion kommen und darf jetzt der CDU/CSU-Fraktion das Wort geben und muss schauen, wer hier als Nächster die Fragen stellt. - Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Zeuge, ich gehe weiter in die Dokumente. In einem Dokument vom 17. Januar 2013 betont die NSA, im Jahr 2012 sei Deutschland größere Risiken bei der Erfüllung US-amerikanischer nachrichtendienstlicher Bedürfnisse eingegangen. Es geht um die Frage der Datenerfassung und Datenweitergabe. Dort heißt es, der BND habe sich darum bemüht, die deutsche Regierung dahin gehend zu beeinflussen, dass diese die deutschen Regelungen zum Datenschutz und zum Schutz der Privatsphäre weniger streng interpretiere. Wissen Sie von angeblichen Versuchen, wie sie da dargestellt werden, Ihrer Behörde, die Bundesregierung in dem geschilderten Sinn zu beeinflussen?

Zeuge R. U.: Nein, darüber weiß ich nichts.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sind bei den Vorschriften und Vorgaben für Ihre Arbeit im Jahr 2012 Änderungen eingetreten, auf die sich diese Einschätzung der NSA beziehen könnte?

Zeuge R. U.: Nein, ist mir nicht bekannt.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - In einem nicht datierten Snowden-Dokument steht, die JSA sei eine COMSAT-Einrichtung, die einzigartige Zugriffsmöglichkeiten biete; doch seien einige Einschränkungen zu beachten, so dürfe kein sensibler Nationalitätsselektor ins Visier genommen werden, zum Beispiel die Top-Level-Domains .de, .uk, .us und andere.

Die NSA-Bearbeiter haben zudem von der JSA eine Liste von Internetadressen erhalten, die nicht als Ziele genutzt werden dürfen, also zum Beispiel deutsche Einrichtungen, darunter basf.com, bundeswehr.org, siemens.com, eads.net etc. Wie verstehen Sie dieses Dokument? Mir erscheint es unklar, ob sich diese Ausführungen gewissermaßen als Handlungsanweisungen an NSA-Analysten richten, die mit den von der JSA erhobenen Daten arbeiten, oder ob sie auf den vorgelagerten Prozess der Datenerhebung abstellen.

Zeuge R. U.: Es ist meiner Meinung nach auf den vorgelagerten Prozess der Datenerhebung. Ich hatte es vorhin mal erläutert: Bevor die Amerikaner Selektoren bei uns einstellen dürfen, werden diese G-10-geprüft bei uns in der Zentrale. Und die werden nicht nur G-10-geprüft, sondern auch auf weitere politische Interessen geprüft und dadurch bereinigt und erst dann eingestellt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also, es gibt tatsächlich eine Vorfilterung, die dafür sorgt, dass möglichst wenig grundrechtensensibler sogenannter Beifang entsteht?

Zeuge R. U.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Es gibt des Weiteren Informationen in der Presse, die Zahl der an US-Dienste weitergegebenen Metadaten aus Telefonaten, Mails und Kurznachrichten werde statistisch nicht erfasst; 2012 und 2013 seien monatlich mehr als 3 Millionen Inhaltsdaten an die NSA übermittelt worden. Wie kann eine elektronische Übergabe von Daten erfolgen, ohne dass man die Anzahl der Daten erfasst und

damit benennen kann? Ich sehe da einen Widerspruch.

Zeuge R. U.: Es ist in der Tat so, dass wir bis zu den Snowden-Enthüllungen die Anzahl der weitergegebenen Daten nicht statistisch erfasst haben.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet aber, seither erfassen Sie die statistisch?

Zeuge R. U.: Ja, seitdem - - Da muss ich noch mal dazu sagen: Die Daten sind alle mehrfach G-10-gefiltert und selektiert, aber die schiere Anzahl wird seitdem erfasst.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Fassen Sie dabei Meta- und Inhaltsdaten zusammen oder trennen Sie diese?

Zeuge R. U.: Wir trennen das.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie werden diese Trennungen vorgenommen?

Zeuge R. U.: Inhaltsdaten sind Daten, die auch bei den Amerikanern nur auf Basis von deren Selektoren sich qualifizieren. Also, es wird nicht einfach ein Telefongespräch weitergegeben, sondern es muss eine Telefonnummer, als Beispiel, getroffen haben; dann wird so ein Inhaltsdatum weitergegeben. Die restlichen Inhaltsdaten werden weggegeben.

Bei den Metadaten findet keine Selektion in dem Sinne statt, dass man amerikanische Selektoren vorne einstellt, sondern da findet eine genaue Bereinigung um G-10-Grundrechtsträger statt; also man stellt sicher, dass die Grundrechtsträger raus sind, und gibt dann die anderen, alle Metadaten, weiter, den Rest.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Die Medien haben einen Widerspruch herausgearbeitet zwischen den genannten Datenmengen und der Aussage von BND-Präsident Schindler, es habe 2012 in zwei Fällen eine Weitergabe von Daten deutscher Staatsbürger an die



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Amerikaner gegeben - eine *Spiegel*-Meldung vom 5. August 2013, „Daten aus der Blechdose“. Welche und wie viele Daten werden in Ihrer Dienststelle abgefangen? Wie lange halten Sie diese Daten, also wie lange sind sie verfügbar, um entsprechende Auswertungen vorzunehmen?

Zeuge R. U.: Da muss man unterscheiden zwischen Internetdaten und der klassischen Telefonie. Bei den Internetdaten ist es bei uns so, dass die Inhaltsdaten wenige Tage vorgehalten werden und dann systemisch gelöscht werden, weil es nicht reicht. Bei den Inhaltsdaten werden die, die meldewürdig waren, in einem internen BND-System für längere Zeit gespeichert und die Inhaltsdaten, die sich nicht selektiert haben, für einige Tage, wenige Wochen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte trotzdem noch mal zur Klarstellung eine Frage stellen: Werden in Ihrer Dienststelle personenbezogene Daten zu deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Firmen und Verbänden, die aus der Fernmeldeaufklärung stammen, an die NSA oder andere ausländische Dienste weitergegeben?

Zeuge R. U.: Nein, machen wir nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte das ausdrücklich festhalten. - In einem Snowden-Dokument vom 19. April 2013 findet sich die Feststellung, die deutsche Gesetzeslage untersage es dem Bundesnachrichtendienst, dem BSI und dem BfV derzeit, Cyberabwehrmaßnahmen in „Quasi-Echtzeit“ vorzunehmen. Finden in Ihrer Dienststelle Cyberabwehrmaßnahmen in sogenannter „Quasi-Echtzeit“ statt?

Zeuge R. U.: Es findet in Bad Aibling keine Echtzeiterfassung statt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was ist unter „Cyberabwehrmaßnahmen in „Quasi-Echtzeit““ zu verstehen?

Zeuge R. U.: Dazu würde ich auch in geschlossener Sitzung, in nichtöffentlicher Sitzung etwas sagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Können Sie mir trotzdem und uns hier erläutern, worauf sich die rechtliche Einschätzung der NSA gründet, dass die deutsche Gesetzeslage das untersagt?

Zeuge R. U.: Nein, weiß ich nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gab es dazu entsprechende Diskussionen in Ihrer Amtszeit mit den NSA-Mitarbeitern?

Zeuge R. U.: Nicht auf meiner Ebene, nicht mit mir.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Unsere Arbeitsgruppe hat keine weiteren Fragen in diesem Kontext.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommt als nächste Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dran. Ich darf Ihnen das Wort geben. Herr Kollege Ströbele, nehme ich an.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr U., leiten Sie an die US-Stellen nur Daten weiter, die Sie selber aufgenommen, abgeschöpft, generiert haben, oder auch andere aus Deutschland oder sonst woher?

Zeuge R. U.: Nein, wir leiten an die Amerikaner weiter, was wir bei uns in Bad Aibling durch die Satellitenerfassung erfasst haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nur, was konkret in Bad Aibling erfasst worden ist?

Zeuge R. U.: Ja¹.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nicht etwa das Datenaufkommen aus

¹ Richtigstellung des Zeugen: „Nein“, siehe Anlage 1



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Afghanistan, soweit Sie es nicht in Bad Aibling machen?

Zeuge R. U.: Dazu auch - tut mir leid - nicht-öffentliche Sitzung, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da hat die Bundesregierung sich ja schon zu geäußert: Im Dezember 2012 sollen es diese 500 Millionen Datensätze gewesen sein, die übermittelt worden sind, die sich in den Snowden-Dokumenten befinden und die ja zunächst anders interpretiert wurden. Da sagen Sie nichts zu, obwohl die Bundesregierung sich dazu geäußert hat, auch der BND?

Zeuge R. U.: Also, diese 500 Millionen Datensätze waren aus der Satellitenerfassung, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: - und die liefen alle über Bad Aibling; das ist korrekt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie nehmen in Bad Aibling die Daten, schöpfen sie ab aus Afghanistan? Und das sind im Monat - jedenfalls Dezember 2012 - 500 Millionen, ungefähr.

Zeuge R. U.: Also, tut mir leid; da bin ich auch zu unsicher. Ich würde das gerne in nichtöffentlicher Sitzung beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich jetzt nicht. Also, was jetzt schon seit einem Jahr ungefähr öffentlich diskutiert wird - und die Bundesregierung hat ja auch in Presseerklärungen, die damaligen Minister, sich darauf berufen, das sei ein Irrtum, dass es sich da um andere Daten handelt, sondern das seien diese eben aus der strategischen Überwachung in Afghanistan -, das ist bei Ihnen noch alles geheim?

Zeuge R. U.: Ich darf das wegen meiner Aussagegenehmigung nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Haben Sie auch Daten, bekommen Sie auch Daten, die Sie dann weitergeleitet haben aus Glasfaserknotenpunkten in Deutschland, also beispielsweise aus Frankfurt, von dem Betreiber DE oder DE-CIX?

Zeuge R. U.: Auf solche Fragen darf ich in der öffentlichen Sitzung nichts antworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum eigentlich nicht?

Zeuge R. U.: Wie bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum eigentlich nicht?

Zeuge R. U.: Wegen meiner Aussagegenehmigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das verstehe ich nun überhaupt nicht. Ich frage Sie ganz konkret: Sind zwischen 2004 und 2007 von dem Bundesnachrichtendienst nach Ihrer Kenntnis - - oder man kann auch sagen: 2002 bis 2008 -, also nach Ihrer Kenntnis Daten, die im Frankfurter Glasfaserknotenpunkt abgeschöpft worden sind, an die NSA oder die USA weitergeleitet worden?

Zeuge R. U.: Ich bin erst seit 2010 in Bad Aibling; also, was davor war, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht? Also, wissen Sie denn - -

Zeuge R. U.: Nicht verlässlich, nicht durch eigene Wahrnehmung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist mir egal. Wissen Sie es sonst?

Zeuge R. U.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nie davon gehört, dass von dem



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Knotenpunkt in Frankfurt Daten abgeschöpft worden sind und weitergeleitet worden sind an die USA?

Zeuge R. U.: Ich habe - - Ich kenne es aus der Zeitung, aber ich kenne es nicht - wie soll ich sagen? - aus verlässlichen Quellen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich nehme mal an, Sie haben sich ja auch so vorher geäußert über das, was vorher war, vor Ihrer Zeit in Bad Aibling. Ich nehme mal an, gerade wenn Sie es aus der Zeitung wissen, dass Sie dann auch mit Ihren Kollegen darüber geredet haben: „Habt ihr so was gemacht?“ und „Wie viel war das?“ und Ähnliches. Kann ich mir doch vorstellen. Oder?

Zeuge R. U.: Ich würde wieder auf meine Aussagegenehmigung verweisen und das nicht in öffentlicher Sitzung beantworten wollen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun ist es aber so, Herr U., dass Ihr oberster Chef - der jetzige jedenfalls oder der fast oberste, Herr Klaus-Dieter Fritsche - genau diese Frage öffentlich beantwortet hat. Ich habe nämlich im Juli dieses Jahres eine Anfrage - parlamentarische Anfrage - an die Bundesregierung gerichtet, und die hat Herr Klaus-Dieter Fritsche beantwortet. Und Sie dürfen die nicht beantworten, weil die Geheim ist, oder wie?

Zeuge R. U.: Also, ich weiß zum einen nicht, dass der Herr Fritsche diese Frage beantwortet hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist ja egal. Das kann ich Ihnen ja zeigen.

Zeuge R. U.: Aber meine Aussagegenehmigung gibt eben diese Beantwortung nicht her.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt sie nicht her. - Also, Sie dürfen nicht so viel sagen wie die Bundesregierung öffentlich,

schriftlich, auch zum Veröffentlichen bestimmt, mir antwortet?

Zeuge R. U.: In der öffentlichen Sitzung darf ich nicht so viel sagen, korrekt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das dürfen Sie nicht, dürfen also da weniger, als die Bundesregierung schon geantwortet hat?

Zeuge R. U.: Ich kenne ja die Antworten der Bundesregierung nicht; aber meine Aussagegenehmigung beinhaltet das nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, dann sollten Sie sich vielleicht mal informieren, was die Bundesregierung darf. Also, es kann ja nicht sein, dass die Bundesregierung eine Frage beantwortet, und Sie sagen: Das ist so geheim, die darf man gar nicht öffentlich beantworten.

Zeuge R. U.: Ich kann ja nur von meiner Aussagegenehmigung ausgehen, und meine Aussagegenehmigung gibt es eben nicht her. Die Aussagegenehmigung habe ja nicht ich erstellt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben nicht Sie erstellt, natürlich, aber da frage ich mal die Bundesregierung: Wie kann denn so was sein?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Ströbele, Herr Akmann hat sich zu Wort gemeldet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn das okay ist, darf ich Sie unterbrechen. Dann würde ich Herrn Akmann das Wort geben, der vielleicht an dieser Stelle zur Aufklärung beitragen kann. - Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Vorsitzender, der Zeuge ist



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

mehrfach gefragt worden und hat mehrfach eindeutig geantwortet, dass der Vorgang eingestuft worden ist. Ich denke, insoweit bezieht er sich richtigerweise auf seine Aussagegenehmigung. Ich denke, für ihn gilt hier auch das faire Verfahren. - Vielen Dank.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das verstehe ich ja nun überhaupt nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank, Herr Akmann. Das faire Verfahren gilt. Die einzelnen Fraktionen haben Zeitkontingente. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat acht Minuten. Wenn in diesen acht Minuten die gleiche Frage mehrmals gestellt werden möchte, dann erlaube ich das. Dann ist die Zeit aber auch dann um. - Danke.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber da darf ich ja wirklich sagen, Herr Akmann: Aus Ihrem Kanzleramt wird diese Frage öffentlich beantwortet, und dann behaupten Sie, die sei eingestuft und dürfte hier nicht beantwortet werden. - Ich habe nämlich die Vermutung, dass Ihre Antwort falsch ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, wir befinden uns in der Zeugenvernehmung und nicht in der Vernehmung der Bundesregierung. Herr Kollege Ströbele, Sie dürfen noch eine Minute fortfahren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr U., haben Sie sich mal nach den Veröffentlichungen - das ist ja mehrfach angesprochen worden hier - mit den Snowden-Dokumenten, soweit sie Ihnen zugänglich sind, soweit sie im Internet zugänglich sind, befasst?

Zeuge R. U.: Ich habe natürlich die Presseberichterstattung umfassend verfolgt und habe die Snowden-Dokumente, soweit sie öffentlich zugänglich waren und ich wusste, wo sie waren, auch gelesen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie sich darüber mit Ihrem Partner NSA unterhalten? Weil, ich meine, Sie kommen da ja auch, also Sie nicht als Person, aber Bad Aibling kommt da ja auch vor. Kann ich mir vorstellen, ist ja von Interesse, wenn man so weltweit bekannt wird jetzt.

Zeuge R. U.: Wir, ich in Bad Aibling hatte mit den Amerikanern diesbezüglich nie inhaltliche Unterhaltungen hinsichtlich: Ist das jetzt korrekt, was der hier erzählt? Ist das korrekt, was da im *Spiegel* steht? Stimmt das? Wo kommt das her? - Habe ich nie getan.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn bei den Dokumenten irgendwo festgestellt, dass das nicht echt ist, dass das gefälschte Dokumente sind?

Zeuge R. U.: Fällt mir sehr, sehr schwer zu beurteilen. Ich weiß es nicht. Auch habe ich mir die Frage nicht gestellt. Ich kann auch nicht beurteilen, wenn jetzt zum Beispiel im *Spiegel* oder in einer anderen Zeitung irgendwas steht, wie das zu interpretieren ist. Das sind fremde Dokumente, wo ich nicht der Ersteller bin, wo ich den Ersteller nicht fragen kann. Und was die konkrete Aussage von solchen Dokumenten ist, kann ich nicht beurteilen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Interessiert Sie auch nicht - oder wie? -, ob die echt sind.

Zeuge R. U.: Interessieren würde es mich schon, aber ich kann es nicht beurteilen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie auch nicht nachgefragt? Also gerade, wenn Bad Aibling vorkommt.

Zeuge R. U.: Ich habe nicht nachgefragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es da eine Anweisung, dass Sie das nicht dürfen?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Sie hätten ja auch fragen können. Sehen Sie die in der Kantine manchmal oder so?

Zeuge R. U.: Ich sehe die in der Kantine manchmal, aber solche Fragen wurden auf höherer Ebene gestellt, nicht bei mir.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Das bietet sicherlich noch die Möglichkeit, nachzufragen; die Zeit ist aber um. Aber der Kollege von Notz hat einen Antrag zur Geschäftsordnung, sehe ich gerade. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will einen kurzen Einwurf machen, um die Sitzung nicht unnötig zu unterbrechen. Es fällt ja schon auf, dass hier irgendwie mit zweierlei Maß im Hinblick auf die Aussagegenehmigung verfahren wird. Wenn es darum geht, sozusagen die Fragen des Kollegen Kiesewetter hier, wie rechtschaffen sich der BND verhält in Bad Aibling, zu beantworten, dann wird das sehr umfassend beantwortet, wie sauber das alles abläuft. Und sobald es in relevante Bereiche geht, wo eben wirklich Fragezeichen sind, die öffentlich diskutiert werden, zu denen sich die Bundesregierung äußert, da beruft man sich dann hier auf diese Beschränkung der Aussagegenehmigung. Ich finde das einen ziemlich unerträglichen Zustand und habe wirklich große Zweifel, ob das so legitim ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Jetzt fehlt mir noch der Geschäftsordnungsantrag, den Sie angekündigt haben mit der Meldung durch zwei Hände.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie diesbezüglich Aussprachebedarf haben, Herr Vorsitzender, würde ich beantragen, die Sitzung zu unterbrechen, weil ich finde, es ist kein Zustand für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, dass hier Dinge, die sozusagen öffentlich Teil von Presseerklärungen sind,

bei einem parlamentarischen Untersuchungsgremium nicht behandelt werden können. Ich rege deswegen an, die Sitzung zu unterbrechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wie viele Minuten brauchen Sie, Herr Kollege von Notz?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich will vor allen Dingen mit Ihnen reden. Wenn Sie mir sagen, wie lange ich brauche, um Sie zu überzeugen, dass das ein untragbarer Zustand ist, dann können Sie für so lange die Sitzung unterbrechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich unterbreche die Sitzung für drei Minuten.

(Unterbrechung von
15.10 bis 15.16 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fort. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Zwei Dinge sind gerade besprochen worden: Einmal, dass die Bundesregierung noch einmal aufgefordert wird, die notwendigen und erfragten Informationen

(Der Rechtsbeistand des
Zeugen begibt sich zu
seinem Platz)

- erst mal warten, bis der Zeugenbeistand wieder da ist - auch diesem Untersuchungsausschuss zur Verfügung zu stellen, und dass Fragen der Aussagegenehmigungen auch in Zukunft in der nächsten Obleuterunde noch einmal intensiv angesprochen werden.

Ich habe eine Wortmeldung. Die Wortmeldung hat schon bestanden vom Kollegen Kiesewetter von der Fraktion CDU/CSU, und dem Kollegen Kiesewetter darf ich jetzt das Wort geben.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zwei Anmerkungen:

Erstens halte ich es für äußerst fragwürdig, wenn eine Sitzung beendet wird und noch eine Wortmeldung vorliegt, dass diese Wortmeldung nicht angenommen wird. Und ich weise deshalb ausdrücklich den Einwurf des Kollegen von Notz zurück, dass die Fragen, die von der CDU/CSU gestellt wurden, anders behandelt werden als andere Fragen.

Das ist aus meiner Sicht nicht nur falsch, sondern schadet dem gesamten Untersuchungsausschuss, weil unsere Fragen nicht dazu dienen, den Bundesnachrichtendienst zu schützen, sondern das Erkenntnisinteresse der Arbeitsgruppe der CDU/CSU nicht nur zu erfüllen, sondern die weiteren Fragen vorzustrukturieren. Solche Wertungen halte ich für abträglich. Und ich weiß, dass sie bewusst in öffentlicher Sitzung gemacht wurden, aber sie schaden unserem Ausschuss.

Zweitens fordere ich die Bundesregierung auf oder die Vertreter der Bundesregierung, dass sie ihren Zeugen, der helfen kann, Sachverhalte aufzuklären, in seiner Aussagefreiheit nicht dermaßen einschränken, dass ein schiefes Licht auf diesen Untersuchungsausschuss fällt. Es ist Ihre Aufgabe, die Arbeit der Bundesregierung nicht zu beschädigen, sondern mitzuhelfen, dass das öffentliche Aufklärungsinteresse so weit als möglich und vertretbar erfüllt wird. Das, was wir hier heute erleben, ist eine zu harsche Einschränkung und in Kenntnis mancher Zusammenhänge auch eine unnötige Einschränkung.

Mein Appell ist: Sind Sie so offen, dass dieser Untersuchungsausschuss nicht auf Dauer ein Untersuchungsausschuss wird, der auf jede wichtige Frage mit nichtöffentlicher Anhörung antworten muss. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse, und ich sage auch ganz offen - ich spreche für einen Teil der Regierungskoalition -: Die CDU/CSU als Teil dieser Regierungskoalition hat ein hohes Interesse, dass die wesentlichen Fragen möglichst öffentlich geklärt werden und nicht dazu geführt

wird, dass wir hier im Verborgenen arkan und apokryph tagen.

Das ist ein wichtiger Appell, und ich lege auch großen Wert darauf, dass wir als CDU/CSU wollen, dass aufgeklärt wird, und möglichst viel in öffentlicher Sitzung. Ich appelliere aber auch an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition, dass sie ihre Fragen so stellen, dass sie auch etwas erfahren. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Aus meiner Sicht macht es Sinn, daher wieder in die Fragen einzusteigen, denn wir haben einen Zeugen hier in öffentlicher Sitzung, und wir sind in der Fragerunde. Und wenn wir das berücksichtigen, was gerade gesagt worden ist, dann bin ich gespannt, was an diesem langen Tag, der noch vor uns liegt, an Erkenntnissen herauskommen wird. - Ich darf jetzt der Fraktion der SPD das Wort geben für ihre Fragen. Herr Kollege Flisek fängt, glaube ich, an.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. Ich teile Ihre letzte Einschätzung uneingeschränkt.

Ich möchte - - Oder fangen wir vielleicht einfach noch mal so an: Ich hatte das Zitat von dem NSA-Chef Hayden bereits angesprochen; er hat am 1. April 2014 an der Universität in Baltimore in einer Diskussion über Datenschutz einmal diesen in der Presse weltweit zitierten Satz gesagt: „We kill people based on metadata“, also: Wir können Menschen auf der Basis von Metadaten töten. - Ist Ihnen dieses Zitat bekannt?

Zeuge R. U.: Ich habe das auch gelesen, ja.

Christian Flisek (SPD): Jetzt haben Sie uns gesagt, die Metadaten, die Sie in Bad Aibling bearbeiten - das sind dann eben auch Funkzellen, die sich auf Korridore, ich sage mal, Sie hatten, glaube ich, 50 Kilometer sogar genannt, in Veröffentlichungen habe ich 30 Kilometer gelesen -, diese Speicherzellen, die seien dafür nicht geeignet. Jetzt frage ich Sie als Experten, auch für nachrichtendienstlichen Umgang mit Metadaten:



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie müssen Metadaten denn aussehen und beschaffen sein, damit sie - unterstellt, Herr Hayden sagt da nicht in Baltimore irgendeinen Nonsens, und das unterstelle ich wirklich nicht - wirklich geeignet sind, solche tödlichen Einsätze - wiederum in Anführungsstrichen - erfolgreich durchführen zu können?

Zeuge R. U.: Also, bei den Funkzellen - eins vorweg, erster Teil Ihrer Frage - ist es natürlich sehr, sehr unterschiedlich, und es kommt einfach darauf an, wo das Gelände ist. Insofern: Die Angabe 30 Kilometer, 50 Kilometer kann beides richtig sein, je nachdem, wo man sich befindet. Trotzdem sind die Funkzellen zu groß, um mit Drohnenbeschüssen gezielt auf - - Menschen zum Beispiel zu lokalisieren oder Endgeräte. Wenn Sie als weiteres Metadatum zum Beispiel GPS-Daten haben, ist eine genauere Lokalisierung natürlich möglich. Das haben wir aber nicht.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, Sie sagen, die Metadaten, die in Bad Aibling durch Ihre Hände gehen, sind generell abstrakt nicht geeignet, das, was Herr Hayden in seinem Zitat beschreibt, zu erfüllen?

Zeuge R. U.: Alle Ortungsinformationen, die Metadaten, die in Bad Aibling gewonnen werden, sind so grob und so groß, dass sie nicht für solche Zwecke geeignet sind.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Jetzt stelle ich Ihnen eine Frage, wo ich hoffe, dass Sie mir da auch folgen können. In Ihrer Zeit, in der Sie die Verantwortung haben für Bad Aibling, gab es dort irgendwann mal einen Moment, wo Sie von einer oberen Stelle bei der Verarbeitung, Erfassung dieser Metadaten den Auftrag erhalten haben, irgendwas an diesen Metadaten so zu verändern, dass Sie eine andere Qualität erhalten? Also, ich hoffe, dass Sie jetzt meine Frage verstehen, also, dass irgendjemand Ihnen gesagt hat, einer Ihrer Dienstvorgesetzten: Wir müssen die Metadaten, die wir bearbeiten, die wir erfassen, die wir weitergeben, in ihrer Qualität verändern, damit zum Beispiel bestimmte Dinge nicht mehr gemacht werden können?

Zeuge R. U.: Tut mir leid, die Frage - - ganz verstehe ich sie nicht, inwiefern welche Qualität verändert werden soll.

Christian Flisek (SPD): Na ja, man kann Metadaten natürlich auch in irgendeiner Weise bearbeiten, ein Stück weit einzelne Teile verändern, sodass sie vielleicht nicht mehr so kenntlich sind, beispielsweise wenn man die Möglichkeit hat, dass mal vielleicht die Gefahr besteht, irgendwelche Maßnahmen auf Basis von Metadaten vorzunehmen; man sieht, man möchte das ausschließen, dann verändert man diese Daten, um eben genau diese Verwendungszwecke auszuschließen. Kurzum: Gab es irgendwann mal einen Anlass, wo Sie gesagt haben: „Wir müssen die Metadaten ändern, die wir verarbeiten“?

Zeuge R. U.: Nein, so einen Anlass gab es nie.

Christian Flisek (SPD): In Ihrer Zeit ist das völlig ausgeschlossen?

Zeuge R. U.: Ja, das ist bei mir ausgeschlossen.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, seit Sie in Bad Aibling tätig sind, sind Metadaten, die Sie erfasst haben, bis heute immer in der gleichen Weise in den Prozessen, die Sie jetzt skizziert haben und die Sie uns gleich in der nichtöffentlichen Sitzung noch ausführen werden, immer in der gleichen Weise verarbeitet und weitergeleitet worden?

Zeuge R. U.: Prinzipiell ja. Es ist abhängig davon - - Wenn in den letzten Jahren, wenn zum Beispiel ein neues System mit dazukommt, das ein - wie soll man sagen? - ein neues Protokoll oder Übertragungsverfahren kann, dann kamen Metadaten mit hinzu. Aber wir haben nie irgendwelche Metadaten bewusst verändert oder geändert, sondern ein Hauptaugenmerk darauf gerichtet, dass die Daten G-10-gefiltert sind und um Grundrechtsträger bereinigt sind und dann nicht manipuliert oder verändert und weitergegeben.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Und die Daten, die Sie an die USA weitergeben, die werden von Bad Aibling aus direkt an die USA weitergegeben? Oder wer ist noch dazwischengeschaltet?

Zeuge R. U.: Die werden von Bad Aibling aus direkt an die Amerikaner weitergegeben.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Und das schließen Sie aus, dass es da jemals irgendwelche Veränderungen in Ihrer Zeit gegeben hat?

Zeuge R. U.: Es ist mir nicht bekannt, dass es da Veränderungen gab. Und die Metadaten, die wir weitergeben, geben wir aktiv als BND weiter, also, die Amerikaner haben jetzt nicht die Möglichkeit, irgendwie auf irgendeinen unserer Computer zuzugreifen oder auf unser Netz zuzugreifen, sondern wir - -

Christian Flisek (SPD): Okay, das habe ich verstanden. - Haben Sie denn Kenntnis davon, dass eventuell im Nachgang zu Ihren Schritten es irgendwelche Veränderungen an den Daten, die aus dem Bad-Aibling-Fundus stammen, vorgenommen worden sind?

Zeuge R. U.: Nein, davon ist mir überhaupt nichts bekannt.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich hätte jetzt noch mal eine Frage zum Memorandum of Understanding: Sie haben das ja als Rechtsgrundlage bezeichnet für den Datenaustausch mit den USA, mit den Diensten dort. Ich meine, da kann man jetzt vortrefflich drüber streiten, ob das eine geeignete taugliche Rechtsgrundlage ist. Das möchte ich jetzt gar nicht hier machen mit Ihnen. Meine Frage ist mehr darauf gerichtet: Hat sich in der Anwendungsgeschichte dieses Memorandums in der Zeit, die Sie überblicken können, irgendwann mal etwas geändert in der Praxis, wie dieses Memorandum gelebt wird, beispielsweise auch durch die Veröffentlichung der Snowden-Dokumente?

Zeuge R. U.: Nein, seit dem Zeitpunkt hat sich nichts mehr verändert, wie das MoU gelebt wird.

Die einzige Änderung war eben - aber das war vor Snowden 2012 -, als die Amerikaner sich aus JSA verabschiedet haben.

Christian Flisek (SPD): Gut. Das heißt, ich kann festhalten, dass im Prinzip die Debatte, die wir hier seit über einem Jahr auch führen, in der Praxis zu keinerlei Änderungen geführt hat?

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ist Ihnen bekannt, dass es denn da zumindest eventuell mal eine kritische Auseinandersetzung gab, dass man gesagt hat: „Na ja gut, wir müssen mal überprüfen, was wir hier tun“?

Zeuge R. U.: In meiner Funktion und in der Verantwortung, in der ich stehe, nein. Für uns war schon immer, seit Gründung der Zusammenarbeit mit den Amerikanern, unser G-10-Schutz wichtig, und der war effizient auch schon vor Snowden. Insofern war eine Veränderung meiner Meinung da nicht angesagt und ist auch nicht erfolgt. Wir haben vor Snowden schon G-10 gefiltert und uns an möglichst vielen Stellen bemüht, die Grundrechtsträger rauszunehmen, und haben dann natürlich weiterhin diese Praxis gelebt, auch trotz oder nach Snowden.

Christian Flisek (SPD): Herr Zeuge, ich habe das auch aufgrund der Presseveröffentlichungen, die ich gelesen habe, so subsumiert und eingeschätzt: Ich fühle mich jetzt nur gerade ein bisschen durch Ihre Aussagen bisher in der öffentlichen Sitzung dazu auch noch mal bestätigt: Ich habe so den Eindruck, dass Bad Aibling, was diesen Bereich betrifft, so etwas ist wie, ja, so ein Subunternehmer der NSA: Also, man macht dort Dinge, die vielleicht die NSA früher selber vorgenommen hat, und nach dem Rückzug macht das jetzt der BND. Man bekommt dafür was. Wir wissen jetzt zumindest, man bekommt Software dafür. Vielleicht bekommt man ja auch noch andere Dinge dafür. - Ist dieser Eindruck richtig, oder ist dieser Eindruck falsch?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Aus meiner Sicht ist der Eindruck falsch. Wir sind keine Zweigstelle der NSA, wir sind an keinerlei Netzwerk der NSA angeschlossen, wir können auf keine NSA-Datenbanken zugreifen. Die NSA kann bei uns auf keine Datenbanken zugreifen im Filialsinne.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja.

Zeuge R. U.: Und wir steuern in Bad Aibling alle Systeme selber und betreiben Bad Aibling hauptsächlich zu unserem Nutzen, indem unsere Selektoren dort eingesteuert werden und wir zusätzlich Selektoren von den Amerikanern einstellen, deren Ergebnisse uns dann auch bekannt sind.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, ich habe auch nicht „Zweigstelle“ gesagt. Also, „Zweigstelle“ habe ich nicht gesagt, so weit würde ich gar nicht gehen. Also, insofern, ich habe ja auch Ihre Ausführungen zu dem geschlossenen Netzwerk verstanden und dass Sie das dann erst auf einen Rechner übertragen. Nur, noch mal: Mit dem Begriff des Subunternehmers - - Sie führen da ja Tätigkeiten aus, die unmittelbar den amerikanischen Geheimdiensten zugutekommen, in einem nicht unerheblichen Ausmaß.

Zeuge R. U.: Wir führen die Tätigkeit in erster Linie dazu aus, um den Schutz deutscher Truppen und Terrorismus und im Auftragsprofil der Bundesregierung zu - - Wie soll man sagen?

Christian Flisek (SPD): Ja, aber warum werden denn dann die Daten weitergegeben an die USA - das verstehe ich nicht -, wenn Sie das sozusagen - - Das können Sie ja dann auch selber tun.

Zeuge R. U.: Wir können es insofern nicht selber tun, da die Systeme, die wir von den Amerikanern bekommen, von der Qualität hochwertiger sind, als man sie sonst am Markt verfügbar kaufen könnte.

Christian Flisek (SPD): Aber die Amerikaner haben sich ja zurückgezogen, die könnten das ja selber machen eigentlich.

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht, ob - -

Christian Flisek (SPD): Man hat die Aufgaben Ihnen jetzt, also nicht Ihnen, sondern dem BND, überantwortet. Der Eindruck ist jetzt nicht völlig weg bei mir also anhand dessen, was Sie mir jetzt gesagt haben. Also, ich habe nach wie vor den Eindruck, das sind Tätigkeiten, die haben die Amerikaner jahrzehntelang irgendwie selber gemacht in Ländern. Wir hatten damals noch ein Besatzungsregime, das war eine ganz andere Hausnummer, und man hat sich vielleicht auch aus Kapazitätsgründen da zurückgezogen und hat diese Aufgaben jetzt dem BND überantwortet und hat gesagt: Dafür werdet ihr von uns auch mit Softwareprodukten und anderen Dingen ausgestattet und versorgt, die ihr vielleicht in dieser Form erst gar nicht entwickeln könnt. Das ist sozusagen ein Geschäft.

Zeuge R. U.: Also, mir ist bekannt, wie ich es in meiner Eingangsrede auch schon sagte, dass die Amerikaner eben aus haushaltären Gründen sich da zurückgezogen haben.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge R. U.: Ob die uns von Hause aus zugetraut haben, sozusagen ihre Fähigkeiten zu ersetzen, weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Hm.

Zeuge R. U.: Aber es ist natürlich schon ein Geben und Nehmen, wie es auch mit anderen Diensten ist, und wir bekommen von den Amerikanern hochwertige Technik, und im Gegenzug werden Selektoren von ihnen eingestellt, und sie kriegen weiterhin von uns - -

Christian Flisek (SPD): In der Wirtschaft würde man das Outsourcing nennen, glaube ich.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich hätte mal noch eine Frage auch in Bezug auf eine Bewertung Ihrerseits: Sie sehen ja im Prinzip, was Sie auch von Amerikanern für Ihre Arbeit bekommen, Sie sind jetzt ein Insider, ein Mitarbeiter des BND. Wie bewerten Sie denn die Kapazitäten beispielsweise einer National Security Agency, also die tatsächlichen nachrichtendienstlichen Kapazitäten im Vergleich zum Bundesnachrichtendienst?

Zeuge R. U.: Um ein Vielfaches höher, alleine schon aufgrund der personellen und finanziellen Ressourcen, die der NSA zur Verfügung stehen. Also, die Amerikaner haben - ich weiß jetzt nicht, wie viele Mitarbeiter das genau sind -, aber natürlich, um an - - Wenn man es mit dem BND vergleicht - man kann ja nicht den ganzen BND nehmen, sondern müsste ja einen Teil des BNDs dafür nur in Betracht ziehen, nämlich die technischen Anteile -, dann sind die Amerikaner bei einem Faktor - ich weiß es nicht - 15, 10, 20. Ich weiß es wirklich nicht genau, wie viele NSA-Mitarbeiter es gibt, auf alle Fälle ein Vielfaches mehr als wir, ein Vielfaches mehr an Geld, und dadurch können die natürlich auch Systeme wie zum Beispiel ein XKeyscore selbst programmieren oder herstellen, was der BND eben nicht kann, weil die personellen und finanziellen Ressourcen fehlen.

Christian Flisek (SPD): Kennen Sie die Selbstbeschreibung der NSA-Mission im Hinblick darauf - das ist ja auch in Büchern wie dem *NSA-Komplex* veröffentlicht worden -, dass es hier um eine informationelle, ja, Weltherrschaft geht, ja, globale Herrschaft durch Informationen? Ich frage Sie jetzt: Wenn man sozusagen dort in einer solchen Kooperation ist, wie bewertet man das? Weil man ist ja einerseits, wie Sie zu Recht dargestellt haben, als Bundesnachrichtendienst hier sehr strengen Auflagen durch das Verfassungsrecht, durch das G-10-Gesetz - - Das sind ja engere Ketten, als beispielsweise es in den USA ist. Gleichzeitig gibt es diese Kooperation, und die gehen damit recht offen um. Also Hayden sagt: We kill people, und wir wollen die globale Informationsherrschaft. Wie bewerten Sie das? Ist das nicht ein Widerspruch?

Zeuge R. U.: Also, was die NSA tatsächlich will und was der Herr Hayden jetzt sagt, kann ich schwer bewerten. Ich habe mir natürlich im Zuge von Snowden auch die Gedanken gemacht und komme für mich persönlich einfach zu der Einschätzung, dass die Amerikaner zwar sehr, sehr viel mehr Geld haben als wir, dass die Amerikaner sehr, sehr viel mehr Personal haben als wir, aber an einer gewissen Stelle - das ist jetzt meine persönliche Bewertung, ohne dass mir das jemals ein Amerikaner gesagt hätte - mit Sicherheit auch ähnliche Probleme haben wie ein BND; denn auch die Amerikaner werden hauptsächlich Themen wie Terrorismus und solche Sachen interessieren, und die wollen auch ihre Truppen schützen. Wenn die dann lokale inländische Erfassungen machen, müssen auch die Amerikaner diese Sprachen beherrschen. Nur bei den Sprachen alleine schon werden die auch an eine gewisse Engstelle kommen. Also, ich glaube, dass trotz des vielen Geldes und der großen Mitarbeiteranzahl auch die Amerikaner nicht, wie Sie es jetzt gesagt haben, eine globale Datenweltherrschaft -

Christian Flisek (SPD): So steht es zumindest auf der Homepage.

Zeuge R. U.: - anstreben oder schaffen könnten. Das glaube ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Burkhard Lischka (SPD): Ich möchte noch mal ganz kurz auf die Weitergabe der Metadaten und die Funkzellen zurückkommen. Das leuchtet ja zunächst einmal ein, wenn Sie sagen: Also, wenn ich weiß, dass sich jemand in einer gewissen Funkzelle aufhält, dann kann ich dort nicht sofort eine Drohne losschicken. Aber - da würde mich auch mal Ihre fachliche Expertise doch interessieren - wenn ich natürlich über einen längeren Zeitraum feststelle, dass jemand sich immer oder regelmäßig in einer bestimmten Funkzelle aufhält, ist das dann nicht aus Ihrer Sicht ein ganz wichtiger Ansatzpunkt, um einen Aufenthaltsort tatsächlich auch ermitteln zu können, wenn weitere Informationen dazukommen, und



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

erhöht das nicht möglicherweise dann tatsächlich auch die Gefahr, dass jemand aufgrund der Weitergabe der Metadaten auch zum Ziel wird beispielsweise von einem Drohnenangriff? Da würde mich mal Ihre fachliche Einschätzung interessieren, und ob man sich da seitens des BND mal Gedanken drüber gemacht hat.

Also, wie gesagt, als Momentaufnahme leuchtet mir das ein; aber ich glaube, dass man, wie gesagt, über einen längeren Zeitraum da durchaus auch Rückschlüsse ziehen kann, die ja nicht ganz uninteressant sind, wenn ich den Aufenthaltsort von einem Kommunikationsteilnehmer ermitteln will.

Zeuge R. U.: Also an erster Stelle hätten wir da bei der Vorgehensweise schon mal das Problem, dass wir die Daten nicht in Echtzeit bei uns zur Verfügung haben, also sprich: Man könnte schon vielleicht sehen, dass der Kommunikationsteilnehmer jetzt jeden Dienstag am Ort oder im Umkreis 50 Kilometer in der Nähe vom Ort XY sich aufhält. Aber das gibt Ihnen ja keine Garantie, dass es wirklich an dem Dienstag, wo Sie irgendwas machen wollen, auch wieder so ist, weil Sie in Echtzeit die Information nicht bekommen.

Zweitens reduziert sich ja die Häufigkeit, in der sich so eine Person da drin bewegt, dadurch reduziert sich ja nicht der Funkzellenradius, also die Größe der Zelle bleibt ja gleich. Das heißt, man müsste - - Ja, da fällt mir auch gar nichts ein. Man müsste ja eine zusätzliche - - vielleicht mit irgendwelchen Human-Operationen an irgendwelche Informationen kommen, dass man weiß, wo der sich aufhält. Nur durch die Häufigkeit oder eine gewisse Regelmäßigkeit kann ich mir nicht vorstellen, dass das ausreichend ist, um einen gezielten Angriff zu starten.

Burkhard Lischka (SPD): Aber möglicherweise - und darauf bezog sich ja auch meine Frage - durch andere nachrichtendienstliche Tätigkeiten, von wem auch immer, und Informationen. Also, jetzt versetze ich mich mal in die Lage Afghanistans: Wenn ich da eine Funkzelle habe, und Sie

haben von 30, 50 Kilometern natürlich gesprochen, dann habe ich ja sehr schnell eine Situation, dass ich mir jetzt laienhaft eine Landkarte nehmen würde, überlegen würde, wie viele Dörfer liegen dort, wo gibt es sonst Informationen, was in einzelnen Dörfern passiert, und dann besteht aus meiner naiven Sicht natürlich schon die Gefahr, dass das zumindest ein nicht ganz unwesentlicher Mosaikstein ist, wenn ich solche Metadaten weitergebe und mitbekomme, jemand hält sich regelmäßig an einem bestimmten Ort auf.

Zeuge R. U.: Also, wie gesagt, solche Ideen oder so eine Diskussion gab es bei uns noch nie. Ich kann es mir nicht vorstellen, kann Ihnen da aber auch nicht weiter erläutern, wie oder ob so was gehen könnte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank; damit wäre die Zeit auch um. - Ich darf jetzt zu einer erneuten Fragerunde, wenn ich das richtig sehe, der Fraktion Die Linke wieder das Wort geben für ihre Fragen. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr U., was muss ich mir unter dem Programm Mira4 und Veras vorstellen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge R. U.: Im Detail sind das natürlich Systeme, die bei uns auch einen gewissen Geheimhaltungsgrad haben. Aber ganz grob kann man es schon beschreiben: Das sind Nachrichtensbearbeitungssysteme, wo von uns Kolleginnen und Kollegen eben zum Beispiel ein Telefongespräch am Computer dann anhören können. Ein anderes System ist eines, wo man Metadaten sichtbar machen kann und dann zum Beispiel sieht, wer mit wem telefoniert hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind das Eigenentwicklungen?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Bin ich mir nicht ganz sicher. Es sind zumindest - - Ich gehe davon aus, dass es Entwicklungen mit deutschen Firmen zusammen sind; wir haben es nicht von den Amerikanern.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind diese Programme leistungsfähiger als Prism und XKeyscore?

Zeuge R. U.: XKeyscore ist ein ganz anderes System; das sind drei unterschiedliche Systeme. Was die Amerikaner an der Stelle verwenden, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wurden diese Programme oder Teile dieser Programme auch den US-Amerikanern nicht überlassen?

Zeuge R. U.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn so eine Überlassung von selbst entwickelten oder mit dritten Partnern entwickelten Programmen an die US-Amerikaner stattfindet, wer ist an der Übergabe von Software beteiligt?

Zeuge R. U.: Mit Sicherheit nicht Bad Aibling. Das sind dann andere Stellen im BND. Mir ist davon aber nichts bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne noch mal zu dieser ganzen G-10-Problematik fragen. Sie sagten vorhin: Die Daten werden um Grundrechtsträger bereinigt. Können Sie mir erklären, was Grundrechtsträger in Ihrer Definition sind?

Zeuge R. U.: Deutsche Staatsbürger, deutsche Firmen, und die Listen werden uns auch aus unserer Zentrale von Juristen geprüft zur Verfügung gestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Grundrechte gibt es bei Ihnen bei nichtdeutschen Staatsbürgern?

Zeuge R. U.: Kann ich Ihnen rein juristisch jetzt nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind Nichtdeutsche Träger von Rechten wie Schutz der Privatsphäre, Schutz des Post- und Fernmeldegeheimnisses, informationelle Selbstbestimmung?

Zeuge R. U.: Das wird in Bad Aibling auch beachtet. Aber ich würde den Schuh gerne andersherum beschreiben. Bei uns werden alle Daten, die zum Beispiel eine Nachrichtensachbearbeiterin - - Jetzt bleibe ich wieder mal bei dem klassischen Telefonat, das die sich anhört. Wenn sich da rausstellt, dass es wirklich eine Relevanz für den BND hat, weil es um irgendeinen Terroranschlag oder eine Entführung geht, dann ist das für mich kein Grundrechtsträger, und dann ist das meldewürdig. Wenn da jemand mit seinem - - was Privates bespricht, dann werden diese Daten so oder so gelöscht, weil sie für uns nicht relevant sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann bleiben wir mal bei den Grundrechten nichtdeutscher Bürger und Bürgerinnen. Genau diese Bereinigung oder diese Löschung interessiert mich. Am 7. September 2014 veröffentlichte *Der Spiegel* einen Artikel, der sich mit der Datenerhebung in Afghanistan beschäftigte, und dieser Artikel legte nahe oder bezog sich auf offenkundig eingestufte Dokumente, dass in Afghanistan so eine Art Full Take stattfindet, also dass komplett Telefonie, Internetnutzung, E-Mail, GPS und alles, was es gibt, abgegriffen wird.

Dann werden die Daten transportiert innerhalb Afghanistans und an verschiedenen Orten über längere Zeiträume gespeichert. Es ist davon die Rede, sieben Tage, glaube ich, in Kabul und dann noch mal 14 Tage in - - Nein, 14 Tage in Kabul und dann noch mal sechs Wochen in Masar-i-Scharif. Können Sie diese Berichte bestätigen?

Zeuge R. U.: Nein, die - - Mit diesen Berichten bzw. diesen Datenerhebungen hat Bad Aibling - - ist nicht in unserer Verantwortung. Das machen wir nicht, weiß ich nicht.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die Daten verarbeiten Sie in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Es sind andere Daten meines Wissens, und ich könnte mir vorstellen, dass die Daten, die Sie beschreiben, aus dem ISAF-Verbund sind. Ich müsste jetzt den Artikel vielleicht vom *Spiegel* - ich habe ihn nicht gelesen - noch mal genauer durchgucken, ob es da um Daten geht, die die Amerikaner in Afghanistan sammeln oder -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, da geht es um Daten, die der BND wohl dann über Kommunikationswege auch der Bundeswehr in Afghanistan erhebt, speichert und weitergibt nach Bad Aibling zur Auswertung, wenn ich es jetzt kurz zusammenfasse.

Zeuge R. U.: Über die Bundeswehr? Nein, das wäre mir neu.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Daten, also die Leitungen der Bundeswehr, ja? Die müssen ja von Kabul nach Masar-i-Scharif. Also da geht es darum, dass das Leitungsnetz genutzt wird.

Zeuge R. U.: Also, zu Details von Afghanistan verweise ich leider wieder auf die nichtöffentliche Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es Vorschriften zur Speicherung von im Ausland erhobenen Daten, was die Dauer angeht?

Zeuge R. U.: Kann ich Ihnen im Detail nicht sagen; ich kann Ihnen nur sagen, dass bei uns die Daten, die Inhaltsdaten aus der Interneterfassung, sofern es nicht zu einer Relevanzprüfung und Meldungserstattung führt, nach wenigen Tagen wieder überschrieben werden, und bei den Metadaten werden die Daten G-10-bereinigt und gespeichert, und bei den Inhaltsdaten, wo es nach einer Relevanzprüfung und nach einem Treffer zu einer Meldung führt, werden diese Daten für - ich bin mir jetzt nicht ganz sicher - ein oder zwei Jahre in einem, ich glaube, auch mit Dateianordnung versehenen BND-System gespeichert -

aber dann auch nicht in Bad Aibling, sondern in der Zentrale.

Martina Renner (DIE LINKE): Was diese G-10-Bereinigung angeht, gibt es ja dokumentierte Fälle, in denen das nicht funktioniert hat: also der Fall der *Spiegel*-Korrespondentin in Afghanistan, Susanne Koelbl, deren Kommunikation mit dem afghanischen Handelsministerium abgegriffen wurde, oder auch Hinweise zum Beispiel, dass deutsche Hilfsorganisationen, die in Afghanistan tätig sind, Welthungerhilfe, Medico International zum Beispiel, dort in die Datenerfassung geraten sind und darüber auch in Kenntnis gesetzt wurden. Würden Sie vor dem Hintergrund zum Beispiel dieser zwei nur exemplarischen Fälle sagen, dass die G-10-Bereinigung funktioniert?

Zeuge R. U.: Die G-10-Bereinigung funktioniert aus meiner Sicht und auch meiner Erfahrung sehr, sehr gut; aber einen hundertprozentigen Schutz wird man nicht haben. Deswegen sitzen bei uns ja auch noch Nachrichtenbearbeiterinnen und Nachrichtenbearbeiter, die sich dann solche Inhaltsdaten zum Beispiel anhören würden, und sollten die dann in so einem Falle auf einen Deutschen stoßen, weil sie zum Beispiel hören, da spricht jemand Deutsch, dann sind diese Menschen, also meine Kolleginnen und Kollegen, einmal im Jahr von den zuständigen Juristen aus der Zentrale G-10-verpflichtet, dass sie so was sofort löschen müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt sagten Sie vorhin: Begründung für die Datenerhebung im Ausland ist der Schutz deutscher Truppen. In Afghanistan sind ja die Bundeswehreinheiten in den letzten Monaten reduziert worden. Heißt das, dass auch die Menge der erfassten Daten sich erheblich verringert hat, seitdem der Truppenabzug beschlossen wurde?

Zeuge R. U.: Die Menge der erfassten Daten hat sich verringert, erheblich eher nicht; denn die deutschen Truppen sind ja nach wie vor in Afghanistan noch vorhanden. So was könnte sich dann ändern, wenn die Truppen dann abziehen,



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn wir keine Force-Protection-Unterstützung mehr machen müssten.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie zum Beispiel in der Türkei Daten erheben, geschieht das auf derselben Grundlage, mit derselben Begründung - Schutz der deutschen Truppen -, oder gibt es spezifische Gründe, zum Beispiel Daten in der Türkei zu erheben?

Zeuge R. U.: Na, die Daten - - Dann habe ich Ihre erste Frage nicht ausreichend beantwortet, Entschuldigung. Die Datenerhebung erfolgt nicht nur auf der Grundlage, dass wir unsere deutschen und ausländischen Soldaten, die ISAF-Nationen schützen, sondern natürlich, weil wir dem Auftragsprofil der Bundesregierung und damit der Bundesregierung Daten liefern müssen. Wir erfassen ja zu anderen Ländern, wo keine deutschen Truppen sind, auch Daten, zu anderen vielen Krisengebieten, und das ist unser Hauptfokus. Unser Fokus ist das APB, der Schutz der deutschen Truppen, aber natürlich eben auch Terrorismus als Beispiel, und damit sind wir natürlich auch in Ländern oder erfassen wir auch Auslandskommunikation. Das bleibt weiterhin Ausland, Auslandskommunikation. Also auch wenn wir uns außerhalb von Afghanistan bewegen, haben wir keine Endpunkte irgendwo in Deutschland, sondern es bleibt weiter eine lokale Kommunikation; denn so, wie ich es in meinem Statement auch schon gesagt habe, in der Regel erfassen wir in Ländern, die Krisengebiete sind, weil es dort Terrorismus gibt als Beispiel.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt will ich mal ganz konkret fragen. Es gibt ja nun viele deutsche Staatsbürger türkischer Herkunft, die auch eine türkische IP-Adresse - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Renner, ich muss nach der Frage dann unterbrechen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Die also zum Beispiel E-Mail-Accounts mit .tr-Endung benutzen. Wenn man in diesen Ländern erfasst, wie

will man dann zum Beispiel deutsche Staatsbürger, die möglicherweise nicht auf Deutsch kommunizieren, dann überhaupt herausfiltern?

Zeuge R. U.: Könnte sein, dass das dann nicht passiert, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kommen wir zu den Fragen der CDU/CSU-Fraktion, wenn Fragen bestehen. - Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, Sie sprachen vorhin an, dass in Afghanistan durch Ihre Tätigkeit im Rahmen der Force Protection Anschläge verhindert wurden. Können Sie über den Daumen Zahlen nennen in etwa, wie viele Anschläge sich in den letzten Jahren dadurch verhindern ließen oder auch aufklären ließen?

Zeuge R. U.: Nein, da kann ich keine verlässlichen Zahlen nennen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gibt es Zahlen dazu?

Zeuge R. U.: Ich habe keine.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Zweite Frage: Das ist ein anderer Bereich, Thema Ausbildung. Gibt es gemeinsame Lehrgänge, an denen Vertreter des Bundesnachrichtendienstes und beispielsweise der NSA teilnehmen?

Zeuge R. U.: Ja, solche Lehrgänge werden teilweise gemeinsam abgehalten, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wo werden diese Lehrgänge abgehalten?

Zeuge R. U.: Das ist unterschiedlich: manchmal in Bad Aibling, manchmal auch in Fort Meade, in Washington. Das hängt von der Thematik ab.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie groß ist denn die Lehrgangskapazität in Bad Aibling?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Na ja, es ist kein Lehrgang in dem Sinne, wie man es sich vorstellen könnte, wenn man jetzt heute bei einer professionellen Computefirma zum Beispiel einen Windows-Lehrgang besucht, sondern da geht es ja wirklich immer ganz speziell um Systeme, in dem Fall, wenn man zum Beispiel ein Update bekommt, von XKeyscore als Beispiel. Dann ist das kein Lehrgang in dem Sinn, sondern dann kommen eben Spezialisten und installieren oder erklären uns, wie das System betrieben werden kann, und zeigen uns die Software, wie sie sich verändert hat, ja? Jedes Upgrade, wenn Sie halt von Windows 7 auf Windows 8 gehen, verändert sich; der Kern bleibt gleich, aber ein bisschen was verändert sich, und da weisen uns die Leute in der Regel in, ich sage jetzt mal, kleinen Besprechungsräumen, die wir auch als normale Besprechungsräume nutzen und in denen wir zum Beispiel Computer eben aufstellen mit Power-Point-Folien, da weisen uns die Leute ein. Also es ist kein Lehrgang oder Lehrgangskapazität, wie man sie klassischerweise in irgendwelchen Schulungsangeboten von irgendwelchen externen Firmen finden kann.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. - Das bedeutet aber auch, dass Amerikaner Ihre Leute einweisen und umgekehrt auch BND amerikanische oder andere Dienste einweist, Angehörige der Dienste einweist?

Zeuge R. U.: Also in Bad Aibling - - Ich kann natürlich nicht für den ganzen BND sprechen, aber in Bad Aibling ist mir kein Vorgang bekannt, wo wir Amerikaner sozusagen schulen mussten auf irgendwelche Softwareprodukte. Es war immer andersrum.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Mein nächster Fragenkomplex, den wir vorbereitet haben, geht um das Thema Datenschutz. Hierbei ergibt sich aus unseren Akten, dass in Bad Aibling zur Bearbeitung der Daten vor deren Weiterleitung an die NSA ein dreistufiges Filtersystem angewendet wird: in der ersten Stufe Bereinigung nach Absender und Empfän-

ger, in der zweiten Stufe Erkenntnisse über ausländische formale Kriterien und von Deutschen und in der dritten Stufe Bereinigung um Internetverkehre. So geht es aus unseren Akten hervor.

Zu welchem Zweck erfolgt überhaupt eine Filterung der Dateien? Anders gefragt: Dient die Filterung ausschließlich dem Ausschließen von G-10-relevantem Material?

Zeuge R. U.: Genau, die Filterung ist für uns eben dazu da, um G-10-Material auszufiltern, bevor man dann das Material Selektoren übergibt und den Amerikanern oder bei uns dann eben in die weitere Bearbeitung gibt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Seit wann wird das aktuelle Filtersystem verwendet, angewendet?

Zeuge R. U.: Das aktuelle Filtersystem wird angewendet - - Also, es war seit meiner Zeit, wie weit davor, weiß ich nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. Auf alle Fälle in Ihrer Amtszeit?

Zeuge R. U.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Zweiter Punkt: Die Auslandsaufklärung des Bundesnachrichtendienstes ist Gegenstand einer Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. In dem Verfahren habe der BND zugegeben, dass auch nach der Filterung der Fernmeldeaufklärung manche Daten erst durch eine manuelle Prüfung als Daten von Deutschen zu identifizieren sind. Das haben Sie vorhin auch angedeutet. Das würde aber - so im Rahmen dieser Klage - die Fehleranfälligkeit des Systems zeigen. Können Sie uns die Art und Weise der Filterung beschreiben?

Zeuge R. U.: Gerne, aber die Art und Weise der Filterung würde ich gerne, weil es ein geheimes System ist, auch in geheimer Sitzung beschreiben.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke schön. - In geheimer Sitzung?

Zeuge R. U.: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie schätzen Sie die Verlässlichkeit ein, dass mit den vom BND angewandten Methoden tatsächlich eine Speicherung oder Weitergabe der Daten von Deutschen unterbunden wird?

Zeuge R. U.: Die Verlässlichkeit ist aus meiner Sicht sehr, sehr hoch, nicht nur, weil die Filtermechanismen gut sind und gut greifen, sondern liegt bei uns begründet schon alleine in der Art der Erfassung. Dadurch, dass wir mit unserer Satellitenerfassung wirklich nur ausländische, lokale Strecken im Ausland erfassen, ist einfach die Wahrscheinlichkeit, dass sich dort deutsche Grundrechtsträger aufhalten, sehr, sehr, sehr gering schon per se, und danach greift ja erst das Filtersystem. Also, insofern ist der Schutz als sehr, sehr hoch anzusehen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In der Presse wurde berichtet, der BND entferne bei der Filterung nicht die Daten von Amerikanern, diese dürften an die NSA aber nicht weitergegeben werden. - So eine *Zeit-Online*-Meldung vom 26. Juni. Dies sei ein Indiz für Ringtausch, bei dem ein Dienst Daten über Bürger eines anderen Landes sammelt, diese dem anderen Land übermittelt und dafür Daten zu Bürgern des eigenen Landes erhält, die er selbst nicht sammeln darf. Beweise für den Ringtausch in der Zeit von 2004 bis 2007 lägen allerdings nicht vor.

Meine Fragen: Ist es also richtig, dass Daten von Amerikanern nicht aus den gesammelten Daten herausgefiltert werden?

Zeuge R. U.: Bis 2012 - Sie sehen, ich überlege jetzt wirklich -, bis 2012 wurden die noch herausgefiltert; denn das war Bestandteil dieser gemeinsamen Vereinbarung, dass eben die deutschen Grundrechtsträger und die amerikanischen weggefiltert werden. Ganz ehrlich, ob das jetzt seit 2012 noch Bestand hat, weiß ich nicht. Aber

auch da gilt letztlich das Gleiche: Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir dort sehr, sehr viele amerikanische Teilnehmer hätten, weil wir ja, wie gesagt, mit unseren positiven Selektoren und den Auslandsstrecken eben nicht in Europa oder Amerika erfassen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist Ihnen persönlich eine Abrede mit der NSA bekannt, dass es für die Weitergabe amerikanischer Kommunikationsdaten aus dem Ausland eine Gegenleistung für den BND gibt?

Zeuge R. U.: Nein, ist mir nichts bekannt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Meine letzte Frage in diesem Zusammenhang: Die dem Ausschuss übergebenen Dokumente informieren über einen Besuch in Bad Aibling von Vertretern des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Das war wohl 2./3. Dezember letzten Jahres der Fall. Haben Sie an den Gesprächen teilgenommen?

Zeuge R. U.: Ja, an beiden Tagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie waren die, oder was waren die wichtigsten Themen? Insbesondere zu welchen Aspekten haben nach Ihrem Eindruck die Vertreter des Datenschutzbeauftragten besonders kritische Fragen gestellt?

Zeuge R. U.: Soweit ich mich jetzt noch erinnere, waren mehrere Punkte mit dabei. Das eine war natürlich - da ging es aber nicht nur um Bad Aibling, sondern um den BND - die Abteilung TA im Gesamten, wie die Datenschutzlandschaft bei uns implementiert ist, mit welchen Systemen wir arbeiten, ob es für jedes System, wo es nötig ist, auch wirklich Dateianordnungen gibt. Das war ein Komplex. Der zweite Komplex war - - Ja, doch, das war eigentlich das Wichtigste. Und das System XKeyscore stand natürlich schon auch so ein Stück weit mit im Fokus, dass wir dann durchgeführt haben, wie die Arbeitsweise in Bad Aibling mit XKeyscore ist und wie unsere Netze abgeschottet sind usw.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Gab es Aufforderungen zur Abstellung von Mängeln oder Verbesserungsvorschläge seitens des Datenschutzbbeauftragten?

Zeuge R. U.: Da müssten wir den Bericht abwarten. Ich kenne den Bericht nicht, der vom BfDI erstellt wird oder wurde oder in der Mache gerade ist. Also insofern kann ich die Frage nicht beantworten.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Also offensichtlich scheint der Bericht noch in der Erstellung zu sein.

Zeuge R. U.: Ich weiß es nicht; ich habe ihn zumindest nicht gelesen.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ja, gut. Vielen Dank, das beendet zunächst die Fragen der CDU/CSU. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Hieran schließen sich die Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich will noch mal zurückkommen auf diese Ortungsfragen und da einmal anschließen noch mal an die Frage der Kollegin Renner von eben im Hinblick auf die Frage, ob andere Datenverkehre aus Afghanistan in Bad Aibling nicht doch ankommen, abgesehen von dieser Satellitenüberwachung. Ich habe Ihre Antwort eben verstanden; ich bin mir aber nicht sicher, ob sie richtig ist. Deswegen frage ich Sie noch mal: Werden andere Datenverkehre mit Daten aus Afghanistan auch nach Bad Aibling geliefert?

Zeuge R. U.: Ich würde zu all den anderen Daten außerhalb der Satellitenerfassung nur in nicht-öffentlicher Sitzung Stellung nehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es nach Ihrem Kenntnisstand möglich, mit den Daten und der Technik, die Sie vor Ort

haben in Bad Aibling, von dort aus eine sogenannte Triangulationsortung vorzunehmen?

Zeuge R. U.: Kann ich auch technisch nicht beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, was das ist?

Zeuge R. U.: Triangulation, wie es der Name sagt: Wahrscheinlich bräuchte man mehrere Punkte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, und dann die Schnittmenge, darauf kann man metergenau feststellen, wo jemand steht. Das ist das, was eigentlich unsere Handys den ganzen Tag lang machen. Ist es möglich, das von Bad Aibling aus in Afghanistan zum Beispiel zu machen?

Zeuge R. U.: Meiner Meinung nach nicht; aber ich kann es technisch abschließend nicht beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja schon eine relevante Frage auch in Ihrer alltäglichen Arbeit, nicht gerade, weil wir darüber reden, diese großen, wahnsinnig großen Bereiche, 30-, 50-Kilometer-Zellen usw. Mit einer Triangulationsortung könnten Sie metergenau feststellen, wo sich eine Person befindet, und diese Technik vor Ort zu haben, ja oder nein, das ist ja nichts, was man irgendwie so en passant erfährt, sondern das ist ja eine relevante Frage für Ihre Arbeit. Deswegen: Können Sie mir beantworten, ob Sie diese Möglichkeiten in Bad Aibling haben, ja oder nein?

Zeuge R. U.: Wir haben sie in Bad Aibling nicht, so, wie ich es vorhin schon mal gesagt hatte. Meine Leute, wenn ich die dazu befrage, sagen mir, dass wir in den Metadaten, die wir erfassen, nur so ungenaue Funkzellenangaben haben bzw. Angaben von Funkzellen, die so groß sind, dass eine Ortung nicht möglich ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Im Hinblick auf Ihre Betonung - -



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darf ich mal ganz kurz dazwischengehen? Es geht auch nicht von Ihrer Redezeit ab. - Sind Sie der Meinung, dass der noch kommende Zeuge detaillierter dazu Auskunft geben kann?

Zeuge R. U.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wollte ich sagen? - Im Hinblick auf alle Dinge, die Glasfaserdatenweiterleitungen nach Bad Aibling umfassen, in der Vergangenheit oder in der Gegenwart, können Sie hier in öffentlicher Sitzung keine Antwort geben?

Zeuge R. U.: In meiner Zeit in Bad Aibling, seitdem ich dort Dienststellenleiter bin, gibt es keine Glasfasererfassungen², wie Sie es nennen, nach Bad Aibling.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also auch keine Datenweiterleitungen von Glasfasererfassungen? Also, dass die nicht von Bad Aibling stattfinden, fein! Aber kann es sein, dass diese Daten nach Bad Aibling geleitet werden?

Zeuge R. U.: Von welchen Glasfaserleitungen sprechen Sie denn? - Ich darf ja keine Frage stellen, Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen wir mal, ich spreche von allen Glasfaserknotenpunkten, die es so gibt.

Zeuge R. U.: Es wurde ja vorhin schon mal angesprochen DE-CIX.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel.

Zeuge R. U.: Da findet seit meiner Amtszeit keine Erfassung - - Oder: Es wird keine Erfassung von

einem wie auch immer gearteten Frankfurter Leitungsknoten nach Bad Aibling abgeleitet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es das in der Vergangenheit gegeben?

Zeuge R. U.: Ich habe meine Aussagegenehmigung; da steht: für Februar 2010 bis jetzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit wem müssen wir sprechen, um diese Information zu erhalten?

Zeuge R. U.: Entweder mit - - Ja, ich würde mal sagen, mit meinem nächsten Vorgesetzten als Beispiel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der da ist?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Sie können ja Initialen sagen.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

- Nein, okay. Also, das können wir ja irgendwie so klären; aber das ist ja schon mal ein guter Hinweis: Ihr nächster Vorgesetzter.

Gibt es in Bad Aibling einen eigenen Datenschutzbeauftragten, also eine Person, die für den Datenschutz in Ihrer Behörde zuständig ist?

Zeuge R. U.: In Bad Aibling selber nicht. Wir haben eine Dame, die für den BND die Datenschutzbeauftragte ist. Aber wir haben in Bad Aibling keinen eigens installierten Datenschutzbeauftragten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Im Hinblick auf XKeyscore: Das ist ja nur eines von vielen Programmen, das Sie benutzen. Jetzt haben Sie vorhin gesagt, das sei eine

² vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Software. Jetzt bin ich kein ITler, aber ich versuche mir das ja zu erklären, was Echtzeiterfassung heißt und wie das überhaupt technisch irgendwie funktionieren kann. Deswegen frage ich mich, ob Teil einer Software XKeyscore nicht auch Hardware sein muss, die bestimmte Informationen zwischenspeichert. Deswegen meine Frage: Wenn Sie XKeyscore als Software einsetzen in Bad Aibling, müssen Sie damit nicht auch zwangsläufig auf bestimmte Datenspeicher zugreifen im Ausland oder -

Zeuge R. U.: Also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ich bin noch gar nicht fertig -

Zeuge R. U.: Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in Bad Aibling selbst, um überhaupt diese Software, die Ihnen die Amerikaner geben, ordnungsgemäß zur Anwendung zu bekommen?

Zeuge R. U.: Also, ich kann Ihnen sagen, dass bei uns in Bad Aibling die Software XKeyscore auf herkömmlichen, kommerziell verfügbaren Servern läuft. Weitere Details dann bitte in der nichtöffentlichen Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Kann es sein, dass sozusagen, weil Sie vorhin so betont hatten, dass Sie nur punktuell ein Promille der möglichen Daten der Kommunikation, sagen wir mal, in Afghanistan, im Nahen Osten, wo auch immer, erfassen, Sie aber im Verbund mit anderen ganz ähnlichen Einrichtungen, wie Sie es sind, Teil einer Kompletterfassung der Telekommunikation in diesen Ländern sind?

Zeuge R. U.: Also, wir erfassen in Bad Aibling - - Was andere Nationen wo erfassen, egal ob das in Krisenländern, Afghanistan oder sonst wo ist, kann ich in Gänze nicht beurteilen, und ich kann es mir nur einfach - meine persönliche Vorstellung - nicht vorstellen, dass man in so einem Verbund eine Komplettüberwachung hinbekäme.

Nichtsdestotrotz - so hatte ich es ja auch schon gesagt - sind mir nur als Beispiel Afghanistan - - sind alle ISAF-Nationen an Erfassungen beteiligt und teilen natürlich auch deren Aufkommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, darauf müssen Sie ja im Grunde hin, wenn Sie das schon nicht interessiert oder so. Aber Sie müssen ja im Grunde im Hinblick auf die Selektoren, die Sie bekommen, ja Hinweise haben, ob Sie sozusagen Teil eines Netzwerks der Erfassung sind oder ob Sie die Speerspitze der Bewegung in Afghanistan sind. Deswegen frage ich Sie: Haben Sie den Eindruck, dass Bad Aibling singulär der einzige Horchposten da ist, oder haben Sie das Gefühl, dass von den Aufgaben, die Sie haben, von den Selektoren, die Sie bekommen, Sie Teil eines Verbundes sind, wo Sie ein wichtiger Baustein mit Ihrer Arbeit sind?

Zeuge R. U.: Puh, ich würde die Frage mit „We-der-noch“ beantworten. Ich kenne die Selektoren - - Ich kann jetzt nicht aufgrund der Selektoren sagen: „Wir sind eine Speerspitze“ oder: „Wir sind Teil eines gesteuerten Verbundes“ oder irgendwie so was. Aber natürlich werden die Daten, die auch in Bad Aibling erfasst werden, weitergeleitet, und es werden bei uns Daten an die Amerikaner weitergeleitet, und über die Zentrale erfolgt natürlich auch noch ein Datenaustausch mit vielen anderen Nationen. Der ist aber nicht in meiner Hoheit, und wie viel das dann ist und wie viel der BND von anderen Nationen da zurückbekommt, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen der Satz bekannt, dass auf deutschem Boden deutsches Recht eingehalten werden soll? Oder ich stelle die Frage - - Es ist vielleicht doof gefragt.

(Heiterkeit)

Also, kennen Sie den Satz der Kanzlerin, dass auf deutschem Boden deutsches Recht gelten soll?

Zeuge R. U.: Aus der Presse, ja.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Aus Ihrer alltäglichen Arbeit, wo würden Sie „deutschen Boden“ festmachen im Bereich dieser Telekommunikation, auch im Hinblick auf das, was in Glasfasern stattfindet? Also ist das ein Bild, was in der digitalisierten Kommunikationswelt noch durchträgt nach Ihrer Auffassung oder was eigentlich rechtlich nur noch schwer zu erfassen ist?

Zeuge R. U.: Das ist ja - - Also, natürlich, unsere Satellitenerfassungsstellen, die wir hier vom BND in Bad Aibling als Beispiel betreiben oder woanders, da, würde ich natürlich sagen, ist es drunter subsumiert. Bei Kabelerfassungen stecke ich jetzt im Detail nicht drin, ja? Wie man das rechtlich zu bewerten hätte, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Habe ich noch eine, oder?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eigentlich nicht. Sorry.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, ist okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege von Notz. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der SPD. Einer von Ihnen müsste das Mikro ergreifen.

Susanne Mittag (SPD): Ja, mache ich. - Ich habe eine Frage: Sie hatten sich zu Speicherzeiten geäußert; es wird nicht - es war irgendwie so ein bisschen holprig - länger als zwei Jahre gespeichert. Ist das die absolut längste Speicherzeit von Daten?

Zeuge R. U.: Bei den zwei Jahren handelt es sich - - Ja, da geht es um ein System meines Wissens, das mit einer Dateianordnung versehen ist, und da ist das meines Wissens so eingestellt. Da geht es um selektierte Daten, also die sich qualifiziert haben im Rahmen des APBs, ja. Mein Kenntnisstand.

Susanne Mittag (SPD): Ja, jetzt zeitlich: Es gibt also keine längeren Speicherfristen als zwei Jahre?

Zeuge R. U.: Von Inhaltsdaten meines Wissens nicht, bei mir in Bad Aibling nicht, und diese zwei Jahre, auf die Sie sich beziehen, -

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge R. U.: - sind auch Speicherdaten in der Zentrale, gar nicht in Bad Aibling.

Susanne Mittag (SPD): Sie hatten was von Echtzeit gesagt, und Sie kriegen sozusagen die Daten später. Wie groß ist denn der Unterschied, der zeitliche Faktor zwischen „die Daten wurden aufgenommen“, die Echtzeit, und wann die bei Ihnen ankommen?

Zeuge R. U.: Das ist ganz unterschiedlich. Das muss man unterteilen auch in meiner Meinung nach zwei unterschiedliche Aspekte. Das eine ist das rein Technische, da dauert es viele, viele Minuten. Wie viele es genau sind, hängt auch vom Medium ab und von der Serverauslastung ab, aber auf alle Fälle viele, viele Minuten. Bis es dann bei einem Nachrichtenspezialisten auf dem Bildschirm erscheint und der drauf aufmerksam gemacht wird, vergehen unter Umständen Stunden.

Susanne Mittag (SPD): Was sind denn viele, viele Minuten?

Zeuge R. U.: Da würde ich auch ganz gerne auf meinen Kollegen verweisen, der nach mir kommt. Der kann Ihnen das genauer beantworten. Ich weiß es nicht, wie viele Minuten es sind.

Susanne Mittag (SPD): Noch mal eine Frage: Sie hatten gesagt, Sie, also die Mitarbeiter, kriegen so eine Einweisung, wenn es ein neues Update gibt von den amerikanischen Kollegen, und es ist gängige Hardware vor Ort. Können Sie es völlig abschließen, dass mit der Einweisung oder mit dem Aufspielen eines neuen Updates seitens amerika-



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

nischer Geheimdienste auch anderweitige Zugriffe, die Sie gar nicht mitkriegen, sozusagen mit implementiert werden?

Zeuge R. U.: Wir stellen das sicher dadurch, dass unsere gesamte IT-Infrastruktur um diese Systeme herum von unserer IT-Sicherheit abgenommen wird mit gewissen - - mit Firewall, mit Schutzregeln, mit Hardwareschutz, und dadurch keine Zugriffe stattfinden können.

Susanne Mittag (SPD): Also auch nicht durch, sagen wir mal, Implementierung eines neuen Updates bzw. wo Sie ja auf die Anweisung bzw. Einweisung der amerikanischen Kollegen angewiesen sind?

Zeuge R. U.: Nein, wäre mir nicht bekannt, dass so was möglich ist.

Susanne Mittag (SPD): Bekannt ist das eine. Der Sinn ist es ja, dass es dann tunlichst nicht bekannt ist; das hätten dann die Amerikaner ganz gerne. Wird das danach noch mal überprüft, damit es ausgeschlossen ist?

Zeuge R. U.: Unsere Netzwerksicherheit überprüft immer wieder, permanent, natürlich, ob Zugriffe von außen stattfinden, ob Datenpakete abwandern. Das könnte man an der Netzwerkschnittstelle dann schon bemerken.

Susanne Mittag (SPD): Gut, danke.

Christian Flisek (SPD): Herr Zeuge, ich hätte jetzt nach dem, was wir gehört haben, noch mal die grundsätzliche Frage in Bezug auf das, was Sie an Daten an die Amerikaner weitergeben: Wenn das alles irgendwie doch nicht ganz so tauglich ist, warum machen die das denn, warum wollen die das denn, warum wollen die diese Daten dann haben, warum kriegen Sie dafür XKeyscore, werden ausgestattet mit Software? Ich meine, Sie müssen doch irgendwo eine Vorstellung davon haben, was die Amerikaner mit diesen Daten, wo Sie sagen: „Eigentlich kann man mit denen gar nicht so recht viel machen“ - - was damit gemacht wird. Warum wollen die das haben?

Zeuge R. U.: Die Amerikaner übergeben uns ja, wie ich schon gesagt habe, Selektoren, also zum Beispiel Telefonnummern, und aufgrund dieser Telefonnummern erfassen wir dann Telefongespräche, und diese Selektoren sind für die Amerikaner natürlich interessant. Das sind genauso ausländische Selektoren, wie es unsere auch sind. Die Amerikaner haben auch ein Interesse am internationalen Terrorismus, und die Selektoren, die sie uns geben, beinhalten dann für die Amerikaner eben auch unter Umständen relevante Teilnehmer. Also, einen Mehrwert werden die Amerikaner haben; ansonsten müssten sie uns ja nicht mehr unterstützen. Wenn aus der Erfassung da für sie inhaltlich nichts rauskäme, würde es ja keinen Sinn mehr machen, dass die uns weiter noch mit technischen Systemen unterstützen.

Christian Flisek (SPD): Ja, davon gehe ich auch aus.

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich versuche jetzt noch mal, das vielleicht zu differenzieren danach, wenn Sie sagen, die Daten, so wie Sie sie weitergeben, reichen eventuell für eine Zielerfassung im Sinne des von mir immer wieder zitierten Herrn Hayden nicht aus. Reichen die dann, oder werden die dann hergenommen für eine Zielauswahl? Also der Unterschied Zielerfassung konkret; da brauchen wir jetzt nicht noch mal diskutieren, 30-, 50-Kilometer-Zelle - - aber dass ich sage, die Daten, so wie Sie sie aufbereiten, wie Sie sie an die Amerikaner weitergeben, werden dann mit Gewissheit von den Amerikanern hergenommen, um Ziele auszuwählen, zu konkretisieren, gegebenenfalls mit Daten anzureichern, die die Amerikaner dann selber haben, um dann die Zielerfassung vorzunehmen in einem zweiten Schritt.

Zeuge R. U.: Was die Amerikaner konkret noch für Systeme zur Verfügung haben und wie deren Nachrichtensbearbeitung, -gewinnung und Vorgehensweise im Detail ist, weiß ich nicht.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Aber dann jetzt noch mal der erste Teil der Frage: Können Sie ausschließen, dass die Daten für eine Zielauswahl ausreichend sind, so wie Sie sie weitergeben?

Zeuge R. U.: Aus meiner Sicht ja.

Christian Flisek (SPD): Das können Sie ausschließen, dass die ausreichend sind für eine Zielauswahl?

Zeuge R. U.: Mit dem, was ich technisch beurteilen kann und was ich technisch weiß, ja.

Christian Flisek (SPD): Woran machen Sie das fest?

Zeuge R. U.: Weil einfach die Funkzellen zu groß sind.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Ich war jetzt selber noch nicht in Afghanistan, was unter anderem daran liegt: Ich bin jetzt seit einem Jahr in diesem Bundestag. Aber was ich so sehe, ist: Das sind ja teilweise sehr ausgedünnte Landstriche. Da ist nicht viel; das ist ja nicht vergleichbar jetzt mit so einer Stadt wie Berlin oder so. Wenn ich dann eine Funkzelle von ein paar Quadratkilometern habe - -

(Burkhard Lischka (SPD):
Dann gibt es da fünf
Hütten!)

- Ja, Kollege Lischka sagt gerade: „Dann gibt es da vielleicht fünf Hütten“, um das jetzt mal ein bisschen zuzuspitzen. Also jetzt mal rein pragmatisch gedacht, kann ich mir vorstellen, dass in so ausgedünnten Landstrichen wie Afghanistan durchaus eine etwas größere, uns für unsere Verhältnisse groß vorkommende Funkzelle tauglich ist und ausreicht, um eine Zielauswahl dann zumindest vorzunehmen. Das schließen Sie aus?

Zeuge R. U.: Das glaube ich nicht; denn die Mobilfunkbetreiber - das ist ja genau das System - haben - - Sie haben vollkommen recht, in Berlin sind die Funkzellen, als Beispiel, natürlich deutlich kleiner. Das liegt auch daran, weil

ich pro Funkzelle einfach eine viel, viel höhere Anzahl an „Telefonierern“ - in Anführungszeichen - habe und das Netz dann sonst schnell überlastet wäre. Je weiter ich nach außen gehe, umso größer wird die Funkzelle. Also insofern, wenn Sie jetzt von den Höfen sprechen: Gerade da ist die Funkzellenausdehnung ja am größten. Also insofern stehen die Höfe dann vielleicht 10 Kilometer auseinander. Dann können Sie es wieder nicht einordnen, wo denn der Teilnehmer sich jetzt befinden könnte.

Christian Flisek (SPD): Aber ich fasse jetzt noch mal zusammen, und insofern bin ich jetzt auch nicht recht viel schlauer geworden: Sie sagen, die Amerikaner werden schon irgendwas Sinnvolles mit den Daten machen, so wie Sie sie weitergeben. Für eine Zielerfassung reicht es erst gar nicht, aber Sie schließen auch aus, dass es für eine Zielauswahl nicht ausreichend ist.

Ich meine, jeder, der einen Job macht - und Sie sind da in der Leitung von Bad Aibling tätig -, stellt sich ja vielleicht auch mal irgendwann die Sinnfrage. Was machen Sie da? Was wird mit diesen Daten gemacht angesichts auch der Diskussion, die wir gerade führen? Ich meine, irgendwie stellt man sich doch die Frage: Was passiert mit den Produkten, die ich jeden Tag abliefere?

Zeuge R. U.: Also, der Mehrwert der Produkte, so wie ich es kenne oder wie die Amerikaner das uns oder mir immer wieder so sagen, das sind in der Tat die Inhaltsdaten, die sich, basierend auf deren Selektoren, qualifizieren, sprich: ganz konkrete Telefoniedaten, konkrete E-Mails, solche Erfassungen. Das birgt für die Amerikaner einen Mehrwert. Also insofern: Die haben einen Nutzen. Aber wie groß der jetzt ist und ob sie woanders einen anderen oder größeren, kleineren Nutzen hätten, kann ich Ihnen nicht beurteilen.

Burkhard Lischka (SPD): Ich muss da doch noch mal nachfragen: Welchen Nutzen hat es denn für Sie als BND, diese Daten dann zu erfassen und vor allen Dingen dann an die Amerikaner weiterzugeben? Ist der einzige Nutzen nicht darin, dass



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie sagen: „Ja, wir haben hochwertige Technik bekommen“, und dann bekommen die was dafür, nämlich diese Daten? Oder liegt darüber hinaus noch ein ureigenster Nutzen des BND in dieser Weitergabe dieser Metadaten?

Zeuge R. U.: Ja, der Nutzen des BND in Bad Aibling in der Mangfall-Kaserne, das sind tatsächlich eben die amerikanischen Systeme, die einfach höherwertiger sind, also von den technischen Fähigkeiten höherwertiger sind als das, was wir sonst im BND einsetzen, und diese Systeme kann man nicht irgendwo bei einer Firma einfach kaufen; die sind nicht vorrätig. Also das ist der Mehrwert, den der BND einfach hat. Und die Amerikaner haben eben den Gegenwert, dass sie uns Selektoren geben und zum Beispiel Gespräche, Inhaltsdaten, E-Mails, aber auch Metadaten zurückbekommen.

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie, was ein IMSI-Catcher ist?

Zeuge R. U.: Ein IMSI-Catcher?

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge R. U.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Können Sie uns erklären, was das ist?

Zeuge R. U.: Ach, im Detail schon fast auch wieder nicht. Aber mit einem IMSI-Catcher kann man feststellen, soweit ich weiß, welche IMSI, welches Mobilhandy sich in der Nähe zum Beispiel befindet.

Christian Flisek (SPD): Ich habe das jetzt gerade akustisch nicht verstanden, Entschuldigung.

Zeuge R. U.: Welches Handy sich in der Nähe befindet.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Sind Drohnen mit solchen Catchern ausgestattet nach Ihren Informationen?

Zeuge R. U.: Ich weiß überhaupt nicht, wie Drohnen - - Weiß ich wirklich nicht. Ich weiß nicht, wie Drohnen ausgestattet sind.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Dann mach du es.

Susanne Mittag (SPD): Also nach meinem Kenntnisstand kann man mit einem IMSI-Catcher sozusagen den Radius eines Funkbereiches einschränken. Also insofern könnte man, wenn der zur Verfügung steht, sehr wohl eingrenzen, dass der Turm 50 Kilometer umzu in der, in der, in der Richtung - - Da ist der Sender, bzw. da ist das Handy gerade positioniert. Man kann also punktgenauer feststellen: Wo ist das Handy gerade in diesem Funkbereich? - Stehen die zur Verfügung, die IMSI-Catcher?

Zeuge R. U.: Das ist jetzt eine technische Diskussion; da stecke ich auch nicht im Detail drin. Soweit ich weiß, müsste man dazu aber vor Ort sein. Also, wir setzen so was in Bad Aibling nicht ein; ist mir auch nicht bekannt.

Susanne Mittag (SPD): Aber Sie könnten ja die Ergebnisse kriegen eines solchen Geräts. Also, man weiß ja, ob man sagt: „Man hat den ganzen Radius nur zur Verfügung“, oder Sie haben die Kenntnis: In dem Tortenbereich sozusagen ist das Handy. - Dann müssten Sie ja wissen, ob vor Ort diese Technik zur Verfügung steht, damit Sie das Ergebnis in Aibling haben.

Zeuge R. U.: Meiner Meinung nach nicht; aber da würde ich auch gerne verweisen auf den Kollegen, der nach mir kommt; der kennt sich mit solchen Details sehr viel besser aus als ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es vonseiten der Fraktion der SPD - - Gibt es noch, Kollege Flisek? - Nein, okay.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt von der Fraktion der SPD, dann könnten wir in eine weitere Fragerunde eintreten und würden wieder beginnen mit der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Bei mir sind noch drei Fragen stehen geblieben. Eine ist wirklich grundsätzlicher Natur: Warum macht der US-Geheimdienst diese ganze Arbeit nicht selbst? Sind das ökonomische Gründe, ist der BND so billig, also dass man für ein paar Antennen und Hardware diese Aufgaben erfüllt, oder warum kommt überhaupt dieses Joint Venture zustande?

Zeuge R. U.: Das weiß ich nicht. Also, die Amerikaner haben einen Nutzen aus der Erfassungsstelle in Bad Aibling, und wir haben einen Nutzen von den amerikanischen Systemen. Ich habe mir die Frage noch nicht gestellt, warum die das jetzt nicht selbst machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber - -

Zeuge R. U.: Sie müssten ja auf deutschem Boden dann auch irgendwo mal Satellitenschüsseln aufstellen; denn man ist ja auch in der Physik ein bisschen begrenzt da.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, das ist aber jetzt vielleicht ein Anhaltspunkt; also man ist in der Physik begrenzt, es geht um die Zielländer, und die sind über die Standorte in Deutschland leichter zu erfassen.

Zeuge R. U.: Ich weiß nicht, wo die Amerikaner weltweit ihre Standorte haben, mit wem die Amerikaner so intensiv partnerschaftliche Zusammenarbeit betreiben, dass sie deren Antennen - - dass sie da eben zum Beispiel auch Selektoren irgendwo hingeben und was bekommen. Das weiß ich nicht. Aber klar, es ist in der Physik irgendwo begrenzt. Aber ich kann natürlich jetzt nicht die Grundstrategie der amerikanischen Satellitenerfassung - - Die kenne ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Seitdem Sie nun dort in Verantwortung sind in Bad Aibling, können Sie mir sagen, ob sich die Dienstanweisungen des BND zur Reichweite von § 4 G-10-Gesetz nach Sommer 2013 verändert haben und, wenn ja, wie?

Zeuge R. U.: Meiner Meinung - - Ich habe nichts davon mitbekommen, dass sich da was für uns geändert hätte.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich mache es mal ein bisschen allgemeiner: Seit Sommer 2013 gab es Veränderungen in Dienstanweisungen zu Datenerhebung und Datenverarbeitung?

Zeuge R. U.: Weiß ich nicht. Auch da würde ich auf meinen Kollegen verweisen, der das zuständige Sachgebiet „Nachrichtengewinnung, Nachrichtenbearbeitung“ betreibt. Aber mir ist keine signifikante Änderung in unserer Arbeitsweise bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann möchte ich als Drittes einfach eine Frage noch mal stellen, die Sie vorhin verneint haben. Sie bleiben dabei: Sie haben nie mit Angehörigen der dort tätigen US-Dienste oder des Dienstes - wir können ja nicht ausschließen, dass es auch Dienste sind - über die Informationen aus den Snowden-Dokumenten gesprochen?

Zeuge R. U.: Ich habe dort nie nachgefragt, ob das richtig ist, was im *Spiegel* steht, oder nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden jetzt nicht vom *Spiegel*.

Zeuge R. U.: Das waren für mich die relevanten Snowden-Dokumente. Ich selber habe ja keine zur Verfügung.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es war nicht Gegenstand von Beratungen, Besprechungen?

Zeuge R. U.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Da sind Sie sich sicher?

Zeuge R. U.: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Da sind Sie sich ganz sicher?



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge R. U.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Als nächste Fraktion wäre die CDU/CSU-Fraktion mit weiteren Fragen dran. Herr Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender, wir haben zurzeit keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Als Nächstes ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an der Reihe. Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr U., wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, dann hatten Sie das ein bisschen anders dargestellt. Da haben Sie gesagt, Sie kennen auch Dokumente, und es gibt ja Dokumente - auch der Ausschuss profitiert davon - im Internet, die aus den Enthüllungen von Snowden stammen sollen. Ich habe Sie vorhin so verstanden, dass Sie die auch kennen, dass Sie sich die auch angeguckt haben und nicht nur den *Spiegel* gelesen haben.

Zeuge R. U.: Das bezog sich konkret schon auf die - der *Spiegel* war ja federführend - Berichterstattung, die aus dem *Spiegel* war, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die Dokumente selber! Ich meine, wir haben uns hier die Mühe gemacht, die auch hierherzuholen, zum Teil übersetzen lassen und so. Haben Sie das nicht gemacht?

Zeuge R. U.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht. Wissen Sie, dass es die im Internet gibt?

Zeuge R. U.: Ich weiß es, ja, ich habe sie aber nicht gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, haben Sie nicht, hat Sie nicht interessiert?

Zeuge R. U.: Ich habe sie nicht gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wann haben Sie zum ersten Mal was von Prism und Tempora gehört?

Zeuge R. U.: Von Prism und Tempora zum ersten Mal? Das Datum kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen. Aber das war - jetzt haben wir 2014 - 2013 im Juni, als es mit den Enthüllungen im *Spiegel* losging.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch Prism?

Zeuge R. U.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun wurde ja mal behauptet, Prism sei auch ein ganz anderes System, was in Afghanistan ist. Ist Ihnen das nicht mal aufgestoßen bei Ihren Datenerfassungen in Afghanistan?

Zeuge R. U.: Also, ich habe das System Prism, Tempora - - dass es ein NSA-System sein soll, aus dem *Spiegel* gelesen, aus Snowden-Dokumenten, die dem *Spiegel* vorlagen, und ich kann mich - aber das ist auch nur Wissen aus der Pres-selandschaft - nur erinnern, dass es dann einige Wochen später noch mal Verwirrung gab um ein weiteres System Prism, von dem ich bis dahin auch noch nie was gehört hatte, das dann, glaube ich, Streitkräften zuzuordnen war. Da bin ich mir nicht mehr ganz sicher, wer das war. Aber auch das war mir nicht bekannt bis zu dem Zeitpunkt. Ich kannte den Begriff Prism vor dem letzten Jahr nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie inzwischen, was das ist?

Zeuge R. U.: Nein.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer noch nicht, Sie haben nur Zeitung gelesen und wissen, was da im *Spiegel* steht. Aber Sie haben sich jetzt auch nicht bei Ihren Kollegen erkundigt, also bei den US-Kollegen, was das ist und wo die das anwenden und zu was?

Zeuge R. U.: Nein, habe ich nicht getan, wird auf meiner Ebene nicht diskutiert. Habe ich auch nicht getan.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht getan. - Ist Ihnen bekannt, dass zu irgendeiner Zeit mal der Verdacht auftauchte und sich dann sogar bestätigt hat oder zunächst mal der Verdacht auftauchte, dass Ihre Filtersysteme nicht zuverlässig sind, nicht so zuverlässig sind, dass man ausschließen kann, dass tatsächlich deutsche Staatsbürger alle aussortiert werden oder Unternehmen?

Zeuge R. U.: Der Umstand ist bekannt. Ich würde bloß das Wort „zuverlässig“ nicht gelten lassen. Ich finde unsere Filtersysteme sehr effizient und hochwertig; aber sie bieten keinen hundert- oder tausendprozentigen Schutz.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir haben ja hier einen Sachverständigen gehört, der hatte auch Zweifel, ob das so sicher ist, also wenn zum Beispiel eine Adresse aus der Schweiz ein deutscher Staatsbürger benutzt oder so, ob das dann tatsächlich funktioniert. Wir werden uns dann hier in dem Ausschuss sicher auch noch intensiver mit beschäftigen. Also Sie sagen, hundert- oder tausendprozentig nicht, aber Sie gehen davon aus, dass das zuverlässig ist?

Zeuge R. U.: Es ist sehr zuverlässig, und noch mal: Es ist aufgrund alleine schon bei uns in Bad Aibling der Art der erfassten Strecken sehr, sehr unwahrscheinlich, dass man so was hat, und wir haben zusätzlich ja auch noch die G-10-Befehle unserer Kolleginnen und Kollegen, die bei dem von Ihnen zitierten Negativbeispiel dann aktiv werden müssen, weil sie eben G-10-belehrt

sind, und sagen: Der G-10-Filter hat nicht getroffen, und es war ein G-10-Teilnehmer da, und deswegen müssen wir den jetzt löschen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist denn Ihrer Kenntnis nach mal eine Datensammlung und -weitergabe gestoppt worden aus dem Grund, weil Zweifel aufkamen, dass das sicher ist, dass Sie entsprechend G-10-Gesetz die Leute, jedenfalls die deutschen, die da betroffen sind, raus - -

Zeuge R. U.: Nein, ist mir nicht bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht bekannt, weder bei Ihnen jetzt noch auch bei anderer Stelle beim BND?

Zeuge R. U.: Ich kann natürlich nur für Bad Aibling die letzten vier Jahre sprechen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Gibt es denn vom BND noch andere Stellen, die massenweise Daten sammeln und an die NSA weitergeben oder an die USA?

Zeuge R. U.: Darüber darf ich Ihnen hier - - Beziehungsweise das umfasst meine Aussagegenehmigung - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will ja nur wissen: Ja oder Nein? Ich will ja nicht wissen: Wo und wann? Also da sagen Sie nichts zu?

Zeuge R. U.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Pullach oder weiß der Herrgott wo. Sagen Sie nicht?

Zeuge R. U.: Ich weiß, dass der BND natürlich mit vielen befreundeten Nationen Daten austauscht. Aber das ist in der Hoheit wirklich von Pullach und nicht in der Hoheit von einer Außenstelle wie Bad Aibling. Insofern wäre es nicht redlich, wenn ich mich dazu äußern würde. Da kenne ich viel zu wenig Fakten.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin gesagt: Die US-Bürger wurden früher auch mal ausgefiltert, danach nicht mehr. - Warum eigentlich nicht? Also, hat man gesagt: „Okay, dann erfassen wir die und liefern die auch an die USA oder an die NSA, und die wird das dann schon ausfiltern“, oder warum hat sich da eine Veränderung ergeben?

Zeuge R. U.: Die Vereinbarung, die man damals hatte, beinhaltete eben die gegenseitige Prüfung von Selektoren. Das heißt, wenn wir Selektoren in ein Erfassungssystem in Bad Aibling einstellen wollten, dann hatten die Amerikaner das Recht, zu sehen, ob wir dort US-Teilnehmer drin haben, amerikanische Telefonnummern beispielsweise, und umgekehrt hatten wir natürlich das Recht und die Pflicht, die amerikanischen Selektoren zu überprüfen, ob deutsche Teilnehmer mit drin sind. Erst nach dieser gegenseitigen Prüfung wurden die Selektoren in die Systeme eingestellt.

Nachdem die Amerikaner 2012 sich aus der gemeinsamen Kooperation, aus dem Projekt - so muss man sagen; nicht aus der Gesamtkooperation, sondern aus dem Projekt - verabschiedet hatten, findet nur noch eine einseitige Überprüfung statt, sprich: Nur der BND überprüft noch die US-Selektoren. Die Amerikaner bestehen nicht mehr darauf, unsere Selektoren zu überprüfen in Bad Aibling.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich jetzt nicht verstanden. Also, ich dachte bisher, der BND nimmt diese Selektoren auch nicht, um US-Teilnehmer auszufiltern. Ist das so richtig?

Zeuge R. U.: Ja; machen wir auch weiterhin nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das machen Sie nicht?

Zeuge R. U.: Nein, wir machen es nicht. Es ist bloß die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge R. U.: Also, wir handeln sozusagen von unserer Seite schon noch weiterhin so, wie diese Vereinbarung damals geschlossen wurde; aber die Amerikaner haben von sich aus eben darauf verzichtet oder uns signalisiert, dass sie - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie das nicht mehr machen brauchen?

Zeuge R. U.: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun haben wir ja auch aus der Presse gelernt - Sie wahrscheinlich auch -, dass es da mal Beifang gegeben haben soll. Was ist denn dann Beifang in diesem Zusammenhang?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach wäre die Zeit auch um, Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach wäre die Zeit auch um, Herr Kollege Ströbele, falls Sie noch vielleicht eine Frage in diesem Satz nachschieben wollten.

Zeuge R. U.: Beifang in dem Zusammenhang, so wie ich es beurteile, wäre genau der gleiche Fall, warum vielleicht auch ein Deutscher uns - in Anführungszeichen - „durchrutscht“, wenn er nämlich nicht automatisch durch ein Filtersystem erfasst wird oder ausselektiert wird; so muss man sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die beiden - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Das war das, was ich damit meinte, dass die Zeit um ist. Ich hatte Ihnen noch die Chance gegeben, eine Frage nachzuschieben, aber gut. Damit ganz herzlichen Dank für die Fragen von Bündnis 90/Die Grünen.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir kämen jetzt zu den Fragen der SPD-Fraktion. - Die SPD hat keine weiteren Fragen.

Damit würden wir, wenn es gewünscht ist, eine neue Fragerunde beginnen. Die Fragerunde beginnt wieder mit der Fraktion Die Linke. - Sie haben keine weiteren Fragen. Danach gehen wir zur Fraktion CDU/CSU.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wir haben keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine weiteren Fragen. - Dann kämen wir wieder zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. -Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir würden gern noch zwei, drei Fragen stellen. Ich gebe vielleicht erst an den Kollegen ab, der gerade gefragt hat, damit er das zu Ende führen kann, und ich habe noch eine datenschutzrechtliche Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es wäre einfacher gewesen, wenn ich die gleich hätte stellen können. - Also, wir sprechen ja über zwei Beifänge, einmal Mrs. Clinton und einmal Herr Kerry. Jedenfalls kann man das so in der Zeitung lesen. Sind das Sachen, die bei Ihnen aufgetaucht sind, oder wo? Wissen Sie etwas darüber? Wieso kommen solche Beifänge zustande? Da müsste es doch unendlich viele Beifänge geben inzwischen, weil Sie ja gar nicht mehr aussortieren.

Zeuge R. U.: Ich kenne diese beiden Beispiele auch nur aus der Presse. Die stammen nicht aus Bad Aibling. Und noch einmal mein Hinweis: Solche Beifänge sind aus meiner Sicht sehr, sehr unwahrscheinlich, weil wir die Satellitenkommunikation von Strecken im Ausland ... (akustisch unverständlich)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, es soll ja im Ausland gewesen sein.

Zeuge R. U.: Zu dem Beispiel: Das kenne ich nur aus der Presse. Es ist nicht in Bad Aibling passiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu können Sie nichts sagen. - Eine letzte Frage. Zu den Metadaten - das ist ja vonseiten der SPD vor allen Dingen gefragt worden -: Ist es richtig, dass diese Metadaten möglicherweise nicht dazu dienen, eine Person oder ein bestimmtes Haus oder so etwas auf 10, 20, 50 Meter genau zu lokalisieren, aber dass diese Metadaten - so habe ich auch die Äußerung von der US-Seite verstanden - einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass man dann mit zusätzlichen Erkenntnismöglichkeiten, beispielsweise Drohnen oder Ähnlichem, eine genaue Lokalisierung vornehmen kann und da dann eben Drohnen einsetzt?

Zeuge R. U.: Also, darüber habe ich keine Erkenntnisse. Ich würde Ihnen gerne - - In nicht-öffentlicher Sitzung kann ich gerne erläutern, wofür Metadaten für den BND, für Bad Aibling sehr, sehr wichtig sind - das sind sie nämlich -, aber das bitte auch nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich noch einmal ganz kurz anschließen kann. Mir geht es nur darum, weil wir vorhin mehrfach darüber geredet haben, wie das mit dem G-10-Gesetz und der Weiterleitung von Ergebnissen an die Amerikaner ist. Würden Sie mir zustimmen, dass auch schon für die Datenerfassung selbst, bevor Sie sie an die Amerikaner weiterleiten, datenschutzrechtliche Erwägungen eine erhebliche Rolle spielen? Vielleicht könnten Sie uns das einmal erläutern, was für eine Prüfung bei der Einstellung der Selektoren selbst noch erfolgt, außer sozusagen der offensichtlichen, dass Sie versuchen, keine deutschen Staatsbürger zu erfassen.

Zeuge R. U.: Also, die datenschutzrechtlichen Grundlagen gelten immer für die Erfassung in



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Deutschland. Zur - - Was war der zweite Teil der Frage?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, jetzt - - Also, wie wird der Datenschutz insgesamt in den Prozess eingebracht? Dass Sie bei der Weiterleitung der Sachen, die Sie dann den Amerikanern weitergeben, da bestimmte Filter aufsetzen und versuchen, deutsche Staatsbürger zu schützen - okay. Aber wenn Sie, ich sage mal, den Datenerfassungsprozess einleiten - dafür gibt es ja auch jede Menge Regelungen sozusagen, Datenzweck usw. -: Wie findet das statt, oder was sind da sozusagen die Parameter, mit denen Sie - - in denen Sie sich bewegen, wenn Sie diese Erfassung einstellen?

Zeuge R. U.: Bei uns in Bad Aibling, wir sind sehr, sehr - - Wir werden da gut „betreut“ - in Anführungszeichen - und beaufsichtigt von unserer eigenen Datenschutzbeauftragten, die bei uns vor Ort sich natürlich alle Systeme intensiv anschaut, die auch dafür Sorge trägt, dass an den Stellen, wo es nötig ist, auch Dateianordnungen erfolgen durch den Bundesnachrichtendienst, und insofern tragen wir da meiner Meinung nach an jeder Stelle dem deutschen Datenschutz, so gut wir es als Techniker in Zusammenarbeit mit Juristen können, Rechnung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die BND-Datenschutzbeauftragte, von der Sie sprechen. Richtig?

Zeuge R. U.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Hinblick auf die Speicherzeiten noch mal, weil mir das noch nicht ganz klar war: Was sind die längsten Speicherdaten, die Sie für Verkehrsdaten von im Ausland erfassten Personen dann haben in Bad Aibling?

Zeuge R. U.: Da muss man unterscheiden zwischen Internetdaten und Nicht-Internetdaten. Die Daten, die bei uns mit XKeyscore gewonnen werden, auch die Metadaten, werden nach circa 30 Tagen gelöscht. Die Daten, die von - - die

Nicht-Internetdaten, Metadaten werden übermittelt dann letztlich an die Zentrale und werden dort gespeichert. Wie lange das da gespeichert wird, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Zentrale“ heißt?

Zeuge R. U.: Nach Pullach, Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Pullach, okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Jetzt gucke ich erst mal noch, ob es Fraktionen gibt, die noch Fragebedarf haben in der öffentlichen Sitzung. - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann darf ich mich insoweit bei Ihnen bedanken. Sie können dann auch den Zeugenstand hier vorne verlassen. - Ich sage in zwei Sekunden etwas zum weiteren Prozedere.

(Der Zeuge und sein
Rechtsbeistand verlassen
den Sitzungssaal)

- Ganz herzlichen Dank.

Ich unterbreche dann an dieser Stelle die öffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses mit der Zeugenvernehmung von R. U. Wir werden in zehn Minuten von jetzt an - das ist 16.48 Uhr - weitermachen mit der nichtöffentlichen Vernehmung des Zeugen R. U., sodass wir die aufgeworfenen Fragen, die nur in nichtöffentlicher Sitzung geklärt werden können, auch stellen und Antworten vom Zeugen erhalten können. Diese Sitzung wird im Saal des Auswärtigen Ausschusses beginnen; das ist Raum 2.800. Wir werden also in rund zehn Minuten im Raum 2.800, Saal des Auswärtigen Ausschusses, die Sitzung in nicht-öffentlicher Form weiterführen.

Ich weiß, dass die Fraktionen jetzt Statements geben. Dazu haben Sie auch Zeit und Gelegenheit, weil ich jetzt ausreichend Zeit gebraucht habe, damit der Zeuge auch sicher rübergeführt werden



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

kann. - Danke schön, danke schön für Ihre Teilnahme.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 16.38 Uhr -
Folgt Sitzungsteil
Zeugenvernehmung,
Nichtöffentlich)



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nicht-
öffentlich: 17.07 Uhr)

**Fortsetzung der Verneh-
mung des Zeugen R. U.**

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde gern in einer Minute anfangen, dass wir die Plätze schon einmal einnehmen und die organisatorischen Dinge bewerkstelligen, die gerade noch gemacht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung des Untersuchungsausschusses erneut. Ich würde jetzt direkt weiter in die Befragung des Zeugen übergehen. Ich selber werde mich einreihen in die Fraktionen, also jetzt nicht noch einmal am Anfang neu fragen, weil das nach meiner Meinung durch den Beginn in der öffentlichen Sitzung erfolgt ist, sodass ich ganz normal jetzt mit der Reihenfolge der Fraktionen weiter fortfahren möchte. Ich würde jetzt im nichtöffentlichen Teil der Fraktion Die Linke das Wort geben für den ersten Fragenblock und dann wieder ganz wie gehabt mit den Fraktionen CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD fortfahren hier im nichtöffentlichen Teil.

Ich darf nun Ihnen, Frau Kollegin Renner, das Wort für die Fragen der Fraktion Die Linke geben.

Herr Georgii weist mich gerade darauf hin: Ich bin wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass das jetzt eine nichtöffentliche Sitzung ist. Sollten Themen oder Sachverhalte angesprochen werden, die als Geheim oder höher einzustufen sind, dann bitte ich einmal darum, dass Sie als Zeuge uns das mitteilen, oder wenn jemand anders direkt schon Kenntnis hat, uns das mitzuteilen. Dann müssten wir die Sitzung natürlich als dementsprechend eingestuft fortführen, dann auch in einem anderen Rahmen. Davon bin ich jetzt ausgegangen und gebe Ihnen, Frau Kollegin Renner, jetzt das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. Ich versuche jetzt mal die Fragegegenstände jetzt wieder zu identifizieren, die wir in diese nichtöffentliche Sitzung verschoben haben. Ich glaube, mehrere Kolleginnen und Kollegen haben nach der G-10-Routine gefragt, also: Wie funktioniert es genau, dass die Daten von Grundrechtsträgern ausgesondert werden? Vielleicht beginnen wir einfach damit.

Zeuge R. U.: Herr Vorsitzender, ich habe das unter Umständen nicht richtig verstanden. Ich gehe jetzt davon aus, dass wir in einer nichtöffentlichen Sitzung sind und ich über geheime Dinge berichten darf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff, dazu darf ich Ihnen das Wort geben? Sonst sage ich etwas.

RD Philipp Wolff (Bundeskanzleramt): Ich würde es tatsächlich für sinnvoll erachten. Die technischen Informationen, die jetzt meines Erachtens abgefragt werden, sind - das ist, glaube ich, auch allen Teilnehmern bekannt - in geheimen, streng geheimen bzw. geheimen Anrechtsunterlagen enthalten. Deswegen plädiere ich sehr dafür, dass wir jetzt tatsächlich in eine geheime Sitzung übergehen, sodass es dem Zeugen ermöglicht wird, die Aussagen, die er vorhin nicht machen konnte, jetzt tatsächlich auch zu tätigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich die Fraktionen fragen. Das ist ein pragmatischer Vorschlag. Das hat natürlich Konsequenzen. Wir haben das eben schon einmal ganz kurz, als wir mit den Obleuten zusammenstanden, besprochen. Das hat Auswirkungen natürlich auf das Protokoll. Sie haben auch darauf hingewiesen, Frau Kollegin Renner.

Was wir versuchen könnten, ist, dann hinterher zu gucken, ob wir Teile des Protokolls dann wieder abstufen - mit Zustimmung der Bundesregierung geht das dann natürlich nur -, die nicht als Geheim dann zu bewerten sind, weil jetzt ja möglicherweise beide Komplexe beleuchtet werden: einmal geheime, vielleicht streng geheime Teile,



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

und auch Dinge, die nicht als Geheim einzustufen sind.

Entweder versuchen wir jetzt in einem nicht-öffentlichen Teil nicht geheime Dinge in diesem Rund zu diskutieren, oder wir stufen, wie es gerade vorgeschlagen ist, aus pragmatischen Gründen direkt als Geheim ein. Dann dürfen aber auch nur Personen teilnehmen, die eine Konferenzbescheinigung haben, die also dementsprechend im Raum bleiben dürfen, und dann müssen wir gegebenenfalls schauen, welche Teile des Protokolls wir herabstufen können.

Da muss ich jetzt die Rückmeldung der Obleute bekommen; denn nur das ist die Konsequenz jetzt aus der Diskussion: Stufen wir ab jetzt Geheim ein, oder tasten wir uns in nichtöffentlicher Sitzung heran und würden wahrscheinlich irgendwann dann als Geheim einstufen? Beide Situationen sind möglich. Praktisch ist natürlich, direkt als Geheim einzustufen. Das müssen Sie jetzt entscheiden, meine Damen und Herren. Wenn wir kurz die Obleute zusammenrufen sollen, ist das auch möglich. Nur brauche ich dann eine Rückmeldung von den Obleuten. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte sagen: Da ist ja irgendwie so ein Stufenverhältnis drin, will ich jetzt mal sagen. Bisher wurde immer gesagt, dass das nichtöffentlich sein muss, damit der Zeuge berichten kann. Jetzt muss es auf einmal geheim sein. Okay, das ist bisher nicht gesagt worden. Also, diese Abstufung gibt es gar nicht, ja?

(Zuruf: Doch!)

- Ja, ich weiß, dass es sie gibt. Aber jetzt bei unserem Zeugen gibt es sie nicht; bei dem gibt es nur Öffentlich und Geheim, und wir sollen schon dankbar sein, dass es nicht Streng geheim ist. Oder?

Es geht ja darum, was wir für das Protokoll verwenden können und so. Wenn wir jetzt all das, was nicht beantwortet worden ist, relevanteste

Fragen, nicht für das Protokoll verwenden können, dann ist das ja genau so, wie man befürchtet hat, nämlich dass man hier keine einzige neue Erkenntnis rausträgt, sondern wir all das nur haben, was wir sowieso schon wussten. Also, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich habe nichts Neues erfahren in der letzten Sitzung, leider. Wenn das die Linie ist, bitte schön; aber gut finde ich sie nicht, und ich werde es auch kritisieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff. - Ach so, zuvor noch Kollegin Renner. Ich habe dann eben keine Wortmeldung mehr gesehen. - Herr Lischka auch? Zuerst Kollegin Renner, dann Herr Lischka.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe einfach das Problem: Ich kann überhaupt nicht absehen, welche von den Fragen, die ich mir notiert habe, die wir vorhin nicht beantwortet bekommen haben, denn jetzt in vertraulicher, geheimer oder streng geheimer Sitzung beantwortet würden. Deswegen kann ich auch nicht sagen, ob es sinnvoll ist, jetzt zu unterteilen, weil wir dann möglicherweise mit den Fragen beginnen und zu jeder Frage gesagt wird, das geht nur in Geheim. Dann hätte man auch von Anfang an Geheim machen können, aber mit dem großen Problem verbunden - ich will es noch einmal deutlich sagen -: Es ist Richtung Abschlussbericht und Beweiserhebung für uns eine Krux, wenn wir hier Sachverhalte in geheimer Sitzung behandeln, weil wir sie dann nicht zum Beispiel zum Gegenstand dann auch der Beweiswürdigung eines öffentlichen Abschlussberichtes machen können. Deswegen wäre mein Wunsch natürlich schon, dass wir hier noch einen großen Teil in vertraulicher Sitzung verhandeln könnten. Aber im Augenblick kann ich gar nicht absehen, ob der Zeuge überhaupt mir unter Bedingungen von Vertraulichkeit überhaupt ein Wort sagt. Ich bin jetzt ein bisschen ratlos.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Lischka, und dann hätte ich Herrn Akmann. Mir ist egal, in welcher Reihenfolge.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

MR Torsten Akmann (BMI): Ich möchte nur kurz etwas sagen zu dem Thema Abschlussbericht. Das ist ja kein neues Problem. Das haben wir eigentlich bei allen Untersuchungsausschüssen bisher gehabt. Da ist es gute Praxis, dass sich am Ende die Bundesregierung zusammensetzt mit Ihnen, mit allen Fraktionen, und wir sind immer zu einer guten Lösung gekommen. So, denke ich, wird es auch diesmal wieder sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Vorschlag, den ich unterbreiten würde, wäre an dieser Stelle, dass wir vielleicht, wenn wir es so handhaben, direkt in den geheimen Teil überzugehen, dass wir dann schon frühzeitig nach Erstellung des Protokolls mit der Bundesregierung mal in Dialog treten, wie wir dieses Protokoll einstufen können, Teile des Protokolls einstufen können, also nicht erst warten, bis wir bei der Formulierung des Abschlussberichts sind, sondern relativ frühzeitig. - Herr Kollege Lischka.

Burkhard Lischka (SPD): Rein praktisch - - Ich verstehe die Einwände; aber rein praktisch bleibt das Problem doch gleich. Wir stellen hier Fragen, dann wird gleich gesagt: Geheim. Dann sind wir genau in der Misere, die Sie gerade beschrieben haben, was den Abschlussbericht angeht, und da, sage ich mal ganz offen, ist es mir lieber, wir tagen gleich Geheim und ich kann jetzt mal die Fragen im Zusammenhang hier auch darstellen, und man kommt dann hinterher in den Prozess, wo man sich dann unterhält, werden die Sachen jetzt herabgestuft, sodass sie dann eben für den Abschlussbericht zur Verfügung stehen. Also, insofern glaube ich, dass wir jetzt nicht zusätzliche Probleme schaffen, wenn wir gleich Geheim tagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Kieseewetter.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte den Vorschlag vom Kollegen Lischka unterstützen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Wenn wir Fragen stellen und dann wiederum vertröstet werden, dann werden wir irgendwann entweder

nichts erfahren oder dann doch bewusst in geheimer Sitzung. Also, ich halte schon sehr viel davon, dass wir etwas erfahren wollen. Wie wir dann hinterher mit den Ergebnissen umgehen, steht auf einem anderen Punkt. Nur, wenn wir von vornherein vermeiden, in geheime Sitzung zu gehen, ist auch das eigentliche Erfahren, glaube ich, nicht so von Erfolg gekrönt. Deswegen möchte ich das unterstützen und eine geheime Sitzung beantragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Ich sehe das Blicken auf die Mobiltelefone; die wären dann nämlich gleich weg. - Aber jetzt gucke ich wieder die Obleute an. Wie schaut es aus?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was willst du damit sagen?)

- Okay.

Herr Georgii weist mich darauf hin: Sind denn Vorhalte auch aus den als Streng geheim eingestuftem Dokumenten gewünscht? Dann müssten wir direkt als Streng geheim einstufen. Das frage ich jetzt mal.

(Zurufe: Nein!)

Nein. - Nein. Gut. Ich sehe Kopfschütteln; das ist nicht der Fall. Dann bleibt es bei Geheim.

Dann würden wir die Sitzung jetzt als Geheim einstufen. Das führt dazu, dass nur diejenigen Personen an der Sitzung weiter teilnehmen dürfen, die eine Konferenzbescheinigung haben. Wir würden alles, was an Mobiltelefonen, Geräten etc., Tablet Devices im Raum ist, wieder einsammeln. Sie haben Umschläge bereits ausgeteilt bekommen. Das bedeutet, wenn Sie sie mit dem Namen beschriften, dass Sie auch Ihr Handy wieder kriegen, und nur Ihr Handy in der Form, wie sie es hineingetan haben. Das bitte ich jetzt durchzuführen. - Danke.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Nichtöffentlich:
17.18 Uhr - Folgt
Sitzungsteil
Zeugenvernehmung,
Geheim)

ANLAGE 1

Gliese Kathrin PA25

Von: [REDACTED] PA25 im Auftrag von PA25 1.Untersuchungsausschuss
18.WP Postfachaccount PA25
Gesendet: Freitag, 28. November 2014 14:29
An: [REDACTED] PA25
Betreff: WG: Transfer: WG: 1. UA: Teil des Stenoprotokolls 25.9.2014, Zeuge R.U.

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: [REDACTED]@bnd.bund.de [mailto:[REDACTED]@bnd.bund.de]
Gesendet: Freitag, 28. November 2014 14:12
An: PA25 1.Untersuchungsausschuss 18.WP Postfachaccount PA25
Betreff: WG: Transfer: WG: 1. UA: Teil des Stenoprotokolls 25.9.2014, Zeuge R.U.

(Geben Sie bitte bei direkten Antworten an diese Mailadresse, einen Namen eines Ansprechpartners bzw. eine Abt.-bezeichnung an, da ansonsten ihre Mail ggf. nicht weiterverteilt werden kann. Vielen Dank für ihr Verständnis.)

Mit freundlichen Grüßen

IT-Leitstand

-----Weitergeleitet von [REDACTED] IVBB-BND-BIZ/BIZDOM am 28.11.2014 14:10 -----

An: <[REDACTED]@bnd.bund.de>
Von: Transfer<[REDACTED]@bnd.bund.de>
Datum: 28.11.2014 14:08
Betreff: Transfer: WG: 1. UA: Teil des Stenoprotokolls 25.9.2014, Zeuge R.U.

Betr.: 1. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages (18. WP)
hier: Freigabe des öffentlichen Teil des Stenoprotokolls vom 25.9.2014 des Zeugen R.U.
Bezug: Telefonat UA-Sekretariat/Frau [REDACTED] BND/Frau [REDACTED] vom 28.11.2014

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

wie telefonisch besprochen, darf ich mitteilen, dass der Zeuge R.U. zum Protokoll seiner Vernehmung in öffentlicher Sitzung die folgenden Anmerkungen übermittelt hat:

"Mir ist bei der Durchsicht aufgefallen, dass ich an zwei Stellen

unkonzentriert war und in einem Fall eine falsche Antwort gegeben habe. In einem zweiten Fall ist ebenfalls eine unverständlich bis falsche Antwort entstanden. Über beide Fragen ist jedoch in nichtöffentlicher, geheimer Sitzung korrekt von mir berichtet worden:

1.

Seite 34 des Protokolls: Hr. Ströbele fragt nach weitergeleiteten Daten aus Deutschland oder sonst woher. Da habe ich anscheinend nur an Frankfurt und Kabel gedacht, sodass ich eine Frage weiter ("Also nur, was konkret in Bad Aibling erfasst worden ist?") unsere SAT-Erfassung mit Satellitenschüsseln in AFG unter dem "Gesamtbegriff Bad Aibling" subsumiert habe. Meine Antwort lautete "Ja" und hätte "Nein" sein müssen.

2..

Seite 51 des Protokolls. Hier ist die Lage einfach nur ein wenig missverständlich bezogen auf : Wer hat was mit welchem Satz gemeint: Hr. von Notz fragt mich nach Glasfaserdatenweiterleitungen. Ich habe das so verstanden, dass Hr. von Notz meinte, wir erfassen physikalisch in Bad Aibling Glasfasern. Deshalb hatte ich geantwortet: "In meiner Zeit in Bad Aibling, seitdem ich dort Dienststellenleiter bin, gibt es keine Glasfasererfassungen, wie Sie es nennen, nach Bad Aibling". Isoliert betrachtet ist meine Antwort aber u.U. missverständlich. Um die Situation klar zu beschreiben hätte ich sagen müssen, dass in meiner Amtszeit in Bad Aibling vor Ort keine physikalische Glasfasererfassung durchgeführt wird. Meine Verwirrung, was Hr. von Notz genau meinte zeigt sich auch noch bei meiner Frage an Hr. von Notz, von welchen Glasfaserleitungen er spricht."

Mit diesen Anmerkungen verbindet sich die Freigabe des Protokolls durch den Zeugen R.U..

Falls weitere Rückfragen bestehen, stehen wir Ihnen gern jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Bundesnachrichtendienst

Leitungsstab / PLSU

Email: [REDACTED]@bnd.bund.de